

# Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Thüringer Landtagswahl 2014 – Vorab-Fassung

## Inhaltsverzeichnis

I. Anders wachsen. Umwelt, Wirtschaft und Menschen zusammen denken.....	8
I.1 Unsere Umwelt braucht Schutz.....	8
Umwelt- und Naturschutz als politisches und gesellschaftliches Querschnittsthema.....	8
Biosphärenreservate und Schutzgebiete als Chance begreifen.....	9
Schutz der Flüsse und Gewässer.....	9
Wasser und Abwasser.....	10
Gute Böden bewahren, Fracking verhindern.....	10
Altlasten beseitigen und Gefährdung für Mensch und Umwelt beenden.....	11
Abfälle als Rohstoffe verwerten.....	11
Luft sauber halten.....	12
Lärm begrenzen.....	12
Klimaschutz verbindlich regeln.....	12
I.2 Nachhaltig wirtschaften – für ein Mehr an Lebensqualität.....	12
Der Mensch steht für uns im Mittelpunkt.....	13
Wirtschaft gezielt fördern.....	13
Handwerk hat grünen Boden.....	14
Regional ist erste Wahl.....	14
Energieeffizient und ressourcenschonend wirtschaften.....	14
Schnelle Internetzugänge für alle Thüringerinnen und Thüringer.....	15
Verwaltung geht mit gutem Beispiel voran.....	15
Gutes Leben ist mehr als nur Wirtschaftswachstum.....	15
I.3 Thüringen ist erneuerbar – für die Energien der Zukunft.....	16
Thüringen als Vorreiter bei Effizienzsteigerung und Energiesparen.....	16
Die Sonne schickt keine Rechnungen.....	16
Windräder – ja, bitte!.....	17
Bioenergie nachhaltig erzeugen.....	17
Geothermie weiter erforschen.....	17
Dezentrale Stromerzeugung, intelligente Stromnetze und Speicher.....	17
Vom Bioenergiedorf zur 100 Prozent-Region.....	18
Blockheizkraftwerke besser integrieren.....	18
Landesentwicklungsprogramm als Instrumentarium nutzen.....	18
Energie in die Hände der Bürgerinnen und Bürger.....	18
I.4 Mobilität in Thüringen – für richtig gute Verbindungen.....	19
Laufen hat Vorrang.....	19
Rauf aufs Rad.....	19
Mehr Takt im öffentlichen Nahverkehr.....	19
Einen Thüringer Verkehrsverbund schaffen.....	19

Mitte-Deutschland-Bahn umsetzen.....	20
Schienennetz sinnvoll gestalten.....	20
Lkw auf die Schiene.....	20
Straßenerhalt vor Neubau.....	20
Carsharing ausbauen.....	20
Elektromobilität richtig fördern.....	20
Alternative Antriebe erforschen.....	21
Lebensqualität durch angepasste Geschwindigkeit.....	21
Flugverkehr – so viel wie nötig, so wenig wie möglich.....	21
Barrieren abbauen.....	21
I.5 Unser täglich Brot – für eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft.....	21
Gute Böden, gute Produkte.....	22
Ganz klar: regional ist öko.....	22
Agro-Gentechnik braucht niemand.....	22
Bienenfreundliche Landwirtschaft.....	23
Landwirtschaft als Partnerin der Energiewende begreifen.....	23
Schluss mit industrieller Massentierhaltung.....	23
Tierschutz stärken.....	23
Forstwirtschaft nachhaltig gestalten.....	24
Jagd – wo es sein muss.....	24
I.6 Der Mensch geht vor – für einen effektiven Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher.....	24
Verbraucherzentralen stärken.....	25
Auch die kleinsten Verbraucherinnen und Verbraucher schützen.....	25
Besser informiert am Einkaufsregal.....	25
Datenschutz stärkt die Selbstbestimmung.....	25
I.7 Nachhaltiger Tourismus als Wirtschaftsfaktor.....	26
Qualität im Tourismus weiter verbessern.....	26
Rad- und Wandertourismus fördern.....	26
Touristische Investitionen mit Weitblick.....	26
II. Bildung und Kultur, Familien und Soziales: GRÜN ist für alle da.....	27
II.1 Alle für alle: Grüne Familienpolitik.....	27
Für den Schutz der Kleinsten.....	28
Familien verdienen guten Service: Familienzentren und Familienberatung.....	28
II.2 Die besten Kitas für unsere Kinder.....	28
Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher verbessern.....	29
Hohe Qualität und faire Beiträge.....	29
II.3 Bildung öffnet die Tore zur Welt!.....	29
Länger gemeinsam lernen.....	29
Inklusive Schule für alle.....	30
Demokratische Schule: Schule der Demokratie.....	30
Nur mit gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern ist gute Schule zu machen.....	30
Gleiche Chancen für freie Schulen.....	31

Wohnortnahe Schulen im ganzen Land.....	31
II.4 Gute und faire Ausbildung und lebenslanges Lernen.....	31
Berufsorientierung und Berufswahl verbessern.....	31
Ein Azubi-Ticket für Thüringen schaffen.....	32
Für eine bessere Erwachsenenbildung – lebenslanges Lernen fördern.....	32
II.5 Junges Land, junge Leute.....	32
Echte Mitbestimmung.....	32
Jugend braucht Perspektiven.....	32
Verlässliche Angebote für Jugendliche.....	33
Jugendsozialarbeit.....	33
II.6 Grüne Wissenschafts- und Hochschulpolitik kürzt nicht bei der Zukunft.....	33
Hochschulentwicklungsplanung.....	33
Besser finanzieren – in Köpfe investieren.....	34
Für mehr Bildungsqualität und für gute Arbeit an unseren Hochschulen.....	34
Thüringen in der Welt – Die Welt in Thüringen.....	34
Für mehr Gleichstellung und Familienfreundlichkeit im Wissenschaftsbereich.....	35
Hochschulen öffnen und demokratisieren.....	35
Exzellente Forschung mit transparenter Finanzierung.....	36
II.7 Gute Arbeit für Thüringen.....	36
Den Mindestlohn grün ausgestalten.....	37
Diskriminierungsfreie Arbeitswelt.....	37
Attraktive Arbeitsbedingungen.....	37
Flexibilität in der Leiharbeit belohnen.....	37
Starke Frauen in Wirtschaft und Politik.....	38
II.8 Grüne Gesundheits- und Pflegepolitik: solidarisch, bedarfsgerecht, wohnortnah und präventiv.....	38
Sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung.....	38
Eine gute Gesundheitsversorgung vor Ort.....	38
Medizinische Behandlung frei von Diskriminierung.....	39
Prävention hat Priorität.....	39
Drogen- und Suchtpolitik.....	39
Menschenwürdige Pflege sichern und die Pflegebranche stärken.....	40
Würde bis zum Lebensende.....	41
Erstklassige medizinische Versorgung für alle.....	41
Medizinischen Nachwuchs sichern.....	41
II.9 Grüne Kulturpolitik schafft Werte für Thüringen.....	41
Besser fördern! – Für ein Kulturfördergesetz für Thüringen.....	42
Kulturelle Bildung nachhaltig verankern.....	42
Unabhängige Freie Szene stärken.....	42
Projektmanagerprogramm ausbauen – Kulturrat stärken.....	42
Thüringer Museen fördern.....	42
Bibliotheken braucht das Land.....	43

Musikschulen stärken.....	43
Kulturfinanzierung transparent und auskömmlich gestalten.....	43
II.10 Thüringen in Bewegung.....	43
III. Freiheit bewahren und Zukunft gestalten.....	45
III.1 Für eine offene, inklusive und gerechte Gesellschaft.....	45
Geschlechtergerechte Demokratie für alle.....	45
Antidiskriminierungspolitik für Thüringen.....	45
Thüringen inklusiver.....	46
Keine Angst vor dem demografischen Wandel.....	46
Thüringen unter dem Regenbogen.....	46
Willkommen in Thüringen.....	47
Frauen vor Gewalt schützen.....	48
III.2 Für eine starke Zivilgesellschaft gegen rechts.....	48
Zivilgesellschaft stärken, extreme Rechte bekämpfen.....	48
Ehrenamtliches Engagement.....	49
III.3 Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.....	49
Mitsprache ermöglichen.....	49
Transparente Politik in den Kommunal- und Landesparlamenten.....	49
Umfassende Reformen zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten.....	50
Jugend eine Stimme geben – Wahlrecht ab 16.....	50
Landtagswahlrecht reformieren.....	50
Mehr Demokratie auf Bundesebene und in Europa wagen.....	50
III.4 Für eine moderne, bürgerinnen- und bürgernahe Verwaltung.....	51
Die Bürgerinnen und Bürger informieren.....	51
Abgaben bürgerinnen- und bürgerfreundlich gestalten.....	51
III.5 Für eine gute Justiz- und Sicherheitspolitik.....	52
Für eine gerechte und unabhängige Justiz.....	52
Umweltkriminalität.....	52
Jugendstrafrecht.....	52
Vertrauen in die Polizei stärken.....	52
Freiwillige Feuerwehr unterstützen.....	53
III.6 Verfassungsschutz reformieren.....	53
III.7 Der Landeshaushalt: zukunftsfähig und nachhaltig.....	53
Schuldenbremse in die Verfassung.....	53
Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern planen.....	54
Versorgungsmentalität beenden.....	54
III.8 Freies Internet und unabhängige Medien sind eine Grundlage einer modernen Demokratie.....	54
Starke, unabhängige Medien in Thüringen.....	54
Jugendmedienstandort Thüringen.....	55
Medien der Bürgerinnen und Bürger fördern.....	55
Thüringens Zukunft im Internet.....	55

<u>Freier Zugang zu Wissen und Informationen.....</u>	<u>55</u>
<u>Öffentliches W-LAN.....</u>	<u>55</u>
<u>Schlüsselqualifikation: Medienkompetenz.....</u>	<u>56</u>
<u>III.9 Heute das Thüringen von morgen gestalten.....</u>	<u>56</u>
<u>Thüringen gemeinsam gestalten – mit starken Städten und Gemeinden.....</u>	<u>56</u>
<u>Attraktive Städte für jedes Alter – Stadtentwicklung und Verkehr zusammen denken.....</u>	<u>57</u>
<u>Wohnen in der Stadt für jede Geldbörse.....</u>	<u>57</u>
<u>Stadt- und Landentwicklung für das 21. Jahrhundert.....</u>	<u>57</u>
<u>Internationale Bauausstellung (IBA): Ideen für eine moderne, postfossile Gesellschaft.....</u>	<u>57</u>
<u>Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Stadt- und Regionalentwicklung als Markenzeichen Thüringens.....</u>	<u>58</u>

In diesem Herbst jährt sich die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR zum 25. Mal. Dann werden viele Menschen auf die damaligen Ereignisse und die anschließenden Jahre der Freiheit und Demokratie zurückschauen. Wir wollen in diesem Herbst, am 14. September, aber vor allem nach vorn schauen und mit unserem Angebot zur Wahl des Thüringer Landtages die nächsten fünf Jahre entscheidend mitbestimmen. Es liegt an uns allen, die Chancen, die sich unserem Land bieten, zu nutzen und ein modernes, ökologisches, gerechtes und weltoffenes Thüringen zu gestalten.

Viele von uns gingen vor 25 Jahren auf die Straße und demonstrierten für ihre Rechte und Freiheiten, für demokratische Mitbestimmung und freie Wahlen, für ein Ende von Überwachung, für Vielfalt und freie Entfaltung, für Frieden, für Umweltschutz und für eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern. Es entstand eine Bewegung, die ein ganzes Land erfasste, eine friedliche Revolution, die unser Land von Grund auf veränderte. „Wir sind das Volk“ riefen Bürgerinnen und Bürger, die entschlossen waren, ihr eigenes Leben in einem echten Gemeinwesen fortan demokratisch zu gestalten. Egal, ob für ein freies Internet oder für bessere Bildungsbedingungen in Thüringen, auch heute stehen wir an der Seite derer, die für politische Veränderung auf die Straße gehen. Wir sind auch heute mündige Bürgerinnen und Bürger, die jeden Tag direkt und demokratisch, aber auch bei Wahlen wie am 14. September 2014 mitbestimmen möchten, in welche Richtung sich Thüringen künftig entwickelt. In der friedlichen Revolution von 1989 liegen unsere Wurzeln, denen wir uns noch heute verpflichtet fühlen.

In den Ereignissen des Herbstes vor 25 Jahren liegen auch die Ursprünge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen: Wir entstammen der BürgerInnenrechtsbewegung, der Friedensbewegung, der Umweltbewegung, der Frauenbewegung. Wir wollen – damals wie heute – die Menschen im Land würdig vertreten und ihnen eine starke Stimme geben: für Umweltschutz, für Familien und sozialen Ausgleich, für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und deren Mitbestimmung, für eine echte demokratische Kultur. In den letzten fünf Jahren haben wir gezeigt: Thüringen braucht eine starke GRÜNE Stimme in der Landespolitik. Wir haben uns für freie Schulen und gute Bildung für alle von Anfang an, für ein Mindestlohn- und ein Klimaschutzgesetz eingesetzt. Wir haben den NSU-Untersuchungsausschuss initiiert und den Finanzminister erfolgreich vor dem Verfassungsgericht in Weimar in die Schranken gewiesen und damit das Haushaltsrecht des Landtags gestärkt. Wir haben mit unseren Konzepten zum ThüringenTakt, einem anderen Wachstumsbegriff für Thüringen und den Modellregionen im ländlichen Raum Zukunft aufgezeigt. Vor allem aber haben wir der großen Koalition aus SPD und CDU auf die Finger geschaut, Skandale und Vetternwirtschaft aufgedeckt, Mutlosigkeit und fehlende Konzepte der Regierung angeprangert und Alternativen aufgezeigt. Wir GRÜNE sind fest überzeugt: ein „Weiter so“, weitere fünf Jahre Stillstand und gegenseitige Blockade darf es nicht geben. Sie, die Bürgerinnen und Bürger Thüringens, haben Besseres verdient.

Wir Thüringer GRÜNE laden Sie dazu ein, gemeinsam mit uns die Politik der nächsten Jahre zu gestalten. Wir wollen Ihnen zuhören. Wir wollen mit Ihnen diskutieren. Wir wollen mit Ihnen gestalten. Wir sind überzeugt: Thüringen kann mehr. Thüringen hat Chancen und Möglichkeiten, die wir nutzen wollen. Wir sind bereit dafür:

**Wir wollen ein Thüringen, in dem der Schutz von Umwelt, Natur und Klima Herzensangelegenheit ist.** Wir GRÜNE stehen für einen respektvollen Umgang mit der Natur, durch den Landschaft, Artenvielfalt, Boden, Luft und Wasser geschützt werden. Thüringen ist reich an einzigartigen Naturschätzen, von den Kuppen des Thüringer Waldes über die Weiten des Thüringer Vorlandes bis zu den Ausläufern des Harzes, die wir genießen, die wir schätzen, die aber auch unseres Schutzes bedürfen. Wir wollen eine naturnahe Land- und Waldwirtschaft. Wir werden Thüringen zu einem Gewinner der Energiewende machen, indem es sich langfristig von fossilen Energieträgern unabhängig macht. Die Versorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien gehört in die Hände der Bürgerinnen und Bürger.

**Wir wollen ein Thüringen, in dem die Stärkung von Familien Realität wird und nicht nur Anspruch bleibt.** Wir GRÜNE stehen für eine Generationenpolitik, die die Bedürfnisse von Jung und Alt zusammen denkt und nicht gegeneinander ausspielt. Wir wollen eine Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein, unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität oder Herkunft, Alter oder Elternhaus, körperlicher oder psychischer Verfassung. Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand abgehängt und zurückgelassen wird, die sich nicht in zwei Geschwindigkeiten entwickelt

und in der alle Menschen gleiche Freiheitsrechte, Teilhabechancen und Möglichkeiten haben. Unser Ziel ist eine durchlässige Gesellschaft, die Blockaden abbaut und in der niemand ausgeschlossen wird.

**Wir wollen ein Thüringen, in dem Bildung auf Vielfalt setzt und nicht eine Frage der Schulform ist.** Bildung ist Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und der Schlüssel für die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Bildung soll sich von Anfang an nach dem Wohl des Kindes richten und vielfältige Angebote machen. Bildung ist Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe und ganz klar eine Investition in die Zukunft Thüringens. Deshalb darf Bildung nicht vorrangig nach wirtschaftlichen Aspekten oder ideologischen Schablonen gestaltet werden. Wir wollen, dass gute, lebenslange Bildung kein Privileg für wenige ist, sondern wirklich allen offen steht.

**Wir wollen ein Thüringen, in dem der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher kein bloßer Zufall ist, sondern an vorderster Stelle steht.** Wir glauben an die Macht der informierten Verbraucherinnen und Verbraucher mit gesicherten Rechten und werden diese stärken. Wir setzen uns ein für eine Landwirtschaft, die in der Region verwurzelt und nicht mehr von tierquälerischer Massentierhaltung und klimaschädlicher Fleisch- und Milchproduktion geprägt ist. Wir werden alles dafür tun, dass es Lebensmittel- oder Datenschutzskandale in Serie in Thüringen nicht mehr geben wird.

**Wir wollen ein Thüringen, in dem die Wirtschaft mit der Idee der Ökologie versöhnt wird.** Nachhaltig wirtschaften bedeutet, nicht mehr zu verbrauchen, als auch nachwachsen kann – nicht von der Substanz zu leben, sondern von den Erträgen. Nachhaltigkeit ist aber nicht nur ökologische Nachhaltigkeit: Im Thüringer Handwerk und Mittelstand sehen wir Partner für regionale Wertschöpfung und die Energiewende. Mehr ÖPNV, mehr Fuß- und Radverkehr machen Mobilität effizienter und verträglicher. Ressourcenschonendes und energiesparendes Wirtschaften werden wir gezielt fördern.

**Wir wollen ein Thüringen, in dem mehr Demokratie gelebt wird.** Wir GRÜNE wollen, dass neben den gewählten Parlamenten vor allem die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden – und nicht starke Lobbys, für die das Gemeinwohl kein Kriterium ist. Eine bessere Politik braucht Menschen, die sich einmischen und begreift diese nicht als Störfaktor. Wir engagieren uns gegen rechtes Gedankengut und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und sind Teil der vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen für eine wirkliche Willkommenskultur für Flüchtlinge und Schutzsuchende.

Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen unser Programm für Thüringen vor, für das wir um Ihre Unterstützung werben. Es ist ein Programm für ein ökologisches, gerechtes, modernes und weltoffenes Thüringen, ein Programm, das die zukünftigen Generationen in den Blick nimmt und Jung und Alt nicht gegeneinander ausspielt. Es ist ein Programm, mit dem wir uns kommenden Herausforderungen stellen und Verantwortung für unser Land übernehmen wollen.

Verantwortung übernehmen heißt aber auch, dass wir bei der Umsetzung unserer politischen Vorhaben sehr genau darauf achten werden, dass wir keine unkalkulierbaren finanziellen Risiken zu Lasten künftiger Generationen eingehen.

Je stärker wir im Landtag vertreten sind, desto mehr GRÜNE Inhalte werden wir umsetzen können. Wir wissen, dass wir dafür Partnerinnen und Partner brauchen werden. Koalitionen sind für uns GRÜNE keine Frage von politischen Lagern. Koalitionen sind Bündnisse auf Zeit zur Umsetzung gemeinsamer Ziele. Nur wer mit uns GRÜNEN in die gleiche Richtung gehen will, nur wer eine deutliche GRÜNE Handschrift in Thüringen mit uns umsetzen wird, mit dem wollen wir zusammen Verantwortung für dieses Land übernehmen.

Die Entscheidung liegt bei Ihnen: Gehen Sie am 14. September zur Wahl und geben Sie Ihre Stimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – für ein ökologisches, gerechtes, soziales und weltoffenes Thüringen.

# **I. Anders wachsen. Umwelt, Wirtschaft und Menschen zusammen denken.**

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen stehen für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Politik, die unser aller Bedürfnisse und denen nachfolgender Generationen gerecht wird. Wir wollen Thüringen so gestalten, dass allen ein gesundes Leben in einer gerechten Gesellschaft und wohlbehaltenen Umwelt ermöglicht wird – heute, morgen und auch noch in 50 oder 100 Jahren. Eine Beschränkung der Politik auf bloße Wachstumsförderung verschuldet sich an unserer Umwelt und Gesundheit, setzt bereits jetzt Existenzen aufs Spiel und nimmt den Verlust der natürlichen Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkel in Kauf.

Statt allein auf Wirtschaftswachstum zu setzen, streben wir eine grundlegende wirtschaftliche Erneuerung des Freistaates an. Wir wollen eine Modernisierung unserer Gesellschaft voranbringen, in der Ökologie und eine den Menschen dienliche Ökonomie Hand in Hand gehen. Von dieser Partnerschaft profitieren alle Seiten, die Menschen, die Wirtschaft wie auch die Umwelt – und damit die gesamte Gesellschaft.

Um dies Wirklichkeit werden zu lassen, setzen wir uns für entsprechende Rahmenbedingungen ein: Wir entwerfen wirkungsvolle Instrumente zur Bewahrung unserer natürlichen Ressourcen und unterstützen die nachhaltigen und innovativen Thüringer Unternehmen dabei, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Wir fördern Ideen und Technologien, die uns helfen, noch energie- und ressourcenschonender zu wirtschaften und unterstützen eine zukunftsfeste Ernährungs- und Versorgungswirtschaft. Bei alledem betonen wir, dass unsere Wirtschaft kein Selbstzweck sein kann. Sie hat dem Menschen zu dienen, nicht umgekehrt.

## **I.1 Unsere Umwelt braucht Schutz**

Thüringen ist grün. Unser Freistaat verfügt über einzigartige Naturschätze, die es zu bewahren gilt. Gleichwohl gibt es in Thüringen ausgeräumte Agrarwüsten, in denen die Artenvielfalt weiter zurückgeht und wertvolle alte Baumbestände, Hecken, Feldraine und Gewässer in Gefahr sind. Immer mehr Lebewesen stehen auf der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Tiere. Artenvielfalt und Ökologie müssen stets zentral sein – nicht nur in wirtschaftlichen Schönwetterzeiten. Intakte Böden, sauberes Wasser und reine Luft sind vielmehr Grundvoraussetzung für ein gesundes Leben und wichtige Parameter für die Lebensqualität im Land. Ohne gesunde Bienen gibt es keinen Honig und keine Früchte. Ohne naturbelassene Flussauen wird es weiter verheerende Hochwasser geben. Wir setzen uns dafür ein, dass sich auch unsere Kinder und Enkel an der Vielfalt der Thüringer Natur erfreuen können. Daher wollen wir die Natur und Tierwelt zusammen mit den Menschen im Land schützen. Nutzen und schützen sind keine unvereinbaren Gegensätze, sie gehören vielmehr zusammen.

### **Umwelt- und Naturschutz als politisches und gesellschaftliches Querschnittsthema**

Um den Umweltschutz angemessen als landesweite, strategische Aufgabe im Land zu verankern, wollen wir die im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel aufstocken. Die Umweltverbände sollen früh und auf Augenhöhe in wichtige Entscheidungen zur Landesentwicklung, z. B. bei Bauvorhaben, eingebunden und die Arbeit von Naturschutzbehörden im Land und vor Ort gestärkt werden. Öffentliches Eigentum und staatliche Verwaltung müssen Vorbild bei der Umsetzung naturschutzfachlicher Vorgaben sein. Wir wollen dem Naturschutz durch eine eigenständige Abteilung Naturschutz im Ministerium und eigene Fachbehörden, wie es sie in Form staatlicher Umweltämter bereits gegeben hat, mehr Gewicht in der Landesregierung verleihen. Die organisatorische Integration des Nationalparks Hainich sowie der Verwaltungsstellen der Thüringer Biosphärenreservate und Naturparks in die Landesanstalt „ThüringenForst“ lehnen wir ab. Die wirtschaftliche Ausrichtung dieser Behörde entspricht nicht den Erfordernissen des Naturschutzes. Zudem schlagen wir eine staatliche Umweltlotterie vor, deren Erlöse zweckgebunden für den Naturschutz eingesetzt werden.

Dem zivilgesellschaftlichen Engagement der Naturschutzvereine kommt eine wichtige Bedeutung beim Schutz unserer Umwelt zu. Wir wollen ihre Arbeit durch Anerkennung ihrer gesellschaftlichen



Leistung und die Senkung bürokratischer Hürden stärker würdigen und fördern. Wir wollen das Verbandsklagerecht der Tierschutzverbände erweitern.

Wir machen uns stark dafür, dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger für den Naturschutz und die Vielfalt der Arten interessieren und engagieren. Grundlage dafür ist eine anspruchsvolle, praxisbezogene Umweltbildung in den Kitas, in den Schulen wie auch in den Angeboten der Erwachsenenbildung. Die Weiterbildungsangebote für haupt- und ehrenamtliche Naturschützer sollen erheblich ausgebaut, verbessert und professionalisiert werden. Um Synergien zu nutzen, wird hierbei eine länderübergreifende Kooperation mit Naturschutzakademien der benachbarten Bundesländer angestrebt.

### **Biosphärenreservate und Schutzgebiete als Chance begreifen**

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Zielvorgaben für die Natura-2000-Gebiete vollständig umzusetzen, um damit naturschutzfachlich wertvolle Landschaften Thüringens langfristig zu erhalten. Hierzu wollen wir Mittel und Personalkapazitäten aufstocken sowie ein Netz von Stationen errichten, mit dem insbesondere die bislang vernachlässigte Pflege der Natura-2000-Flächen vor Ort koordiniert wird.

Wir wollen die Biosphärenreservate Rhön und Vessertal weiterentwickeln und vergrößern. Ziel ist es, mindestens 15 Prozent der Landesfläche als Biotopverbund so miteinander zu verbinden, dass Arten wandern können und stabile Populationen entstehen. Das Grüne Band – der einzigartige, weitgehend naturbelassene Streifen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze – soll als „Nationales Naturmonument“ ausgewiesen werden, um es dauerhaft zu erhalten.

Die Region im Südharz als größte europäische Gipskarstlandschaft ist ein Zentrum der biologischen Vielfalt in Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, diese Region in ein Biosphärenreservat zu wandeln, in dem angepasste Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus Hand in Hand gehen. Für die Menschen in der Region ergeben sich daraus neben der Aufwertung ihrer Heimat auch neue Verdienstmöglichkeiten.

Wir unterstützen die in Thüringen durchgeführten Naturschutzgroßprojekte des Bundes und der Europäischen Union am Grünen Band, in der Rhön, im Thüringer Becken und in der Hohen Schrecke als landesweite Modellprojekte des Naturschutzes. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass die Naturschutzförderung durch eine Förderung der naturschutzgerechten Regionalentwicklung ergänzt wird. Damit zeigen wir, dass die Menschen in den Regionen von den Naturschutzprojekten direkt profitieren können. Die Etablierung weiterer Naturschutzgroßprojekte soll geprüft werden.

### **Schutz der Flüsse und Gewässer**

Das Hochwasser im Juni 2013 hat gezeigt: Beim Hochwasserschutz ist noch viel zu tun. Verbaute Flüsse, versiegelter Boden und ausgeräumte Landschaften – das alles verschlimmert ein Hochwasserereignis. Weitere Dämme und Regenrückhaltebecken sind teuer und helfen nur punktuell. Flüsse brauchen wieder mehr Platz, um sich „breit zu machen“. Intakte Flussauen sind nicht nur wertvolle Biotope. Sie schützen auch unsere Keller und Städte. Deshalb wollen wir Fließgewässer und ihre Auen revitalisieren und – wo möglich und sinnvoll – Böden entsiegeln. Auch der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft und die Umwandlung von Acker- zu Grünland erhöht die Speicherfähigkeit der Böden. Gleichzeitig bleibt das Wasser frei von Stickstoffeinträgen. Denn: Thüringen erfüllt noch lange nicht die EU-Anforderungen für saubere Gewässer. Unser Ziel ist es, den Gewässerschutz deutlich zu erhöhen, um den Stoffeintrag zu reduzieren und die Gewässerstruktur zu verbessern. Der Schutz der Uferbereiche muss hierzu gesetzlich verbessert werden. Zudem sprechen wir uns für den Erhalt der bestehenden Wasserschutzgebiete aus.

Die Versalzung der Werra ist eines der größten Umweltprobleme im Freistaat. Wir wollen Werra und Weser bis zum Jahr 2020 zu naturnahen Gewässern entwickeln. Das Unternehmen K+S darf seine Salzabwässer nicht mehr in die Werra entsorgen oder Salzlauge einfach in den Boden verpressen. Stattdessen muss das Unternehmen alle technisch verfügbaren Möglichkeiten zur Verringerung der anfallenden Salzabfälle nutzen. Nicht vermeidbare Abwässer sollen mithilfe einer Pipeline an einem ökologisch vertretbaren Ort direkt in die Nordsee geleitet werden. Darüber hinaus

fordern wir, dass Rückstände aus der Kaliproduktion nicht mehr aufgehaldet werden. Die „weißen Berge“ sind hoch genug.

## **Wasser und Abwasser**

Wasser ist Leben, unser wichtigstes Nahrungsmittel und Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Wir GRÜNE setzen uns für den Schutz der Wasserökosysteme und Wasserkreisläufe ein. Mit der Resource Wasser müssen wir sorgsam umgehen. Thüringen ist verpflichtet, die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Das Land wird die eigene, viel zu unambitionierte Zielstellung bis 2015 weit verfehlen. Wir sehen hier Novellierungsbedarf und setzen uns für eine Neuordnung des Wasserrechts ein. Wasser ist ein öffentliches Gut und soll es auch künftig bleiben. Daher stellen wir uns einer Privatisierung der Wasserwirtschaft entschieden entgegen. Abwasser ist voll von Roh- und Schadstoffen. Folglich ist ein nachhaltiger Umgang damit dringend geboten. Das sogenannte Klärgas kann z. B. in Biogasanlagen eingesetzt werden. Es enthält jedoch zunehmend Schadstoffe, etwa Hormone oder Nanopartikel aus Medikamentenrückständen oder Kosmetika. Wir streben daher eine Abwasserentsorgung an, die zum einen die wertvollen Rohstoffe herausfiltert und wieder nutzbar macht und zum anderen die Schadstoffe konsequent isoliert.

Ein Dauerstreitpunkt in Thüringen sind die Abwasserbeiträge. Indem über eine Infrastrukturabgabe alle an den Kosten der Abwasserbeseitigung beteiligt werden, wollen wir die Bürgerinnen und Bürger entlasten. Insbesondere in den ländlichen Räumen setzen wir stärker auf dezentrale Lösungen wie Gruppen- oder vollbiologische Kläranlagen. Daneben haben wir uns das Ziel gesetzt, im Kommunalabgabengesetz die „gespaltene Abwassersatzung“ einzuführen. Damit würden die Kommunen den schmutzigen Teil der Abwässer (Schmutzwasser) vom Regenwasser trennen. Dies ist aus unserer Sicht gerecht, schafft einen finanziellen Anreiz zu weniger Bodenversiegelung und beteiligt Großversiegler, etwa Einkaufszentren, angemessen an den Abwassergebühren. Wir setzen ansonsten auf gerechte Verteilung der Kosten nach dem Verursacherprinzip: Wer wenig Wasser verbraucht oder Abwasser erzeugt, soll entsprechend weniger zahlen.

Vor Investitionen in Ver- und Entsorgungsleitungen, insbesondere im Abwasserbereich, wollen wir einen „Demografie-Check“ durchführen, der auch die zukünftige Nutzung mitbedenkt. Wir setzen auf einen bedarfsgerechten Ausbau und planen, den Anschluss- und Benutzungszwang, dort, wo es Sinn hat, zu lockern. Dezentrale Optionen, bspw. Gruppen-, Klein- oder biologische Kläranlagen, können in bestimmten Fällen die bessere Lösung sein. Dies entlastet nicht nur die öffentlichen Haushalte, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger.

## **Gute Böden bewahren, Fracking verhindern**

Der Bodenschutz wird noch immer nicht ernst genommen. Gesunde und ertragreiche Böden werden knapp: die Qualität unserer Böden verschlechtert sich seit Jahren – immer mehr Schadstoffe reichern sich an. Wertvolle Ackerkrume geht täglich verloren. Außerdem werden unverändert wertvolle, fruchtbare Böden für Siedlungs- und Verkehrsflächen verbaut und versiegelt. Trotz rückläufiger Bevölkerung nimmt der Verbrauch an Fläche in Thüringen zu. Unser Ziel ist deshalb, bis 2020 den Nettoflächenverbrauch auf null zu senken. Für jede neu genutzte und versiegelte Fläche wird der Natur eine gleichwertige zurückgegeben. Über handelbare Flächenzertifikate ermöglichen wir den Flächentausch zwischen Kommunen, die mehr Fläche benötigen, mit jenen, die weniger Bedarf haben. Grundsätzlich gilt es, bessere Rechtsgrundlagen beim Bodenschutz zu schaffen sowie den Flächenverbrauch durch den Abbau überzogener Standards (für Verkehrsflächen) zu reduzieren. Außerdem muss die Bodenfruchtbarkeit durch abwechslungsreiche Fruchtfolgen, Erosionsschutz und Förderung der Humusbildung gesichert werden. Der Freistaat soll sich hierfür auf Bundesebene einsetzen.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen lehnen die Erkundung und Gewinnung von unkonventionellem Erdgas mittels Fracking in Thüringen ab. Diese Technologie birgt unkalkulierbare Risiken für Gesundheit und Umwelt. Für uns spielt Erdgas als Brückenrohstoff auf dem Weg zu einer 100-prozentigen Nutzung von erneuerbaren Energien eine bedeutende Rolle. Maßstab für die Energiewende muss jedoch sein, dass alle neuen Technologien umweltverträglich und umkehrbar sind. Für die Ausbeutung unkonventioneller Erdgasvorkommen trifft dies nicht zu.

## **Altlasten beseitigen und Gefährdung für Mensch und Umwelt beenden**

Altlasten sind das Ergebnis eines sorglosen Umgangs mit umweltgefährdenden Stoffen in der Vergangenheit, deren Folgen zukünftige Generationen tragen müssen. Wir GRÜNE stehen für eine nachhaltige und umfassende Sanierung von allen Altlasten sowie Altlastenverdachtsflächen in Thüringen. Dafür braucht es ein stabiles finanzielles Fundament. Wir werden uns deshalb beim Bund für eine Aufstockung und Verlängerung des Sondervermögens „Ökologische Altlasten in Thüringen“ einsetzen. Thüringen kann bei der Finanzierung von Großprojekten nicht alleine in die Verantwortung genommen werden.

Bei der Sanierung der Hinterlassenschaften des Uranbergbaus fordern wir GRÜNE eine intensivere Aufarbeitung der Wismut-Geschichte und mehr Engagement bei der Beseitigung der Wismut-Altlasten von Seiten der Landesregierung. Nach dem Wismut-Gesetz von 1991 wurden keine Mittel für die Hinterlassenschaften des Uranbergbaus der Wismut bereitgestellt, die 1990 nicht dem Unternehmen zugeordnet waren. Wir fordern eine Neubewertung und wenn erforderlich eine Sanierung der sogenannten Wismut-Altstandorte, die nicht im Aufgabenbereich der Wismut GmbH liegen.

Das ehemalige Teerverarbeitungswerk in Rositz gilt als eine der größten Altlasten Thüringens. Trotz einer millionenschweren Sanierung des Teersees „Neue Sorge“ stehen jedoch die Sanierung der Aschhalde Fichtenhainichen sowie die Sanierung der Grundwasserkontamination im Ortsteil Schelditz nach wie vor aus. Die Zuständigkeit für das Großprojekt Rositz wurde 2013 auf die untere Bodenschutzbehörde des Landratsamtes Altenburger Land übertragen. Dies lehnen wir ab. Wir werden uns für eine Rückübertragung der Zuständigkeit auf das Land Thüringen einsetzen, denn Rositz bleibt ein ökologisches Großprojekt, das der Landkreis nicht alleine stemmen kann. Zudem setzen wir uns für eine nachhaltige Lösung bei der Sanierung des Grundwasserschadens in Schelditz ein, denn der Grundwasserspiegel wird infolge der Stilllegung der Braunkohletagebaue in den nächsten Jahren weiter ansteigen und Menschen und Umwelt zunehmend gefährden.

## **Abfälle als Rohstoffe verwerten**

Abfall belastet unsere Umwelt und birgt erhebliche Gesundheitsgefahren: in Thüringen und darüber hinaus. Der beste Abfall ist daher der, der überhaupt nicht entsteht. Erdöl zu Plastiktüten zu verarbeiten und nach einmaliger Nutzung wegzuwerfen, ist pure Verschwendung – Müll zu verbrennen erst recht. Denn Restmüll enthält wertvolle Rohstoffe, die auch weltweit immer knapper werden. Wird er verbrannt, entstehen giftige Dioxine und Schlackenberge, die gelagert werden müssen und die Luft belasten. Die Thüringer Müllverbrennungsanlagen sind inzwischen sogar auf Müll von weit her angewiesen, um ökonomisch zu arbeiten.

Auch Grünschnitt und organische Abfälle sind wichtige Rohstoffe. Sie gehören auf den Kompost bzw. in die Biogasanlage. Bereits jetzt ist durch die Bundesgesetzgebung geregelt, dass Biotonnen ab 2015 verpflichtend zu jedem Haushalt gehören.

Wir schlagen vor, kommunale Stoffkreisläufe zu entwickeln, die Müllverbrennungsanlagen auf lange Sicht entbehrlich machen und in denen organische Abfälle und andere Wertstoffe möglichst vor Ort wiederverwendet und -verwertet werden.

Gerade im Abfallbereich wollen wir die notwendige Aufklärungs- und Bildungsarbeit leisten und sie interessant gestalten. Statt „in die Tonne – aus dem Sinn“ wollen wir aufzeigen, was mit Abfällen passiert und Anreize für die Vermeidung und Verwertung schaffen. Die Abfallwirtschaft in Thüringen soll im Sinne des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes so ausgerichtet sein, dass Stoffkreisläufe geschlossen werden. Wir befürworten Life-Cycle-Strategien, die auch in Thüringen die Rückgewinnung z. B. von seltenen Erden aus Handys ermöglichen. Wir werden ein branchenübergreifendes Netzwerk entwickeln, in dem Rohstoffproduzenten und Recycling-Unternehmen gemeinsam mit wissenschaftlichen Einrichtungen daran arbeiten, dass Rohstoffe und Abfälle nicht unterschiedlich betrachtet werden, sondern nach vielfältiger Nutzbarkeit in Kreisläufen schnellstmöglich zugeführt werden können. Den Import von Müll oder anderen Reststoffen zur Verbrennung oder unterirdischen Einlagerung wollen wir zurückdrängen.

## **Luft sauber halten**

Wir alle haben das Recht auf saubere Luft. Verschmutzungen nehmen jedoch zu: Feinstaub, Ozon und Stickoxide begünstigen Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen, von denen Kinder und ältere Menschen in besonderem Maße betroffen sind. Der Straßenverkehr, insbesondere der Schwerlastverkehr, ist ein Hauptverursacher der Luftbelastung. Die Stickstoffeinträge aus dem Verkehr sorgen zudem für eine zunehmende Bodenversauerung und belasten unsere Wälder. Wir GRÜNE stehen deshalb für ein konsequentes Handeln, das die Luft sauber hält.

Mit unserer Verkehrspolitik, die Fußwege, Radfahren und den ÖPNV in den Mittelpunkt rückt, können wir Luftschadstoffe wirksam reduzieren und die Gesundheit fördern. Die Umsetzung flächendeckender, wirkungsvoller Luftreinhaltepläne trägt dazu bei, dass die gesetzlichen Grenzwerte zukünftig in ganz Thüringen eingehalten werden. Diese wollen wir stärker an den Gesundheitserfordernissen der Menschen ausrichten und werden uns daher auf Bundesebene für eine Absenkung der Grenzwerte im Bundes-Immissionsschutzgesetz einsetzen.

## **Lärm begrenzen**

Lärm gefährdet unsere Gesundheit. Damit wir gut schlafen können, ist Lärmschutz gerade in der Nacht wichtig. Nach wie vor kämpfen Initiativen von engagierten Bürgerinnen und Bürgern meist vergeblich für ein wenig mehr Ruhe. Ihnen wollen wir helfen, Lärmschutzmaßnahmen erfolgreich durchzusetzen. Die Möglichkeiten sind vielfältig: innerorts Tempo 30 in der Nacht, Fahreinschränkungen für Lkws oder Lärmschutzwände. Lärmschutz auch im Bestand, und nicht nur beim Neubau von Straßen, muss folglich eine größere Rolle einnehmen.

## **Klimaschutz verbindlich regeln**

Wir Thüringerinnen und Thüringer tragen gemeinsam mit allen Menschen Verantwortung für den weltweiten Klimawandel. Dabei haben wir im Freistaat genug Köpfe und Know-how, um Klimaschutzvorreiter zu werden. Mit einem eigens dafür initiierten Gesetz können wir den Klimaschutz im Land verbindlich verankern und von den Launen der Wahlperioden lösen. Teuer wird es, wenn wir weitermachen wie bisher: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung e. V. schätzt die Kosten durch Klimaschäden in Thüringen auf mehr als 35 Milliarden Euro bis zum Jahr 2050. Hochwasser, Trockenperioden, Hitzewellen, Ernteeinbußen – die Folgen des Klimawandels sind bekannt. Klimaschutz ist in erster Linie ein Gebot der ökonomischen Vernunft.

Mit dem Gesetz werden wir die Kommunen bei ihren Klimaschutzanstrengungen durch Beratungsangebote sowie finanzielle Mittel bei der Erstellung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten unterstützen. Finanzschwache Kommunen sollen die Chance dazu ebenfalls erhalten. Die Thüringer Energie- und GreenTech Agentur (ThEGA) bietet sich indes als kompetente Dienstleisterin für die Kommunen an.

### **Konkret wollen wir:**

- ein Biosphärenreservat Karstlandschaft Südharz schaffen,
- Flussauen renaturieren und für den Hochwasserschutz reaktivieren,
- Werraversalzung beenden und Fracking verhindern.

## **1.2 Nachhaltig wirtschaften – für ein Mehr an Lebensqualität**

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schätzen die großen Leistungen aller Thüringerinnen und Thüringer, die zum wirtschaftlichen Aufschwung unseres Landes in den vergangenen 25 Jahren beigetragen haben. Wir wissen: Thüringer Wirtschaft ist mehr als einzelne umsatzstarke Unternehmen in den wirtschaftsstarken Regionen – es sind die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die Selbstständigen und freien Berufe, die Familienbetriebe und das Handwerk, die unser Wirtschaftsleben tragen. Gerade sie wollen wir unterstützen, für sie attraktive Bedingungen gestalten.

Grüne Wirtschaftspolitik nimmt die Region in den Blick: Alles, was vor Ort nach sozialen und ökologischen Standards erzeugt und verkauft werden kann, schafft Wohlstand vor Ort. Regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen und erhalten Arbeitsplätze in Thüringen, schützen unsere natürlichen

Ressourcen und sind folglich gut für alle Thüringer und die Umwelt. Wachstum um des Wachstums willen lehnen wir ab. Wir streben eine Wirtschaftspolitik an, die den Grenzen der natürlichen Ressourcen Rechnung trägt und damit die gute Lebensqualität der jetzigen und künftigen Generationen in den Mittelpunkt ihres Handelns rückt.

Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die sozial ist: Umsatzsteigerungen und hohe Profite nützen nichts, wenn die Menschen im Land vom Lohn ihrer Arbeit nicht leben und teilhaben können oder ihre Arbeit sie krank macht. Daher denken wir Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zusammen, wenn wir die Rahmenbedingungen für das unternehmerische, öffentliche und private Wirtschaften abstecken. Denn für uns ist klar: Mit grüner Wirtschaftspolitik lassen sich sehr gut schwarze Zahlen schreiben.

### **Der Mensch steht für uns im Mittelpunkt**

Thüringen ist ein Land des Mittelstandes und wir GRÜNE wollen den Mittelstand stärken. Die Thüringer Wirtschaft steht aufgrund von Abwanderung und Bevölkerungsrückgang vor einem erheblichen Arbeits- und Fachkräftemangel. Bereits jetzt können viele Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze nicht mehr ausreichend besetzt werden. Was heute lediglich einzelne Bereiche betrifft, etwa die Pflege, wird in Kürze weite Teile von Handwerk und Industrie tangieren. Für diese Herausforderungen gibt es probate Lösungen: Wir müssen die Menschen wieder stärker in den Mittelpunkt stellen, Fachkräfte ausbilden, fördern und anwerben, die Vernetzung zwischen Ausbildung und Unternehmen vorantreiben und den hiesigen Arbeitsmarkt für Arbeitskräfte aus Europa und der ganzen Welt weiter öffnen.

Für junge Menschen, die im Freistaat die Schule besuchen, eine Ausbildung machen oder hier ein Studium absolvieren, kann Thüringen durch eine gute Bezahlung, unbefristete Arbeitsverträge oder langfristige Aufstiegsperspektiven noch attraktiver werden. Die Vernetzung der verschiedenen Schulen und Hochschulen mit regionalen Unternehmen sowie die Werbung für den Thüringer Arbeitsmarkt unter den Absolventinnen und Absolventen birgt beträchtliches Ausbaupotenzial. Des Weiteren wollen wir die Menschen dazu befähigen, neue Aufgaben zu übernehmen. Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte dürfen deshalb z. B. nicht länger von Maßnahme zu Maßnahme geschickt werden. Vielmehr müssen wir ihnen verbesserte Weiterbildungsangebote unterbreiten. Wir GRÜNE bekennen uns zu einem grünen sozialen Arbeitsmarkt und stehen dafür ein, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und zu fördern. Dabei benötigen insbesondere Menschen mit besonders erschwertem Zugang zum Arbeitsmarkt eine gezieltere Unterstützung.

Frauen sind auch in Thüringen am Arbeitsmarkt noch oft benachteiligt. Sie erhalten weniger Lohn, haben schlechtere Aufstiegschancen und müssen sich vielfach doppelt und dreifach beweisen. Für uns ist Geschlechtergerechtigkeit auch in der Wirtschaftspolitik zentral. Wir stehen ohne Wenn und Aber für gleiche Chancen und Parität und für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Thüringen ist auf Menschen angewiesen, die aus anderen Regionen der Welt zu uns kommen. Ohne sie wird es uns nicht gelingen, die Wirtschaftskraft Thüringens zu erhalten und bestehende Strukturen des Gemeinwesens zu bewahren. Als GRÜNE setzen wir uns daher für die Freizügigkeit innerhalb Europas ein. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, dass wir den Menschen das Ankommen in Thüringen nicht durch unnötige Bürokratie erschweren.

Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse sollte folglich weiter vereinfacht, ein Rechtsanspruch auf Beratung selbstverständlich und, wo nötig, Nachqualifizierung angeboten werden. Insbesondere für Flüchtlinge und Asylsuchende wollen wir die noch immer viel zu hohen Hürden zur Aufnahme einer Beschäftigung absenken. Außerdem treten wir dafür ein, Unternehmen und Behörden dabei zu unterstützen, ihre interkulturelle Kompetenz zu stärken und ein besseres Angebot an Sprach- und Integrationskursen sowie einen erleichterten Zugang zu Bildungs-, Sport- und Kulturangeboten zu gewährleisten. Wir sagen allen, die in Thüringen leben und arbeiten wollen: Herzlich willkommen!

### **Wirtschaft gezielt fördern**

Wir wollen für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche zielgenaue Förderinstrumente entwickeln. Branchen und Projekte, die sich besonders den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen

und sich dabei einer nachhaltigen, sozial-ökologischen Wirtschaft verschrieben haben, verdienen unsere gezielte Unterstützung.

Angesichts des absehbaren Rückgangs der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel setzen wir verstärkt auf sogenannte revolving Fonds, bei denen die Förderung in die Fonds zurückfließt. Förderkredite und Beteiligungskapital erleichtern einen guten Start neuer Produkte und Dienstleistungen. Dies zahlt sich langfristig auch für die Geldgeberinnen und Geldgeber aus. Wir setzen uns zugleich dafür ein, dass die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards stärker in die Praxis der öffentlichen Förderung bestehender Unternehmen einbezogen wird.

### **Handwerk hat grünen Boden**

Das Thüringer Handwerk als „Ausrüster der Energiewende“ ist für uns GRÜNE ein zentraler Partner bei der ökologischen Modernisierung unseres Landes. Beim Bau energieeffizienter Gebäude, der energetischen Sanierung, dem Denkmalschutz und dem Ausbau erneuerbarer Energien sind wir auf kundige Fachleute des Thüringer Handwerks angewiesen. Es leistet einen wichtigen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit Thüringens und stärkt die regionale Wertschöpfung im Freistaat. Grüne Politik steht für eine konsequente Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz: Wir schaffen mit unserem Programm die Voraussetzungen dafür, dass dem Handwerk in den kommenden Jahrzehnten die Arbeit nicht ausgeht.

Eine Kultur ganzheitlichen Denkens und wirtschaftlichen Handelns liegt uns sehr am Herzen. Nur mittels konsequenter Förderung und Unterstützung, bspw. durch umfassende Beratung und Begleitung, Gründungswerkstätten oder einfacheren Zugang zu Gründungskapital, können wir Gründerinnen und Gründern den Weg in die eigene Existenz erleichtern. Bereits in der Oberstufe und in beruflichen Schulen wollen wir ein Verständnis für wirtschaftliches Handeln stärker vermitteln.

Die Kammern sind aufgefordert, ihren Mitgliedern mehr Einfluss auf ihre Entscheidungen einzuräumen. Die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern wollen wir perspektivisch abschaffen.

### **Regional ist erste Wahl**

Grüne Wirtschaftspolitik beinhaltet einen wesentlichen Beitrag dazu, dass möglichst viele Produkte aus regional verfügbaren Rohstoffen im Freistaat entstehen, verarbeitet und konsumiert werden. Wir setzen uns dementsprechend für eine noch stärkere Kooperation regionaler Unternehmen ein.

Wir wissen aber auch um die globalen Zusammenhänge, in denen Thüringens Wirtschaft steht. Wir wollen gute Bedingungen schaffen, damit innovative Ideen, Dienstleistungen und Waren „Made in Thüringen“ auch weiterhin weltweit Gefallen finden. Daher machen wir uns für ein umfassendes und effizientes Konzept der Außenwirtschaftsförderung mit ökologischen und sozialen Kriterien stark.

Zugleich werben wir in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit dafür, dass sich unsere Wirtschaft ihrer Verantwortung im globalen Kontext bewusst wird. Auf Bundes- und Europaebene sowie im Gespräch mit internationalen Partnerinnen und Partnern wollen wir uns dafür einsetzen, das Auslagern von Umweltzerstörung und sozialer Ausbeutung in andere Länder zu beenden. Folglich drängen wir darauf, Unternehmen, die in anderen Ländern gegen soziale und ökologische EU- und UN-Standards verstoßen oder der Korruption überführt werden, mit einer Sperre für öffentliche Ausschreibungen und Fördergelder belegen zu können.

### **Energieeffizient und ressourcenschonend wirtschaften**

Unternehmen und Institutionen benötigen unsere aktive Unterstützung, um sich auf die Folgen der zu erwartenden Rohölknappheit angemessen vorzubereiten. Wir werden ihnen darüber hinaus helfen, die Organisation ihrer Arbeit und Produktion auf ein nachhaltiges Wirtschaften umzustellen. Dies ist mitunter mit erheblichen Kosten verbunden, die sich erst nach mehreren Jahren rentieren. Daher wollen wir attraktive Investitionskredite anbieten, um die Zeiträume bis zum Erreichen von Einspareffekten zu überbrücken. An unserer Seite sehen wir hier auch die lokalen Stadt- und Gemeindewerke.

Bei der prognostizierten Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung reichen die aktuellen technologischen Innovationen nicht aus, um nachhaltige Ressourcennutzung zu erreichen und Umweltzerstörung zu beenden. Daher finden in unserer grünen Innovationsstrategie neben technischen auch

gesellschaftliche Innovationen Platz. Wir wollen Ideen, die ein gutes Leben in den Regionen langfristig sicherstellen, gezielt fördern. Im Vordergrund stehen dabei Initiativen, die die regionale Wirtschaft stärken und ihre Krisenanfälligkeit verringern, z.B. durch die Reduzierung der Abhängigkeit von Rohstoffimporten. Wir folgen dem Prinzip „Global denken – lokal handeln“. Ansätze der Gemeinwohl-Ökonomie, bspw. Energiegenossenschaften, Tauschringe oder Gemeinschaftsgärten, unterstützen und stärken wir.

### **Schnelle Internetzugänge für alle Thüringerinnen und Thüringer**

Thüringen ist zwischenzeitlich nahezu flächendeckend mit breitbandigen Internetzugängen versorgt, sei es per Kabel oder über Mobilfunk. Doch diese bleiben weit zurück hinter den aktuellen Standards und vor allem hinter den technischen Erfordernissen einer umfassenden Teilhabe am digitalen Leben. Langsame Verbindungen sind ein stetes Ärgernis für die Betroffenen und schaden dem Wirtschaftsstandort. Dies betrifft vornehmlich die ländlichen Räume, aber auch Städte wie Jena.

Wir GRÜNE stehen für eine echte Breitbandoffensive durch die Thüringer Landesregierung. Der beschleunigte Ausbau insbesondere von Glasfaserzugängen ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Dort, wo Kommunen und Landkreise diesen Ausbau schultern, bedürfen sie einer unbürokratischen Unterstützung des Landes bei der Planung und Investition. Ebenso notwendig ist es, Land und Kommunen effektiv zu koordinieren, um wechselseitige Vorteile bei der Instandsetzung von Straßen, Schienen und dem Bau von Versorgungsleitungen für den Breitbandausbau zu nutzen.

### **Verwaltung geht mit gutem Beispiel voran**

Auch die Landesbehörden können sich der sozial-ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft nicht entziehen. Grüne Politik unterstützt daher die Modernisierungsprozesse in den Verwaltungseinheiten des Landes. Innovative und flexible Arbeitszeitmodelle, Geschlechtergerechtigkeit, Chancengleichheit, Arbeitsschutz und faire Löhne gehören zu den vielfältigen Möglichkeiten, mit denen Institutionen des Landes Beispiele guter Praxis geben können. Von einer effizienten und möglichst unbürokratischen Verwaltung mit motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern profitiert die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Thüringen erheblich.

Wir setzen uns dafür ein, die vorhandenen Beschaffungs- und Vergaberichtlinien ebenso wie das Thüringer Vergabegesetz zu novellieren. Das Land und die Kommunen können durch die Vergabe von Aufträgen an externe Unternehmen an der Durchsetzung neuer Umwelt- und Sozialstandards mitwirken. Insbesondere folgende Kriterien sollten mit in die Beschaffungs- und Vergabepaxis einfließen:

- der Einsatz von ressourcenschonenden Produkten und Materialien,
- Rücknahme und Recycling von Altprodukten,
- der Einsatz von Technologien, die die effizienteste Ressourcennutzung in der jeweiligen Branche ermöglichen,
- regionale Orientierung bei der Beschaffung von Materialien und Geräten,
- Tarifentlohnung,
- die Förderung von Frauen,
- familienfreundliche Arbeitszeitregelungen.

Das Land benötigt darüber hinaus eine angemessene IT-Strategie. Wir wollen, dass bei der Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnologien verstärkt auf Möglichkeiten der Green-IT zurückgegriffen wird. Bei der Inanspruchnahme von digitalen Produkten, Software und wissenschaftlichen Ergebnissen streben wir freie und offene Standards und Lizenzen an.

### **Gutes Leben ist mehr als nur Wirtschaftswachstum**

Das Ziel grüner Wirtschaftspolitik ist nicht das Wachstum an sich, sondern das gute Leben aller. Daher sind wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Überzeugung, dass das Bruttoinlandsprodukt

(BIP) als alleiniger Indikator für die Beurteilung der Entwicklung eines Landes ungeeignet ist. Das BIP berücksichtigt weder die Nebeneffekte des Wirtschaftens, etwa Umwelt- und Gesundheitsschäden, noch den Verlust natürlicher Ressourcen. Auch gibt es keine Auskunft über soziale Faktoren wie Kriminalität, soziale Spaltung und Ausgrenzung oder den Verlust an Lebensqualität durch Stress und Leistungsdruck. Selbst die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich hat keinerlei Auswirkungen auf diese Kennzahl. Daher setzen wir uns dafür ein, einen umfassenderen Index, z. B. den bereits erprobten Regionalen Wohlfahrtsindex (RWI), ergänzend in die gesellschaftliche Berichterstattung und ihre politische Diskussion einzubringen. Weil ein solcher Index auch ökologische und soziale Faktoren mit einbezieht, wird die Gesamtentwicklung der individuellen Lebensqualität und des gesellschaftlichen Wohlergehens deutlicher erkennbar. Langfristig wollen wir – dem Beispiel der OECD folgend – das BIP durch einen ganzheitlichen Index ersetzen.

#### **Konkret wollen wir:**

- regionale Wirtschafts- und Warenkreisläufe stärken,
- eine Breitbandoffensive für Thüringen,
- die vereinfachte Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

### **1.3 Thüringen ist erneuerbar – für die Energien der Zukunft**

Kohle, Öl und Gas stehen uns nur noch in sehr eingeschränktem Maß zur Verfügung. Zudem schadet ihr Einsatz massiv unserer Umwelt. Dabei sind Alternativen längst möglich. Verschiedene Studien belegen: 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2040 – dieses Ziel ist realistisch. Wir machen uns dafür stark, dass Thüringen es als eines der ersten Bundesländer erreicht. Als wichtiges Etappenziel schlagen wir vor, bis 2020 60 Prozent des Stromverbrauchs und 35 Prozent des Endenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien dezentral vor Ort zu erzeugen. Dies gelingt nur, wenn wir kräftig Energie einsparen: z. B. durch besser gedämmte Häuser, bedarfsgerechte Mobilitätssysteme, effizientere Heizungspumpen und weniger Stand-by-Verbrauch.

Die Energiewende sichert Arbeitsplätze in Bildung und Handwerk, Industrie und Forschung sowie die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Erzeugung, z. B. in Energiegenossenschaften. Unsere Vision ist ein Thüringen, das seine Möglichkeiten nutzt und mehr Energie erzeugt als verbraucht. Das spart eine Menge Geld, denn für den Import von fossilen Energieträgern müssten Land und Kommunen, Wirtschaft und Privathaushalte dann nicht mehr jedes Jahr Milliarden ausgeben.

#### **Thüringen als Vorreiter bei Effizienzsteigerung und Energiesparen**

Wir GRÜNE wollen mit nachhaltigen Verkehrskonzepten unsere Abhängigkeit vom Öl verringern. Zudem lässt sich Energie auch mit unseren Gebäuden sparen. Mit Anreizen planen wir, dazu beizutragen, dass jedes Jahr zwei Prozent aller Gebäude saniert werden. Darüber hinaus streben wir an, die Gebäude und Liegenschaften der Landesebene klimaneutral zu entwickeln. Für Neubau und Vollsanierung soll ab 2015 der Plusenergiestandard gelten. Neben hervorragenden Energiestandards werden wir Qualitätsstandards zum nachhaltigen Bauen einführen. Für alle öffentlichen Gebäude wird der Goldstandard der „Gesellschaft für nachhaltiges Bauen“ verbindlich festgelegt. Darüber hinaus beabsichtigen wir, bis 2020 durch ein gezieltes Landesförderprogramm in ganz Thüringen 100 Schulen im Plusenergiestandard zu sanieren oder neu zu bauen.

#### **Die Sonne schickt keine Rechnungen**

Viel zu wenige Sonnenstrahlen werden in Thüringen in Energie verwandelt. Um dieses Potenzial wirksamer auszuschöpfen, wollen wir die Solarkraftnutzung ausbauen – ob auf Dächern, an Fassaden oder an Autobahnen. Eine wichtige Perspektive liegt für uns in der Integration der Photovoltaik in die Energie- und Gebäudetechnik. Das 1000-Dächer-Programm sollte aus unserer Sicht deshalb so umgebaut werden, dass Solarstrom und -wärme sowie ihre Speicherung besser zusammengeführt werden. Mittels Pilot- und Demonstrationsprojekten mit dem Schwerpunkt Eigenversorgung lässt sich der regionale Markt in Thüringen weiter erschließen und diese heimische Basis für den Export nutzen. Die Verwendung von Solarwärme zur Warmwasserbereitung und Raumheizung wollen wir in dem angestrebten Gebäudesanierungsgesetz verankern und dadurch stär-



ken. Damit können Wohnungsgesellschaften sowie Vermieterinnen und Vermieter zum verstärkten Einsatz von Solarwärme angeregt werden.

## **Windräder – ja, bitte!**

Insbesondere die Windkraft an Land ist dank des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG) neben der Fotovoltaik inzwischen zur preiswertesten Form der Stromerzeugung geworden. Sie ist kostengünstiger als Kohle und Atom. Um Thüringen unabhängig von Stromimporten zu machen, bedarf es nur zwei Prozent der Landesfläche. Die regionalen Planungsgemeinschaften benötigen bindende Vorgaben, um die dafür erforderlichen Flächen auszuweisen. Mit verbindlichen Regelungen wollen wir sowohl den Vogel- und Fledermausschutz berücksichtigen als auch der Ausweisung weiterer Windvorranggebiete entsprechenden Raum bieten. Damit schaffen wir planerische Sicherheit bezüglich des weiteren Ausbaus der Windkraft an Land und sorgen für einen Ausgleich von Naturschutz und klimapolitischen Zielstellungen. Dabei ist in jedem Fall unstrittig: Im Nationalpark Hainich und ähnlichen Naturschätzen haben Windkraftanlagen nichts zu suchen.

## **Bioenergie nachhaltig erzeugen**

Die Biomasse hat ihren festen Platz im erneuerbaren Energiemix – allerdings belastet eine einseitige Bevorzugung von Mais in Biogasanlagen Boden und Umwelt. Andere Feldfrüchte, z. B. Hülsenfrüchte düngen ganz nebenbei auf natürliche Weise den Boden mit Stickstoff oder fallen wie biogene Reststoffe bei anderen Produktionsprozessen an. Diese wollen wir künftig beim Einsatz in Biogasanlagen stärker fördern. Thüringen muss sich dafür bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Bund einsetzen. Daneben produzieren Biogasanlagen oft Wärme, die kein einziges Gebäude heizt. Deswegen bedarf es weiterer Anreize für Wärmespeicher und -anschlüsse sowie des Aufbaus dezentraler Verteilnetze.

Holz ist ein äußerst wertvoller, nachwachsender Rohstoff. Die Holzverbrennung darf aber nur am Ende der Nutzungskette stehen. Neue Holzkraftwerke zur ausschließlichen Stromgewinnung wird es daher mit uns nicht geben. Die Potenziale der Holznutzung für große Anlagen sind in Thüringen erschöpft. Holztransporte über Tausende von Kilometern konterkarieren alle Bemühungen des Klima- und Umweltschutzes.

## **Geothermie weiter erforschen**

Wir setzen uns für den Ausbau von oberflächennaher Geothermie (bis 150 Meter Tiefe) zur Wärmeerzeugung ein. Zusammen mit der Nutzung von Solarwärme und gut gedämmten Gebäuden soll die Geothermie zur Beheizung vor allem von öffentlichen Gebäuden zum Einsatz gebracht werden.

Die Nutzbarmachung der Erdwärme in tieferen Gesteinsschichten ist jedoch mit erheblichen Umweltauswirkungen und -risiken verbunden. Deshalb unterstützen wir die erforderliche begleitende Forschung.

## **Dezentrale Stromerzeugung, intelligente Stromnetze und Speicher**

Wind und Sonne produzieren Stromüberschüsse, die für Flauten gespeichert werden müssen. Wir wollen uns für die schnelle Erforschung und Entwicklung verschiedener Speichertechnologien, wie integrierte Pufferspeicher an Fotovoltaik- und Windkraftanlagen, einsetzen. Stromüberschüsse können mittels Elektrolyse zu Methan umgewandelt und in das Gasnetz eingespeist werden. Druckluftspeicher und chemische Speicher sind wichtige Speicheralternativen und müssen erforscht und angewandt werden. Auch Pumpspeicher können Teil der Lösung sein. Sie fordern allerdings oftmals einen zu hohen Preis von Mensch und Natur. Wir stehen daher für einen ergebnisoffenen Prozess, der die Eingriffe in die Natur und ein hohes Maß an Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zum Gradmesser einer Entscheidung für oder gegen ein Projekt macht.

Daneben hat Windgas das Potenzial zum günstigen Speicher auch für Heizung und Verkehr. Die Erkenntnisse aus dem Forschungscooperationsprojekt im Hessischen Biogas-Forschungszentrum in Bad Hersfeld wollen wir verstetigen und in Thüringen zum Einsatz bringen. Mit vielen dezentralen Energieanlagen und Speichern benötigen wir bedeutend weniger Stromtrassen. Um das zu bewerkstelligen, planen wir, die Energieerzeuger am Speicherausbau zu beteiligen und das Bereitstellen von Speichern zu vergüten.

Der Um- und Ausbau der Stromnetze ist von elementarer Bedeutung für das Gelingen des Atomausstiegs und der Energiewende. Für uns ist klar, dies kann nur erfolgreich sein, wenn die Gesamtplanung transparent und für die breite Öffentlichkeit nachvollziehbar erstellt wird. Wir sind uns sicher, dass der verstärkte regionale Ausbau der erneuerbaren Energien den Ausbaubedarf im Übertragungsnetz senkt. Der dezentrale Ausbau der Stromversorgung ist und bleibt daher unser vorrangiges Ziel. Gleichwohl müssen auch die vorhandenen Übertragungsnetze fit gemacht werden für 100 Prozent erneuerbare Energien. Den Bedarf an Neubauprojekten des bisherigen Netzentwicklungsplans halten wir allerdings für überzogen. Einen unbegründeten Leitungsausbau und unnötige Umweltbelastungen lehnen wir ab. Wir setzen uns stattdessen für eine Überprüfung der geplanten Nord-Süd-Trassen und für eine anschließende Priorisierung ein. Eine Chance liegt in intelligenten Stromnetzen. Diese sorgen für eine kommunikative Vernetzung und Steuerung von Erzeugern, Speichern und Verbrauchern. Diese ermöglichen eine Optimierung und Überwachung der verbundenen Bestandteile und sichern somit eine effiziente und zuverlässige Energieversorgung. Durch den Ausbau intelligenter Stromnetze ergeben sich weiterhin Einsparpotenziale und es werden weniger Übertragungsnetze benötigt.

Der regional unterschiedliche Ausbau erneuerbarer Energien hat in den vergangenen Jahren zu regional unterschiedlichen Netzentgelten geführt. Wir stehen dafür ein, die mit dem Netzausbau verbundenen Kosten als nationale Aufgabe innerhalb der Bundesrepublik gerecht zu verteilen.

### **Vom Bioenergiedorf zur 100 Prozent-Region**

Indem wir Bioenergiedörfer in die gesamte Region einbeziehen, lassen sich Wirtschaftsräume schaffen, die sich autonom mit Energie versorgen können. Dazu gehören Energiegenossenschaften, BürgerInnensolaranlagen und lokale Stadtwerke mit mehrheitlich kommunaler Beteiligung. Wir werden deshalb Modellregionen fördern, die durch entsprechende Stadt-Umland-Kooperationen unter Beachtung der Naturverträglichkeit ihre Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduzieren wollen.

### **Blockheizkraftwerke besser integrieren**

Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, z.B. die zahlreichen Blockheizkraftwerke der Stadtwerke, sollen bevorzugt dann hochgefahren werden, wenn der Strombedarf am größten ist. Die über das Wärmenetz hinausgehende Speicherkapazität bedarf entsprechender Erweiterung, solange thermische Speicher preisgünstiger als Stromspeicher zu bauen sind. Langfristig präferieren wir Blockheizkraftwerke, die aus erneuerbaren Quellen, wie z. B. Windgas, gespeist werden.

### **Landesentwicklungsprogramm als Instrumentarium nutzen**

Wir wollen das Landesentwicklungsprogramm als zentrales Steuerinstrument zur Umsetzung von 100 Prozent erneuerbaren Energien nutzen. Den Planungsregionen sind gemäß Potenzialstudien Energiemengen an erneuerbaren Energien zugeordnet. Wir begrüßen die Entscheidungsfreiheit der Planungsregionen, ihren Energiemix selbst zusammenzustellen. Bei der Biomasse sehen wir allerdings Handlungsbedarf, da einige Landkreise schon jetzt bspw. Holz von außerhalb Thüringens importieren. Wir fordern, Biomasse nur insoweit zu nutzen, wie sie vor Ort nachhaltig erzeugt werden kann.

### **Energie in die Hände der Bürgerinnen und Bürger**

Die Energiewende gelingt dann am besten, wenn möglichst viele daran teilhaben – so viel dezentrale Energie wie möglich, so viel zentrale wie nötig! Deshalb setzen wir uns dafür ein, den Stromanteil zur Eigenversorgung zu erhöhen, die Energiegenossenschaften effektiver zu unterstützen und die Bürgerinnen und Bürger besser an den Stadtwerken zu beteiligen. Genossenschaftliches Engagement kann jedoch noch viel mehr: Deshalb soll es auf die Bereiche Effizienz, Speicher, Bereitstellung und Lieferung, Mobilität und energiesparendes Bauen ausgeweitet werden. Die Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur kann die dafür notwendige Beratungsstruktur entwickeln.

### **Konkret wollen wir:**

- 60 Prozent Strom und 35 Prozent End-Energieverbrauch aus erneuerbaren Quellen bis 2020,

- BürgerInnenenergiegenossenschaften stärken,
- ein Landesförderprogramm zur Sanierung oder zum Neubau von 100 Schulen oder Kitas im Plusenergiestandard.

## **1.4 Mobilität in Thüringen – für richtig gute Verbindungen**

Wie die Modernisierung der Energiewirtschaft wollen wir auch die Verkehrspolitik voranbringen, um die Lebensqualität in Thüringen zu sichern. Grüne Verkehrspolitik umfasst dabei mehr als reduzierte Abgase, weniger Lärm oder verminderte Unfallgefahren. Vielmehr wächst die individuelle Freiheit – es entsteht die Chance, weniger Auto fahren zu müssen bzw. ganz auf ein eigenes Auto verzichten zu können. Den Pendlerinnen und Pendlern sollen ausreichend Möglichkeiten geboten werden, sich bequem von Bus und Bahn befördern zu lassen oder gar unterwegs zu arbeiten. Darüber hinaus wächst mit grüner Verkehrspolitik die Freiheit derer, die sich nur zu Fuß oder mit dem Rad fortbewegen: Sie müssen nicht länger in Abgaswolken stehen oder weite Umwege bis zur nächsten Ampel in Kauf nehmen.

### **Laufen hat Vorrang**

Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Straßenverkehr nutzen zur Fortbewegung noch immer ihre Füße. Gleichwohl müssen oft Umwege genommen werden, z. B. weil es keinen Zebrastreifen gibt. Wir werden Städte und Gemeinden dabei unterstützen, Fußwegepläne zu entwerfen. Zusammen mit Kindern, die in diese Planung aktiv eingebunden sind, entstehen dabei kindersichere Schul- und Freizeitwege. Selten sieht man heute noch Kinder auf der Straße spielen. Sie benötigen jedoch nicht nur den TÜV-geprüften Spielplatz in der Nähe, sondern sollten auch ihr Wohnumfeld selbst entdecken können. Ein sicheres Wegenetz und verkehrsberuhigte Wohngebiete mit Vorrang für Fuß und Rad können dabei helfen.

### **Rauf aufs Rad**

Die Thüringerinnen und Thüringer legen derzeit nur acht Prozent aller Wege mit dem Rad zurück. Gleichzeitig ist jede zweite Autofahrt kürzer als fünf Kilometer. Ob Wocheneinkauf oder das kleine Kind: Mit Pedelec, Lastenanhänger oder Kinderanhänger lässt sich so manches ohne Auto transportieren – wenn es Freude bereitet. Es bedarf eines Radwegenetzes, abgesenkter Bordsteine, alternativer Radrouten zu den Hauptstraßen oder der Freigabe von Einbahnstraßen für Radfahrerinnen und Radfahrer. Zudem fehlen Schnellradwege, Rad-Elektromobilität sowie Mountainbike-Konzepte im Thüringer Radwegkonzept völlig: Das werden wir ändern.

### **Mehr Takt im öffentlichen Nahverkehr**

Einige ärgerliche Probleme im Thüringer Nahverkehr, die viele von uns kennen: Aus dem Zug ausgestiegen, ist der Bus gerade weg oder kommt erst in einer halben Stunde. An Wochenenden gibt es zu wenig Busverkehr. Manchmal sind Fahrpläne an den Aushängen nur mit Mühe zu verstehen. Wir GRÜNE wollen, dass die Bus- und Bahnfahrpläne aufeinander abgestimmt sind. Das Grundprinzip ist dabei immer gleich: Der Bus oder der Zug fährt im Idealfall jede Stunde zur gleichen Zeit ab. Zubringer- und Anschlussfahrten sind darauf abgestimmt, sodass binnen zehn Minuten die Reise fortgesetzt werden kann. Mit solch einem integralen Taktfahrplan lassen sich auch kleine Orte Thüringens wieder schneller erreichen. Mit unserem „ThüringenTakt“ unterbreiten wir solche konkreten Vorschläge für besseren Nahverkehr. Wir schlagen vor, ein Schnellbusnetz aufzubauen, das die großen und mittleren Städte regelmäßig miteinander verbindet und neue Direktverbindungen herstellt. Die Fahrpläne an den Haltestellen sollen ähnlich aufgebaut sein, sodass auf den ersten Blick ersichtlich ist, welcher Bus benötigt wird und was er kostet.

### **Einen Thüringer Verkehrsverbund schaffen**

Wir wollen Bus- und Bahnfahren einfacher und somit attraktiver gestalten. Dann fahren auch wieder mehr Menschen mit. Doppelt so viele sollten es in zehn Jahren sein. Dafür ist es wichtig, dass die Verkehrsunternehmen besser zusammenarbeiten. Das ist auch deshalb nötig, weil in vielen Landkreisen die Bevölkerung sinkt. Der Linienbus lohnt sich nicht immer. Stattdessen könnten die Nahverkehrsgesellschaften Linientaxis und Rufbusse oder auch Bedarfshalte einrichten. Damit das gelingt, bedarf es eines Verkehrsverbunds für ganz Thüringen. Den Hinweis auf das angebliche fi-

nanzielle Defizit des ÖPNV lassen wir dabei jedoch nicht mehr gelten: Schließlich geben Kommunen und Land pro Einwohnerin bzw. Einwohner derzeit doppelt so viel Geld für den Autoverkehr aus.

### **Mitte-Deutschland-Bahn umsetzen**

Die milliarden schwere ICE-Neubaustrecke durch Thüringen bringt Menschen aus Erfurt und Umgebung zwar schnell nach München und Berlin, allerdings verschlechtern sich Reisewege für andere Orte, z.B. durch den Wegfall der ICE-Halte in Saalfeld, Jena oder Weimar. Die bisherige Landesregierung hat versprochen, dass die Fokussierung auf Erfurt als zentraler Knoten für den Nah- und Fernverkehr funktionieren wird. Das muss sich jetzt beweisen. Die Mitte-Deutschland-Verbindung von Eisenach bis Altenburg ist die Hauptschlagader des ÖPNV in Thüringen, aber immer noch ein Nadelöhr. Zu dessen Beseitigung wollen wir den durchgängigen zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der gesamten Strecke, damit dort eine Regio-S-Bahn fahren und Fernverkehr realisiert werden kann.

### **Schienennetz sinnvoll gestalten**

Um nachhaltig in das Schienennetz zu investieren, braucht es einen Plan. Viel Geld auszugeben, um möglichst schnelle Punkt-zu-Punkt-Verbindungen zu schaffen (wie bei der ICE-Trasse) ist falsch. Stattdessen wollen wir eine Vielzahl von Einzelinvestitionen im gesamten Streckennetz, damit man auch in der Fläche vorankommt. Solche Investitionen sind z. B. die Schließung der Schienenlücken der Werrabahn und der Höllentalbahn an der Landesgrenze zu Bayern.

### **Lkw auf die Schiene**

Der Güterverkehr gehört auf die Schiene, zumindest zum überwiegenden Teil – das schont die Umwelt, unsere Straßen und nicht zuletzt unsere Nerven, weil es weniger Staus gibt. Zahlreiche Wirtschaftsunternehmen möchten diese Möglichkeit nutzen, können es aber bislang nicht, da die meisten Gewerbegebiete nur an die Straße angebunden sind. Zusammen mit der Wirtschaft werden wir ein Konzept für den Schienengüterverkehr in Thüringen entwickeln.

### **Straßenerhalt vor Neubau**

In Thüringen sind kaum neue Straßen erforderlich. Fragwürdige Großprojekte, bspw. die Rhönquerung (B 87n) oder die Neutrassierung der B 19 bei Eisenach, lehnen wir daher entschieden ab. Viele Straßenprojekte der vergangenen 20 Jahre haben sich als zu groß ausgelegt erwiesen und erreichen deshalb die vorhergesagten Verkehrsmengen nicht annähernd. Die bisherige Landesregierung kennt jedoch kein Ende der teuren Asphaltorgie und will sogar die B 7 zwischen Erfurt und Weimar vierspurig ausbauen – parallel zur sechsspurigen A 4. Und das, obwohl sich zahllose Straßen in einem desolaten Zustand befinden und viele Menschen bereits seit Jahren auf versprochene Ortsumgehungen warten. Wir wollen die finanziellen Ressourcen vor allem nutzen, um das vorhandene Straßennetz wieder instand zu setzen. Umgehungsstraßen sollten in erster Linie in jenen Orten entstehen, in denen Anwohnerinnen und Anwohner beträchtlich unter den Fahrzeuglawinen leiden, z. B. in Großengottern, Wasungen oder Leimbach.

### **Carsharing ausbauen**

Ein Auto steht durchschnittlich 23 Stunden am Tag nutzlos vor der Tür. Es verbraucht Platz und kostet eine Menge Geld. In einigen Städten gibt es dazu eine echte Alternative: Carsharing, also das gemeinschaftliche Nutzen eines Autos. Wir unterstützen den Ausbau von Carsharing-Stationen, denn ein Carsharing-Auto ersetzt statistisch bis zu zehn Pkws. Das schafft Platz für Natur und Kinderspiel. Im ländlichen Raum wiederum bieten privates Carsharing oder lokale Mitfahrbörsen eine gute Ergänzung zum ÖPNV und ermöglichen auch unabhängiger vom Geldbeutel, Pkws zu nutzen, statt sie zu besitzen.

### **Elektromobilität richtig fördern**

Verkehr braucht bisher vor allem eines – Erdöl. Deutschland befindet sich diesbezüglich in einem Abhängigkeitsverhältnis, schließlich müssen 98 Prozent des Erdöls importiert werden. Das ist für unsere Wirtschaft ein zu großes Risiko. Elektromobilität gehört bereits heute zu unserem Alltag. Viele Züge und die Straßenbahnen werden elektrisch betrieben. Wir möchten dies gern auch auf

Busse und Pkws ausweiten. Denn sonnengetankte Elektrofahrzeuge – auch im Carsharing – verpesten die Luft nicht mehr. Wir unterstützen die Forschung an umweltfreundlichen und leistungsstarken Akkus und die weitreichende Bereitstellung einer Ladeinfrastruktur, die Strom aus erneuerbaren Energien liefert. Nur wenn die Infrastruktur vorhanden ist, erhalten die Thüringerinnen und Thüringer eine tatsächliche Chance umzusteigen.

### **Alternative Antriebe erforschen**

Auf lange Sicht muss es Ziel sein, den Energieverbrauch des Verkehrs aus erneuerbaren Energiequellen zu decken. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte eine umfassende Forschungs- und Förderpolitik begonnen werden. Ob Elektro, Wasserstoff oder Windgas der Antrieb der Zukunft sein wird, ist noch unklar, deshalb treten wir für eine ergebnisoffene Forschung und den Einsatz in Modellregionen ein.

### **Lebensqualität durch angepasste Geschwindigkeit**

An Überwegen passieren nach wie vor schlimme Unfälle. Offenbar sind viele Beschilderungen so, dass Autofahrerinnen und Autofahrer sie zu leicht übersehen. Wir schlagen vor, Geschwindigkeit vor allem über bauliche Veränderungen zu steuern. Bunte Säulen, von Kindern entworfene Zebrastrifen und künstliche Verengungen signalisieren Autofahrerinnen und Autofahrern: Vorsicht, hier sind viele Menschen unterwegs! Das ist oft wirkungsvoller als ein Tempolimit auf einer schnurgeraden, breiten und langweiligen Straße.

Gleichzeitig wollen wir die Kommunen bei Überlegungen zu Geschwindigkeitsbegrenzungen in Wohngebieten unterstützen. Denn auch hier gilt: Sicherheit geht vor. Bei Tempo 30 kommt ein Auto bereits nach 13 Metern zum Stehen. Pkw-Fahrerinnen und Fahrer mit 50 km/h haben da noch nicht einmal angefangen zu bremsen.

### **Flugverkehr – so viel wie nötig, so wenig wie möglich**

Thüringen benötigt keinen Flughafen, für den es kein tragfähiges Zukunftskonzept gibt und durch den massenweise öffentliches Geld verbrannt wird. Der Traum vom „Internationalen Verkehrsflughafen Erfurt-Weimar“ ist endgültig ausgeträumt. Er ist nicht der unverzichtbare Standortfaktor, als den ihn einige immer noch anpreisen. Spätestens mit der Fertigstellung der ICE-Trasse rücken die Flughäfen Frankfurt/Main, Leipzig-Halle und Nürnberg so nah an Thüringen heran, dass es keinerlei Grund mehr gibt, einen eigenen Flughafen vorzuhalten.

### **Barrieren abbauen**

Das Verkehrssystem in Thüringen birgt noch immer viele Tücken. Wir wollen, dass die verschiedenen Verkehrswege und Fortbewegungsmittel möglichst ohne zusätzliche Erschwernisse von allen Menschen in Anspruch genommen werden können. Wir setzen uns daher für eine möglichst weitgehende Barrierefreiheit ein. Wir denken dabei nicht nur an Menschen im Rollstuhl oder mit Rollator, sondern auch an Menschen mit Kinderwagen, Kinderfahrradanhängern und vollbepackten Fahrrädern. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Haltestellen für ältere und sehbehinderte Menschen kein zusätzliches Hindernis darstellen. Wir wollen erreichen, dass Informationen gut lesbar und auch akustisch abrufbar sind.

### **Konkret wollen wir:**

- einen Verkehrsverbund im ThüringenTakt etablieren,
- Rad- und Fußwegenetze ausbauen,
- Straßenerhalt vor Neubau.

## **1.5 Unser täglich Brot – für eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft**

Brot, Wurst, Käse, Milch, Gemüse: Selbstverständlich und oft zu wenig hinterfragt stehen die Produkte der Land- und Ernährungswirtschaft jeden Tag aufs Neue auf unseren Tischen. Zudem sind Landwirtschafts- und Lebensmittelbetriebe besonders in ländlichen Regionen wichtige Arbeitgeber. Viele Produkte der Thüringer Landwirtschaft genießen zu Recht einen guten Ruf weit über die Lan-

desgrenzen hinaus. Oftmals leistet die Bewirtschaftung zusätzlich einen wertvollen Beitrag zur Pflege und zum Schutz unserer Landschaft, der über den wirtschaftlichen Ertrag hinausgeht. Wir wollen die Thüringer Landwirtschaft fördern und unterstützen und die Pflege der Schätze unserer Landschaften honorieren.

### **Gute Böden, gute Produkte**

Landwirtschafts- und Lebensmittelbetriebe sind wichtige Arbeitgeber in ländlichen Räumen. Das wichtigste Produktionsmittel für die Landwirtschaft ist ein gesunder Boden. Mit grüner Landwirtschaftspolitik wollen wir deshalb alle Anstrengungen darauf richten, den Zustand der Thüringer Böden zu verbessern. Dafür müssen Förderprogramme an die Einhaltung sinnvoller Fruchtfolgen sowie an Maßnahmen zur Förderung des Bodenlebens gebunden werden. Überdies sind Böden durch die große Nachfrage zu Spekulationsobjekten geworden, die Pachtpreise gestiegen – diesen Entwicklungen wollen wir durch klare Regelungen im Grundstücksverkehr Einhalt gebieten.

### **Ganz klar: regional ist öko**

Der ökologische Landbau in einer kleinteiligen Agrarstruktur erfüllt am besten die Erfordernisse einer zukunftsfähigen Landwirtschaft. Schließlich ist er ausgesprochen gut geeignet, um die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft zu schützen und gleichzeitig eine artgerechte Haltung von Tieren zu gewährleisten. Die stetig wachsende Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln beweist, dass der Ökolandbau auch in der Bevölkerung eine immer größere Wertschätzung genießt.

Unser Ziel ist, im Jahr 2020 mindestens zehn Prozent der landwirtschaftlichen Fläche Thüringens ökologisch zu bewirtschaften. Dafür wollen wir umstellungswillige Agrarbetriebe stärker fördern. Durch die generell angestrebte Ausrichtung der Förderpolitik auf Ressourcenschonung, Umwelt- und Tierschutz gewinnt der Ökolandbau zusätzliche Wettbewerbsvorteile gegenüber konventionellen Betrieben. Gleichzeitig planen wir, die praxisorientierte wissenschaftliche Grundlagenforschung für den ökologischen Landbau deutlich voranzutreiben.

Die Nachfrage nach regional erzeugten Produkten nimmt zu. Das Angebot dafür ist allerdings noch viel zu klein – das hier produzierte Obst und Gemüse reicht nicht aus, sodass es teilweise importiert werden muss. Auch werden viele Produkte in Thüringen noch nicht weiterverarbeitet und veredelt. Wir wollen mehr regionale Wertschöpfungsketten, das heißt in Thüringen angebautes Getreide wird in Thüringen zu Brot, Gebäck oder Müsli verarbeitet und hier verkauft. Daher ist es in unseren Augen sinnvoll, die Kooperation zwischen Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium zu intensivieren und regionale Produkte gezielt zu bewerben. Durch den Aufbau vielfältiger regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen sowie die Vernetzung von Landwirtschaft, Handwerk und Tourismus entstehen regionale Kreisläufe. Diese schaffen und sichern Arbeitsplätze, auch in bisher strukturschwachen Regionen. Sie verringern die Transportwege und stärken insgesamt die Resilienz Thüringens.

### **Agro-Gentechnik braucht niemand**

Wir GRÜNE sagen ganz klar Nein zum Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen in der Thüringer Landwirtschaft. Die Bilanz nach 25 Jahren Agro-Gentechnik ist ernüchternd: herbizidresistente Superunkräuter, insektizidresistente Schädlinge, unfruchtbare Tierherden, hunderte tausende Bäuerinnen und Bauern mit Knebelverträgen und immer mehr Menschen, die auf unserer Erde Hunger leiden. Die Gentechnik hat in der Landwirtschaft keine Probleme gelöst, sie hat viele noch weiter verschärft. Dabei gibt es genug Möglichkeiten, die Menschheit zu ernähren – z. B. durch ökologische Landwirtschaft, Sortenzüchtung und vor allem eine gerechte Bodenpolitik. Wir wollen deshalb das „Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Thüringen“ ideal und finanziell unterstützen.

Der Freistaat Thüringen hat die Gefahren der Agro-Gentechnik erkannt und ist dem „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ beigetreten. Wir werden uns dementsprechend für eine umfassende Kennzeichnungspflicht auch für Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Stoffen gefüttert wurden, und klare Haftungsregeln für Schäden durch den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen einsetzen.

## **Bienenfreundliche Landwirtschaft**

Bienen sind für das Ökosystem, die Tiere und unsere Ernährung unersetzlich, denn 80 Prozent der 2.000 bis 3.000 heimischen Nutzpflanzen sind von der Bestäubung durch Bienen abhängig. Neben dem Verbot bienengefährdender Pflanzenschutzmittel ist die Bereitstellung quantitativ und qualitativ ausreichender Futterpflanzen im Sommer und im Herbst die wichtigste Voraussetzung für ihren Schutz. Wir engagieren uns dafür, dass dies bei der Ausrichtung der kommenden Agrar-Förderperiode der EU von 2014 bis 2020 berücksichtigt wird. Wir wollen den Erhalt von Feldrainen und das Anlegen von zusätzlichen Blühstreifen unterstützen. Flächendeckende Monokulturen gilt es zu vermeiden. Auch bei der anstehenden Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes müssen Belange der Pflanzenvielfalt und des Bienenschutzes im Bereich Biomassenutzung eine größere Rolle spielen als bisher.

## **Landwirtschaft als Partnerin der Energiewende begreifen**

Die energetische Nutzung von Biomasse aus Reststoffen, wie Gülle, Bioabfall und Grünschnitt aus der Landschaftspflege hat Vorrang vor dem Anbau von Energiepflanzen wie Mais oder Raps. Deren weiterer Anbau ist eng mit naturschutzfachlichen Zielen, der nachhaltigen Landnutzung und der Erweiterung der Flächen für den Ökolandbau abzustimmen. Um mehr Vielfalt auf den Acker zu bekommen, bieten sich einheimische Energiepflanzen an.

Die Dächer von Ställen, Wohn- bzw. Wirtschaftsgebäuden eignen sich hervorragend für großflächige Solaranlagen. In Verbindung mit den Produzentinnen und Produzenten von Solarzellen und Windrädern kann die Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Energiewende in Thüringen leisten. Wir wollen deshalb die umweltfreundliche Energieerzeugung in landwirtschaftlichen Betrieben auch in Zukunft fördern und setzen uns für entsprechende Initiativen auf Bundesebene ein.

## **Schluss mit industrieller Massentierhaltung**

Alle Lebewesen verdienen es, dass wir respektvoll mit ihnen umgehen. Obwohl der Tierschutz in der Thüringer Verfassung verankert ist, sieht die Praxis oft anders aus. Im Freistaat leiden viele Tiere Qualen – ob beim Transport, in zu engen Ställen oder in Schlachthöfen. Die nach einem kurzzeitigen Rückgang in den 1990er Jahren wieder wachsende Zahl an industriellen Tierhaltungsanlagen schafft insbesondere für die strukturschwachen neuen Bundesländer eine Vielzahl an Problemen, die eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume behindert. Entgegen der Einschätzung der Landesregierungen der neuen Bundesländer führt die industrielle Tierhaltung weder zu spürbar mehr Arbeitsplätzen noch zu einer erhöhten Wertschöpfung oder gar zu funktionierenden Kreisläufen der Regionalwirtschaft. Im Gegenteil: Die industrielle Tierhaltung belastet die Umwelt, insbesondere unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Der weiterhin geplante Zubau von überdimensionierten Tierhaltungsanlagen führt zur Aufgabe von kleineren Anlagen. Industrielle Tierhaltung ist eine Ursache dafür, dass sich die ländlichen Räume leeren und nicht mehr als attraktive Lebensräume wahrgenommen werden. Dies hat Konsequenzen sowohl für die strukturelle Entwicklung des ländlichen Raums als auch für die touristischen Potenziale.

Wir werden die gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um einen weiteren Ausbau der industriellen Massentierhaltung zu verhindern. Wir wollen Tierhaltung, aber sie muss artgerecht sein. Der Bau und die Erweiterung von großen Anlagen zur massenhaften Zucht von Nutztieren darf nicht weiter mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass verbindliche Vorgaben für artgerechte Haltung, z. B. Bestandsobergrenzen, Auslauf- und Weidegebot, rechtlich verankert werden. Qualzuchtungen und unnötige körperliche Eingriffe wie Schwanzverkürzungen bei Schweinen werden wir über die Änderung des Tierschutzgesetzes unterbinden. Der Einsatz von Medikamenten und Hormonen soll auf ein Minimum reduziert werden. Wir planen deshalb, Umstellungsprogramme für artgerechte Tierhaltung zu initiieren. Die Weidehaltung und Grünlandnutzung werden wir ausbauen und Programme für den Erhalt der genetischen Vielfalt in der Tierhaltung unterstützen.

## **Tierschutz stärken**

Die Arbeit der Tierheime und Tierschutzvereine ist vor allem für den Schutz der Haustiere unerlässlich. Ihre Arbeit verdient mehr Aufmerksamkeit und Förderung! Die wertvolle ehrenamtliche Ar-

beit erhält folglich nur mit auskömmlich finanzierten Tierheimen eine solide Basis. Den Tierschutzbeirat der Landesregierung wollen wir stärken. Wir werden uns zudem für die Einführung eines Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzverbände einsetzen.

### **Forstwirtschaft nachhaltig gestalten**

Die Thüringer Waldflächen übernehmen wichtige natürliche Funktionen. Sie bieten vielfältigen Tier- und Pflanzenarten eine Heimat und tragen zur Artenvielfalt im Freistaat bei. Der Wald dient dem Schutz des Bodens und des Wassers. Er liefert einen zentralen Beitrag zum Klima-, Immissions-, Lärm und Sichtschutz. Für uns Menschen ist der Wald Ort der Ruhe und Erholung. Nicht ohne Grund ist der Thüringer Wald bei Gästen aus nah und fern so beliebt. Auch deshalb wollen wir mindestens 25.000 Hektar des Staatswaldes bis zum Jahr 2018 aus der forstwirtschaftlichen Nutzung nehmen. Bei der Auswahl der Flächen orientieren wir uns an der Machbarkeitsstudie von BUND und NABU aus dem Jahr 2013. Gleichwohl ist unser Wald ein Wirtschaftsfaktor. Die Holzwirtschaft ist seit jeher ein wichtiger Teil der regionalen Wirtschaft. Dennoch müssen wir Maß halten, damit wir unseren Wald nicht schädigen. In den Wirtschaftswäldern werden forstlich ungenutzte Altholzinseln als Trittsteinbiotope ausgewiesen. Alte Buchenwälder werden besonders schonend genutzt. Wir streben kurzfristig eine Zertifizierung aller Staatswälder nach dem FSC-Standard an.

Wir GRÜNE wollen arten- und strukturreiche, naturnahe und gesunde Wälder, die die biologische Vielfalt der Waldökosysteme erhalten und sie vor Übernutzung schützen. Wir befürworten eine nachhaltige, schonende und naturgemäße Waldbewirtschaftung ohne Kahlschläge. Um die Artenvielfalt zu erhöhen, streben wir einen Umbau der Altersklassenwälder und Nadelbaummonokulturen an. Wir wollen vorwiegend Dauerwälder mit Mischwaldbeständen aus standortheimischen Baumarten aufbauen. Diese machen unseren Wald robuster gegenüber klimatischen Veränderungen und Schädlingsbefall.

Thüringen braucht ein modernes Waldgesetz, das den Herausforderungen des Klimawandels entspricht und mehr biologische Vielfalt fördert. Dafür werden wir uns engagieren.

### **Jagd – wo es sein muss**

Wir unterstützen eine Bejagung, die die Wilddichte in Thüringen auf ein Niveau senkt, das Pflanzenwuchs ohne teuren Zaunbau und Pflanzung ermöglicht. Eine trophäenorientierte Jagd lehnen wir ab. Im Jagdgesetz soll der Grundsatz „Wald vor Wild“ gelten. Nach dem Vorbild des Bundesjagdgesetzes wollen wir die Verpflichtung zur Wildtierfütterung aufheben, da der Mensch in diesen natürlichen Kreislauf möglichst wenig eingreifen sollte.

### **Konkret wollen wir:**

- auf mindestens zehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Ökolandbau,
- keine Massentierhaltung und besseren Tierschutz für Nutz- und Haustiere,
- 25.000 Hektar Wald von der Bewirtschaftung freistellen.

## **I.6 Der Mensch geht vor – für einen effektiven Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher**

Wir schreiben den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher groß. Der ruinöse Preiskampf um die billigsten Produkte schadet letztendlich uns allen. Denn für die vermeintlich günstigen Waren werden schlechte Arbeitsbedingungen und Ausbeutung, minderwertige Qualität, Umweltzerstörung und Gesundheitsschäden in Kauf genommen. Kaffeepflückerinnen, die an den Bohnen kaum noch etwas verdienen oder Masthähnchen, die in ihrem kurzen Leben nie das Tageslicht erblicken, sind nur zwei Beispiele dafür, wie notwendig eine Umorientierung hin zu einem nachhaltigen Wirtschaften ist. Mit dem Einkaufskorb können wir alle Politik machen, z. B. indem wir Kaffee und Schokolade aus fairem Handel erstehen, Gemüse aus regionaler Erzeugung kaufen, zu einem Ökostromanbieter wechseln oder Recyclingpapier benutzen. So betreiben wir als Verbraucherinnen und Verbraucher aktive Entwicklungs-, Landwirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik. Da soll noch einer sagen, man könne nichts verändern!



## **Verbraucherzentralen stärken**

Unabhängige Verbraucherzentralen helfen, sich im Produkt- und Dienstleistungsdschungel zu orientieren und die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher einzuklagen. Doch Thüringen hat die Landesmittel für die Verbraucherschutzzentralen drastisch reduziert. Notwendig ist aber nicht weniger, sondern mehr: mehr Beratung, mehr Informationsangebote, mehr und strengere Kontrollen, z.B. bei der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung. Verstöße gegen VerbraucherInnen-schutzinteressen müssen öffentlich gemacht werden, um die Menschen nicht zu gefährden. Dazu bedarf es einer verbesserten Zusammenarbeit der staatlichen Kontrollstellen mit personell und finanziell gut ausgestatteten Verbraucherzentralen.

## **Auch die kleinsten Verbraucherinnen und Verbraucher schützen**

Wir wollen, dass unsere Kinder an den Schulen auch einen nachhaltigen Konsum kennenlernen, bspw. wie man sich beim Einkaufen – egal ob im Laden oder im Netz – am besten informiert. Wichtig ist uns dabei Aufklärung statt Werbung an und in den Schulen. An den Thüringer Hochschulen fordern wir ebenfalls klare Regeln für Werbung und Sponsoring, um sowohl die Freiheit von Lehre und Forschung zu gewährleisten als auch sinnvolle Formen von Sponsoring und Stiftungswesen zu ermöglichen.

Im Herbst 2012 erkrankten mehr als 1.000 Kinder in Mitteldeutschland an verkeimten Erdbeeren aus China – und das zur besten Obsterntezeit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kriterien „regional“, „saisonal“ und „bio“ auch in Schulen und Kindereinrichtungen zur ersten Wahl werden. Wir unterstützen Partnerschaften von öffentlichen Einrichtungen mit heimischen Erzeugerinnen und Erzeugern – insbesondere den Kindergärten und Schulen wollen wir dabei mehr Einfluss auf die Auswahl des Essensangebots gewähren. Essensanbieterinnen und -anbieter sollen dementsprechend sowohl Zutaten wie Zubereitungsformen transparent offenlegen.

## **Besser informiert am Einkaufsregal**

Wir wollen die Informationsmöglichkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher erleichtern: Die Ampelkennzeichnung von Lebensmitteln unterstützen wir ebenso wie die Verpflichtung alles zu benennen, was in einem Produkt steckt. Denn manche Produkte sind nicht so ökologisch, wie ihre klangvollen Bezeichnungen suggerieren – so lassen sich die Informationsmöglichkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher erleichtern und der „Label-Wald“ lichten. Thüringen muss sich deshalb für die Überarbeitung des Verbraucherinformationsgesetzes einsetzen.

## **Datenschutz stärkt die Selbstbestimmung**

Der NSA-Skandal sorgt nach wie vor für große Empörung. Doch es sind nicht nur staatliche Stellen, die in den vergangenen Jahren massiv in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger eingedrungen sind. Auch die Wirtschaft interessiert sich vermehrt für unsere Vorlieben und Kaufgewohnheiten. Wir wollen jedoch keine gläsernen Verbraucherinnen und Verbraucher. Generell muss vielmehr die sogenannte „Opt-in-Regelung“ gelten: Daten dürfen nur mit unserer aktiven Einwilligung erhoben, gespeichert, bearbeitet, ausgewertet oder weitergegeben werden. Andernfalls wird uns unsere Entscheidungsfreiheit genommen.

Wir GRÜNE erteilen jeder Art von Vorratsdatenspeicherung eine klare Absage. Wir setzen uns dafür ein, dass die Datensammelwut privater und staatlicher Stellen stark eingeschränkt wird. Die Erhebung von und der Handel mit personenbezogenen Daten dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der betreffenden Personen erfolgen und sind gesetzlich eindeutig zu regeln.

## **Konkret wollen wir:**

- Verbraucherzentralen stärken,
- gutes, gesundes und regionales Essen in Schulen und Kindergärten,
- Datenschutz verbessern.

## **I.7 Nachhaltiger Tourismus als Wirtschaftsfaktor**

Der Tourismus ist im Freistaat einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren – nicht nur in den ländlichen Regionen, sondern auch in unseren Städten. Thüringen lockt mit einzigartigen Landschaften und weltbekannten Kulturstätten jährlich Millionen Reisende in den Freistaat. Wir wollen einen sanften und nachhaltigen Tourismus fördern, der den Gästen attraktive, erholsame Angebote unterbreitet und dabei Natur und Umwelt auch für künftige Besucherinnen und Besucher bewahrt. Daher werden wir gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern in den Umwelt- und Naturschutzverbänden, mit den regionalen Tourismusverbänden sowie den naturnah wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirten ein Leitbild des nachhaltigen Tourismus entwickeln. Auf dessen Basis können unsere charakteristischen Kultur- und Naturlandschaften auskömmlich finanziert und gepflegt und Thüringens Tourismusangebote an die Wünsche der Gäste angepasst werden.

### **Qualität im Tourismus weiter verbessern**

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen besonders die Bedürfnisse von Familien in den Blick und fördern attraktive Familien- sowie Kinder- und Jugendkonzepte – sowohl bei den Unterkünften als auch bei den Tagesprogrammen. Dazu ist die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und den privaten Anbieterinnen und Anbietern weiter zu verbessern. Unser Ziel ist, dass sich unsere Gäste schnell heimisch fühlen: Qualitätsservice, attraktive Unterkünfte für jedes Budget, Familienfreundlichkeit, einheitliche Ausschilderung und Wegführung sowie ein vertakteter öffentlicher Verkehr in allen Regionen gehören für uns dazu. Gerade die ländlichen Gebiete haben noch viel Potenzial, als Tourismusregion entdeckt zu werden. Ob Bauernhof- oder Landurlaub, Gastronomie mit heimischen Produkten, Handwerkskunst zum Anfassen – wichtig ist eine abgestimmte, gemeinsame Vermarktung.

### **Rad- und Wandertourismus fördern**

Der Rad- und Wandertourismus ist bereits heute sowohl bei den Thüringerinnen und Thüringern als auch bei den Gästen des Freistaats sehr beliebt. Wir wollen ihn weiter ausbauen und seine Attraktivität erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass das überregionale Radwegenetz in Verantwortung des Landes erweitert, gepflegt und besser vernetzt wird. Ein weiteres Vorhaben ist die stärkere Verknüpfung von Fahrrad- und Wassertourismus. Wir engagieren uns für die Weiterentwicklung der Rad- und Wanderwege entlang des Grünen Bandes und machen so die jüngere Geschichte lebendig.

### **Touristische Investitionen mit Weitblick**

Der fortschreitende Klimawandel wird in den kommenden Jahrzehnten große Auswirkungen auf das touristische Angebot im Freistaat haben. Der Bau neuer Abfahrtspisten bspw. ist vor dem Hintergrund der abnehmenden Schneesicherheit in den Mittelgebirgen nicht mehr zeitgemäß, größere Investitionen in den Ausbau des Wintersports im Thüringer Wald und im Harz sind folglich zu überprüfen. Wir wollen stattdessen stärker in die Barrierefreiheit touristischer Angebote investieren, um Thüringen für alle Menschen erleb- und erfahrbar zu machen.

### **Konkret wollen wir:**

- den Rad- und Fußwanderweg entlang des Grünen Bandes ausbauen,
- familienfreundliche und barrierefreie Angebote erweitern,
- Kultur- und Naturlandschaften auskömmlich finanzieren.

## **II. Bildung und Kultur, Familien und Soziales: GRÜN ist für alle da**

Der Mensch steht für uns im Mittelpunkt. Grüne Politik geht auf die Vielfalt der Menschen ein. Wir wollen soziale Gerechtigkeit für alle – für Paare, für Singles, für Alleinerziehende, für Kinder, für Menschen mit und ohne Behinderungen, für Lernschwache, für Hochbetagte und Pflegebedürftige, für Regenbogen- und Patchworkfamilien, für lesbische und schwule Paare. Wir stehen dafür ein, dass die Einkommensunterschiede in Thüringen wieder kleiner werden. Das stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft und ermuntert Menschen, am gemeinsamen guten Leben im Land mitzuwirken.

Bildung ist für uns eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen unserer Gesellschaft. Sie ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben, ermutigt zu Demokratie und entscheidet maßgeblich über die Teilhabe an unserer Gesellschaft und die Chancen in der Arbeitswelt. Auf dem Weg zu echter Bildungsgerechtigkeit gibt es in Thüringen noch viel zu tun – sei es beim gemeinsamen längeren Lernen oder der inklusiven Schule. Wir denken Bildung ganzheitlich und vielfältig: von der frühkindlichen Bildung über das Schulwesen, den Hochschul- und Wissenschaftsbereich bis hin zur Erwachsenenbildung. Denn Lernen gehört zum ganzen Leben. Bildungsinvestitionen haben für uns daher Vorrang, auch in Zeiten knapper Kassen!

Soziale Herkunft darf nicht schwerer wiegen als das Talent und die Leistung unserer Kinder. Wir nehmen deshalb die Frage sozialer Mobilität in unserer Gesellschaft vermehrt in den Blick und denken Sozialpolitik, Bildungspolitik und Wirtschaftspolitik stärker zusammen. Wenn wir früh anfangen, zu fördern, können wir die Armut von morgen verhindern. Obschon sich die Kinderarmut in vielen Regionen Thüringens deutlich reduziert hat, bedarf es weiterhin gezielter und individueller Förderung für jene, die sonst von Anfang an außen vor bleiben.

Grüne Politik orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen. Dazu gehören u. a. Familienhebammen und die Freiheit der Wahl darüber, wo die Geburt stattfindet, Kindertagesstätten ohne Standardabsenkung bei der Betreuung, weniger Stress am Arbeitsplatz sowie eine ausreichende ärztliche Versorgung im ländlichen Raum. Dort benötigen wir mehr Verlässlichkeit für Angebote wie Jugendverbands- und Sozialarbeit sowie Bildungsangebote und Sportförderung, um Rechtsextremismus und Rassismus, aber auch Homophobie von Anfang an vorzubeugen. Bildungs-, Sozial- und Kulturpolitik gehören zusammen: Der Mensch wäre nicht Mensch ohne Kultur. Wir wollen aus diesem Grund ein Kulturfördergesetz, in dem Breiten-, Sozio- und Hochkultur ihren Platz haben und sich gegenseitig befördern.

### **II.1 Alle für alle: Grüne Familienpolitik**

Familie ist überall dort, wo Menschen unterschiedlicher Generationen Verantwortung für- und miteinander teilen, füreinander einstehen und sorgen. Für all diese Menschen wollen wir Politik machen. Wir GRÜNE stehen für eine Generationenpolitik, die die Bedürfnisse von Jung und Alt zusammen denkt und nicht gegeneinander ausspielt. Wir stehen für eine Politik, die Familien mit ihren individuellen Bedürfnissen stärkt. Das beginnt für uns mit der Korrektur familienpolitischer Fehlentscheidungen früherer Regierungen, z. B. Mit der Auflösung der Stiftung FamilienSinn. Politik muss selbst die Verantwortung für die Familienförderung übernehmen und sie nicht einer kaum überprüfbar, mit sich selbst beschäftigten Stiftung überlassen. Auch das Thüringer Erziehungsgeld ist ein Instrument, das die tatsächlichen Erfordernisse von Familien nicht in den Blick nimmt. Wir wollen echte Wahlfreiheit und sind sicher: Investitionen in qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsstrukturen sind die beste Unterstützung für Familien.

Familien haben mehr und vor allem nicht nur finanzielle Unterstützung verdient. Die vorhandenen, fachlich guten familienpolitischen Instrumente, bspw. Familienhebammen, die Arbeit der Jugend- und Sozialämter, der freien Träger und die Jugendverbandsarbeit wollen wir stärken und besser koordinieren. Unterstützung heißt für uns aber auch: Wir wollen für Paare mit Kinderwunsch den Zugang zu Adoption und künstlicher Befruchtung vereinfachen.

Die Veränderungen in der Arbeitswelt stellen Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor neue Herausforderungen. Die Antworten der Politik dürfen sich nicht darauf beschränken, Betreuungseinrichtungen anzupassen. Wir streben eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Elternteile und Familienkonstellationen an. Dazu gehören bedarfsgerechte Kita-Plätze und Betreuungsangebote, familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer, passende Teilzeitangebote auch für Väter. Vor allem aber wollen wir Alleinerziehende und Familien auf dem Weg in die Berufstätigkeit unterstützen – sei es durch gezielte Beratung beim (Wieder-)Einstieg oder durch begleitende Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

### **Für den Schutz der Kleinsten**

Die Kleinsten und Schwächsten unserer Gesellschaft brauchen unsere besondere Aufmerksamkeit. Deshalb wollen wir den Kinderschutz ausbauen und das Einlade- und Meldesystem zum Kinderarztbesuch entbürokratisieren. Mit uns werden die Kommunen dabei unterstützt, Präventionsketten aufzubauen und fortzuentwickeln, die die Beratung und Begleitung werdender Eltern von Anfang an in den Mittelpunkt stellen. Angesichts der Umsetzung der Regelungen des Bundeskinderschutzgesetzes und des etablierten Netzes an Kinder- und Jugendschutzdiensten sollten die bestehenden Netzwerke konsolidiert und weiterentwickelt werden. Unsere Präventionskette bringt Hebammen, Familienhebammen und das System der „frühen Hilfen“ für einen besseren Kinderschutz zueinander.

### **Familien verdienen guten Service: Familienzentren und Familienberatung**

Grüne Politik will die Kommunen dabei unterstützen, Kindertagesstätten, Mehrgenerationenhäuser, aber auch Grundschulen zu Familienzentren auszubauen. Familien beklagen zu Recht zu viele Wege und Bürokratie für die Organisation ihres Alltags. Daher ist es unser Ziel, Familien einen besseren Überblick und mehr Klarheit zu verschaffen, indem wir Familien-Service-Büros in den Kommunen fördern. Außerdem werden wir sicherstellen, dass Frauen auch künftig wohnortnah eine vertrauensvolle, fachlich hochwertige und weltanschaulich neutrale Beratung in Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen erhalten.

#### **Konkret wollen wir:**

- die Präventionskette zum Kinderschutz ausbauen,
- die lokalen Bündnisse für Familie reaktivieren,
- durch passgenaue und gute Arbeit für Eltern Kinderarmut nachhaltig beenden.

## **II.2 Die besten Kitas für unsere Kinder**

Jedes Kind wird in den frühen Jahren entscheidend geprägt – es sollte die bestmöglichen Bedingungen erhalten. Wir wollen Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz von Geburt an ermöglichen. Gleichzeitig ist es aber unser Ziel, Eltern und Kindern ausreichend Zeit für sich zu ermöglichen und sie in dieser frühen Phase des Lebens intensiv zu unterstützen. Dank des Kitagesetzes haben wir in der Fläche ein gutes Kita-Angebot in Thüringen. Jetzt gilt es, die Qualität frühkindlicher Bildung zu steigern. Dazu benötigen wir u.a. mehr qualifiziertes Personal. Wir müssen in Thüringen folglich mehr Erzieherinnen und Erzieher ausbilden, einstellen und sie gerecht und anständig entlohnen.

Absenkungen der qualitativen Standards bei der Kita-Betreuung wird es mit uns nicht geben. Im Gegenteil: Wir müssen da, wo es zusätzlichen Bedarf gibt, gemeinsam mit den Kommunen schnell weitere Kita-Plätze schaffen und die Betreuungsrelationen verbessern. Damit das Geld vom Land für die Kitas auch tatsächlich dort ankommt, wo es gebraucht wird, wollen wir dieses künftig zweckgebunden an die Kommunen ausreichen. Unser Ziel sind durchgängig hohe fachliche Standards in der frühkindlichen Bildung, auch beim Übergang in die Grundschule. Dazu wollen wir stabile kommunale Netzwerke von Kitas und Grundschulen aufbauen und fördern und den Thüringer Bildungsplan mit mehr Leben füllen. Auch wollen wir Kitas zu Eltern-Kind-Zentren erweitern, die Kinderbetreuungsangebote mit weiteren Angeboten für Familien und Kinder, etwa Beratungen, Sprachkursen, integrations- und arbeitsmarktorientierten Angeboten kombinieren.

## **Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher verbessern**

Bessere frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung geht nur mit gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern und pädagogischem Personal. Diese benötigen eine praxisnahe und fachlich fundierte Ausbildung, für die auch die nötigen Ausbildungskapazitäten bereitgestellt werden müssen. Darüber hinaus bedarf es mehr und vielfältigerer berufsbegleitender Weiterbildungsmöglichkeiten für berufstätige Erzieherinnen und Erzieher. Zudem streben wir einen angemessenen Anteil akademisch ausgebildeter Fachkräfte in unseren Kitas an. Die Ausbildung soll sich stärker am Leitbild der Inklusion orientieren.

Gute Arbeit braucht guten Lohn und Wertschätzung. Erzieherinnen und Erzieher verdienen ein faires Einkommen für ihre Arbeit und adäquate Arbeitsbedingungen. Psychische und physische Belastungen lassen sich durch eine bessere Aus- und Weiterbildung sowie durch Prävention am Arbeitsplatz reduzieren. Die Fachberatung wollen wir ausbauen. Daneben setzen wir uns dafür ein, den Männeranteil in den Kitas kontinuierlich zu erhöhen.

## **Hohe Qualität und faire Beiträge**

Wir wollen nicht, dass Kinder aufgrund zu hoher Elternbeiträge von frühkindlicher Bildung ausgeschlossen werden. Angesichts der sich verschärfenden Finanzlage in den Kommunen sollte das Land verbindliche Vorgaben über die Höhe und die soziale Staffelung der Elternbeiträge machen und mehr Transparenz über die Höhe der Gebühren schaffen. Als einen wichtigen Schritt in Richtung Gebührenfreiheit wollen wir das erste Kitajahr perspektivisch beitragsfrei gestalten.

Hervorragende Kitas brauchen starke Elternvertretungen. Daher machen wir uns für ein Verbandsklagerecht auch für die Kita-Landeselternvertretung stark.

### **Konkret wollen wir:**

- Ausbau von Kitas zu Eltern-Kind-Zentren,
- die Ausbildung und die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher verbessern,
- sozial verträgliche Kita-Gebühren.

## **II.3 Bildung öffnet die Tore zur Welt!**

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen gute Schulen für Thüringen – vielfältig, chancengerecht, durchlässig, inklusiv und diskriminierungsfrei. Dieses Ziel ist ambitioniert, aber notwendig. Zu viele Schülerinnen und Schüler verlassen unsere Schulen ohne einen Schulabschluss. Der Unterschied zwischen den leistungsstärksten und den leistungsschwächsten Schülerinnen und Schülern eines Jahrganges beträgt mittlerweile mehr als zwei Schuljahre. Damit darf sich niemand abfinden, das wollen wir ändern: Wir setzen auf individuelle Förderung, längeres gemeinsames Lernen, bessere Ganztagsangebote und inklusiv arbeitende Schulen. Wir brauchen eine verlässliche Personalpolitik und an Heterogenität orientierte Aus- und Weiterbildung für Lehrkräfte. Die schulische Vielfalt und das anregende Miteinander von staatlichen und freien Schulen gilt es zu erhalten. Die Qualität jeder einzelnen Schule ist uns wichtig. Dafür wollen wir ein umfassendes modernes Qualitätsmanagement im gesamten Schulwesen einführen.

### **Länger gemeinsam lernen**

Die überwiegende Mehrheit in Thüringen befürwortet die Idee des längeren gemeinsamen Lernens. Daher plädieren wir dafür, Schluss zu machen mit der viel zu frühen Trennung nach der vierten Klasse. Alle Schülerinnen und Schüler sollten im ganzen Land die Möglichkeit erhalten, länger gemeinsam lernen zu können und den bestmöglichen Bildungsabschluss in einer Schule für alle zu erreichen. Die Vorrangigkeit des gegliederten Schulwesens in der Verfassung wollen wir beenden. Uns ist jedoch wichtig, dass die Weiterentwicklung der Thüringer Schullandschaft nicht in einem Schulstreit endet. Wir stehen für die Verständigung aller im Sinne eines Schulfriedens.

Kinder brauchen Zeit für mehr: mehr Förderung, mehr individuelle Angebote, mehr moderne Pädagogik. Dafür bieten unsere Grundschulen und Horte bereits sehr gute Voraussetzungen. Wir planen den Ausbau von Ganztagschulen, die verstärkt auf die Rhythmisierung des Lernens setzen.

Hier kann in Phasen von Unterricht, Selbstlern-Projekten und Freizeit kindgerechter gelernt werden, Hausaufgaben können wegfallen.

Es ist vielfach pädagogisch erwiesen, dass das unfreiwillige Sitzenbleiben keinem Kind hilft und Ressourcen verschwendet. Stattdessen bedarf es einer intensiveren individuellen Förderung. Schulen müssen aus unserer Sicht frei darüber bestimmen können, ob sie diese Praxis anwenden. Entscheiden sie sich gegen Klassenwiederholungen, sollen diese Schulen dementsprechend zusätzliche personelle und sächliche Ressourcen erhalten.

Für unsere Kinder ist Schule aber nicht nur ein Lern-, sondern auch ein Lebensort. In allen Schulen sollten Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen fest zum Kollegium gehören und eng mit unabhängig arbeitenden Schulpsychologen zusammenarbeiten, um den unterschiedlichen Problemlagen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden und Kontinuität zu gewährleisten. Wir möchten dafür ausreichend Stellen schaffen.

### **Inklusive Schule für alle**

Jedes Kind hat ein Recht auf gute Bildung. Deshalb hat sich Deutschland verpflichtet, dass auch Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf allgemeinbildende Schulen besuchen können. Wir wollen, dass künftig alle Schulen in Thüringen guten inklusiven Unterricht für alle Kinder anbieten und dafür die notwendigen sächlichen, räumlichen und personellen Voraussetzungen schaffen. Inklusive Schule kann nur gemeinsam gelingen: Wir nehmen die Ängste und Sorgen der Eltern und der Lehrkräfte ernst und suchen gemeinsam nach Wegen, diese abzubauen und die Entwicklung von pädagogischen Konzepten voranzutreiben. Unsere Kinder sollten es uns wert sein, hier nicht nachzulassen oder gar zu bremsen. Uns geht es darum, die beste Bildung für jedes Kind an genau dem Lernort zu ermöglichen, welcher die bestmöglichen Bedingungen für den oder die Einzelne bietet. Hierbei sind die Förderzentren und die Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen für uns kompetente Partner.

### **Demokratische Schule: Schule der Demokratie**

Wir wollen unsere Schulen zu Orten gestalten, die mehr Demokratie und Partizipation wagen. Demokratische Grundsätze erlernt man am besten durch Mitmachen und Beteiligung. Schüler- und Jugendparlamente werden wir deshalb fördern und auch die Schülerinnen- und Schülervertretung stärken. Darüber hinaus engagieren wir uns dafür, Schulen und Eltern mehr Mitsprache und Entscheidungsmöglichkeiten bei der Schulentwicklung und Personalauswahl einzuräumen.

Einseitige politische Bildung an Schulen lehnen wir ab. Die Bundeswehr kann nur gemeinsam mit zivilen Friedensinitiativen Gesprächspartner für Schule sein. Geheimdienste haben an Schulen, in der Bildung und Prävention keinen Platz. Politische Bildung unter dem Deckmantel der Berufsberatung an Schulen sehen wir kritisch.

### **Nur mit gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern ist gute Schule zu machen**

Gute Schule braucht selbstverständlich bestmöglich ausgebildete und motivierte Lehrkräfte. Daher legen wir Wert auf eine verlässliche Personalpolitik, die bereits bei der Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer die richtigen Weichen für eine chancengerechte und inklusive Schule stellt. Uns geht es darum, die angehenden und die berufstätigen Lehrkräfte fit zu machen für die kommenden bildungspolitischen Herausforderungen, insbesondere in Didaktik, Methodik, geschlechtersensibler Bildung und Medienkompetenz. Wir werden daher die Personalentwicklung im Schulbereich kontinuierlich vorantreiben und die Thüringer Lehrerinnen- und Lehrerbildung modernisieren.

Um junge Menschen für den Beruf der Lehrerin und des Lehrers zu gewinnen, muss auch das Lehramtsstudium attraktiver werden. Für das Studium wollen wir perspektivisch landesweit die Struktur eines sechssemestrigen Bachelor- und eines viersemestrigen Masterstudiums umsetzen und die Praxisanteile weiter verstärken. In der Masterphase soll ein Praxissemester festgeschrieben und der Vorbereitungsdienst für alle Lehrämter auf 18 Monate reduziert werden. Der Umgang mit Heterogenität muss selbstverständlicher und verpflichtender Baustein bei der Lehrerausbildung für alle Lehramtsstudierenden sein. Um die Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung zu stärken, planen

wir, die Budgets für die schulinterne Fortbildung zu erhöhen sowie Fortbildung generell verbindlicher und den individuellen Anforderungen entsprechender zu gestalten.

Thüringer Lehrerinnen und Lehrer sollten perspektivisch gleich bezahlt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Grundschullehrkräfte mit vergleichbaren fachlichen Qualifikationen schlechter vergütet werden als ihre Kolleginnen und Kollegen an weiterführenden Schulen. Diese Ungerechtigkeit werden wir beenden – genauso wie schlecht entlohnte, befristete Minijob-Verträge für Horterzieherinnen und -erzieher. Die Wiedereinführung der Verbeamtung für Lehrkräfte in Thüringen sehen wir dagegen grundsätzlich und mit Blick auf die Finanzlage in Thüringen kritisch. Unstrittig ist: Thüringen braucht angesichts des Unterrichtsausfalls und der steigenden Zahl von in den Ruhestand gehenden Lehrkräften mehr Lehrerinnen und Lehrer. Die für 2014 beschlossenen Neueinstellungen werden bei Weitem nicht ausreichen. Hier wollen wir deutlich zulegen. Dem Ausfall bspw. wollen wir durch eine schnelle Umsetzung des Vertretungspools für flexible Krankheitsvertretungen effektiv entgegenwirken.

### **Gleiche Chancen für freie Schulen**

Wir stehen für ein vielfältiges Schulwesen und werden uns nicht damit abfinden, dass freie Schulen gegenüber staatlichen Schulen weiterhin finanziell benachteiligt werden, obgleich sie den öffentlichen Bildungsauftrag erfüllen. Die Wahlfreiheit für Eltern sowie Schülerinnen und Schüler darf nicht auf der Strecke bleiben. Daher streiten wir GRÜNE für unsere Grundüberzeugungen im Umgang mit freien Schulen: Gleichberechtigung, Transparenz und Planungssicherheit für alle. Wir setzen uns dafür ein, die Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft verfassungsgemäß und auskömmlich zu gestalten.

### **Wohnortnahe Schulen im ganzen Land**

Wir wollen ein möglichst wohnortnahes, vielfältiges und zukunftsfähiges Schulangebot im Land erhalten. Klassenübergreifender Unterricht und längeres gemeinsames Lernen können dazu beitragen. Allerdings brauchen wir auch bessere Kriterien für eine integrierte Berufsschul- und Schulnetzplanung der Landkreise und kommunalen Schulträger. Wir haben vor, diese gemeinsam mit den Kommunen zu erarbeiten, denn für eine ausreichende Vielfalt an qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten bedarf es einer Mindestanzahl von Schülerinnen und Schülern. Bei den Berufsschulen ist die Kleinstaaterei bei der Schulnetzplanung aus unserer Sicht zu beenden. Maßgeblich dabei ist für uns, klare Mindeststandards für Berufsschulstandorte, die dem demografischen Wandel und den Bedürfnissen der Betriebe gerecht werden, zu entwickeln. Wir wollen einen Schulgartenunterricht, der den biologischen, gentechnikfreien und nachhaltigen Anbau erfahrbar macht.

#### **Konkret wollen wir:**

- längeres gemeinsames Lernen,
- die Voraussetzungen für guten und inklusiven Unterricht schaffen,
- mehr Lehrerinnen und Lehrer für weniger Schulausfall.

## **II.4 Gute und faire Ausbildung und lebenslanges Lernen**

### **Berufsorientierung und Berufswahl verbessern**

Eine frühzeitige, vielfältige und praxisnahe Berufswahlorientierung in unseren Schulen ist wichtiger denn je. Uns kommt es darauf an, dass sich die Berufsorientierungsangebote an den Interessen der Schülerinnen und Schüler ausrichten und möglichst jahrgangs- und fächerübergreifend organisiert sind. Zudem braucht es viele außerschulische Partner wie Betriebe und Unternehmen in stabilen Netzwerken und die entsprechende pädagogische und organisatorische Begleitung, die wir fördern werden.

Unser Ziel ist es, allen Jugendlichen genügend Berufswahlmöglichkeiten zu bieten. Die Thüringer Unternehmen sind dabei gefordert, mehr betriebliche Ausbildungsangebote zu schaffen, auch um den eigenen zukünftigen Fachkräftebedarf zu decken. Die Schulsozialarbeit nimmt bei der Schullaufbahnberatung und der Ausbildungsberatung einen immer größeren Stellenwert ein.

## **Ein Azubi-Ticket für Thüringen schaffen**

Angesichts der in Thüringen sehr niedrigen Ausbildungsentgelte und der weiter werdenden Wege im Berufsschulnetz bedarf es bei den Fahrkostenregelungen für Berufsschülerinnen und Berufsschüler neuer Regelungen. Eine solidarische Lösung in Form eines Azubi-Tickets analog zum Studierendenticket bietet sich an. Entscheidend für uns dabei ist, dass die Kosten solidarisch von allen Beteiligten getragen werden. Auch die Problematik der zu hohen Fahrkosten in der Sekundarstufe II gilt es anzugehen. Alle Thüringer Schülerinnen und Schüler sollen den ÖPNV kostengünstig nutzen können. Langfristig setzen wir uns für ein kostenfreies Ticket ein.

## **Für eine bessere Erwachsenenbildung – lebenslanges Lernen fördern**

Anspruch und Wirklichkeit in der Erwachsenenbildung klaffen viel zu stark auseinander. Anstatt diese auszubauen, kürzt die Landesregierung kräftig bei den Zuschüssen. Wir GRÜNE wollen die Gestaltungsmöglichkeiten in der Erwachsenenbildung wieder vergrößern sowie die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung bei den Trägern verbessern. Öffentliche und freie Träger der Erwachsenenbildung sollen so weit wie möglich gleichgestellt werden.

Thüringen kann es sich nicht leisten, mehr als 200.000 Menschen als funktionale Analphabetinnen und Analphabeten hinzunehmen. Das Land muss daher sein Engagement im Bereich Alphabetisierung deutlich verstärken und die Alphabetisierungsprogramme finanziell aufstocken. Bisher wurden die Betroffenen durch die Angebote kaum erreicht und viele Unternehmen sind für das Thema wenig sensibilisiert. Vorhandene Bedarfe werden daher oft nicht erkannt. Hier braucht es innovative Konzepte sowie eine stärkere Einbeziehung der Jobcenter und der Bundesagentur für Arbeit.

CDU und SPD verweigern den Menschen in Thüringen seit Jahren das Recht auf Bildungsurlaub. Wir werden das ändern und einen generellen Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung von fünf Tagen im Jahr einführen. Dabei stehen wir für einen ganzheitlichen Bildungsbegriff. Dieser soll sowohl allgemeine, politische und kulturelle als auch berufsweltbezogene Weiterbildung einbeziehen und das Ehrenamt im Freistaat durch Bildungsfreistellung stärken. Die Unternehmen werden demgemäß einen angemessenen Ausgleich erhalten.

### **Konkret wollen wir:**

- ein Azubi-Ticket einführen,
- größere Vielfalt bei betrieblichen Ausbildungsangeboten,
- Bildungsurlaub für alle Thüringerinnen und Thüringer einführen.

## **II.5 Junges Land, junge Leute**

Wir wollen jungen Menschen jetzt mehr Möglichkeiten zur Gestaltung ihrer Zukunft bieten: mehr Chancen, sich in gesellschaftliche und politische Belange einzumischen, mehr Sicherheit, mehr Perspektiven. Wir werden zuhören, statt über junge Köpfe hinweg zu entscheiden.

### **Echte Mitbestimmung**

Wir GRÜNE stehen für eine emanzipatorische Kinder- und Jugendpolitik. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung, sie sind die besten Fürsprecherinnen und Fürsprecher in eigener Sache. Über Kinder- und Jugendparlamente mit echten Mitsprachemöglichkeiten sollen sie die Möglichkeit erhalten eigene Ziele und Interessen zu äußern, sich Konfliktsituationen zu stellen und gemeinsam demokratische Lösungen zu entwickeln. Wir wollen ihren Einfluss bei wichtigen Zukunftsentscheidungen stärken und ihnen Vertrauen in sich selbst und unsere lebendige Demokratie geben, damit sie später selbst zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern werden.

### **Jugend braucht Perspektiven**

Das Land Thüringen ist angesichts der Bevölkerungsentwicklung darauf angewiesen, jungen Menschen eine Perspektive hier im Land zu geben. Dazu zählt aus unserer Sicht ein hochwertiges und interessantes Angebot an Ausbildungsstellen mit entsprechend guter Bezahlung sowie eine verlässliche Aussicht auf sichere und langfristige Arbeitsverhältnisse nach der Ausbildung.



Junge Menschen, die einen schwierigen Start ins Leben hatten, brauchen besondere Aufmerksamkeit. Wir wollen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Jugendarmut Beratungs- und Unterstützungsangebote erhalten und ausbauen.

Insbesondere in den ländlichen Räumen ist es für junge Menschen oftmals schwierig, Kultur- und Freizeitangebote in den Städten wahrzunehmen. Wir engagieren uns für ein jugendgerechtes, attraktives und vielfältiges Freizeitangebot sowohl in den Städten als auch auf dem Land. Dafür bedarf es einer Infrastruktur, die für alle Kinder und Jugendliche offen und zugänglich ist. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendhäuser, Kultureinrichtungen und Sportstätten unkompliziert und bequem mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreichbar sind.

### **Verlässliche Angebote für Jugendliche**

Den Trägern der Jugend- und Jugendverbandsarbeit wollen wir Planungssicherheit geben und in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und schulbezogenen Jugendsozialarbeit ausreichende Mittel zur Verfügung stellen. Ehrenamtliches Engagement muss hier besonders gefördert werden. Jugendarbeit muss noch mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund einbeziehen. Dabei ist interkulturelle Bildung ein wichtiger Faktor – sowohl für Jugendliche mit als auch ohne Migrationshintergrund.

Die werteorientierte Jugendverbandsarbeit in Thüringen spiegelt mit ihren Angeboten die Vielfalt der Bedürfnisse junger Menschen in unserer Gesellschaft wider. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen und fördern den eigenständigen Lernort Jugendverbandsarbeit, der von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet wird, als wichtigen Beitrag zur Demokratie- und Kompetenzentwicklung. Die Partnerschaft mit dem Landesjugendring Thüringen und den darin vertretenen Jugendverbänden hat für uns einen hohen Stellenwert.

### **Jugendsozialarbeit**

Jugendsozialarbeit braucht eine stabile Basis. Gut ausgebildete Fachkräfte und ehrenamtlich Tätige, die sich Tag ein Tag aus für das Wohl und die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen einsetzen, brauchen gute Arbeitsbedingungen sowie eine faire Bezahlung oder Vergütung und langfristige Perspektiven. Wir GRÜNE machen uns dafür stark, die Professionalität in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nicht kurzfristigen Einsparungen zu opfern. Eine verlässliche Jugendhilfeplanung auf kommunaler Ebene sowie auf Landkreis- und Landesebene ist dafür die Voraussetzung.

#### **Konkret wollen wir:**

- mehr Kinder- und Jugendparlamente in Thüringer Kommunen,
- qualitative Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit langfristig sichern,
- bessere Beratung junger Arbeitssuchender und gut bezahlte Ausbildungsstellen.

## **II.6 Grüne Wissenschafts- und Hochschulpolitik kürzt nicht bei der Zukunft**

Thüringen verfügt über eine vielfältige, traditionsreiche Hochschullandschaft, die vielen jungen Menschen den Weg zu höherer Bildung öffnet und gleichzeitig vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglichkeiten für Spitzenforschung bietet. Vier Universitäten, vier Fachhochschulen, eine Musikhochschule, zwei private Hochschulen und zahlreiche Akademien bieten großartiges Potenzial, um Thüringen zum Land der Innovationen und vielfältigen Ideen zu machen. Doch dazu müssen wir die Freiheit der Wissenschaft ernst nehmen und den Universitäten und Hochschulen ausreichend Mittel und Ressourcen zur Verfügung stellen, mit denen ihnen Gestaltungsspielraum und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden. Wir wollen attraktive Hochschulen für Studierende, für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, für Thüringen.

### **Hochschulentwicklungsplanung**

Thüringen benötigt dringend eine strategische und nachhaltig wirkende Hochschulentwicklungsplanung. Diese Planung, deren Leitlinien und Eckpunkte regelmäßig durch den Thüringer Landtag

diskutiert und beschlossen werden, muss aus unserer Perspektive heraus gemeinsam mit den Hochschulen forciert werden. So können Anreize für mehr Kooperation und sinnvolle Synergien, bspw. Hochschulverbünde, Kooperationsplattformen und gemeinsame Angebote, geschaffen und dadurch die Profilbildung der Hochschulen unterstützt werden.

### **Besser finanzieren – in Köpfe investieren**

Ausgezeichnete Lehre und originelle Forschung gehen Hand in Hand. Doch die Streichung von Studiengängen, der zunehmende Personalabbau, der Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die immer größer werdende Raumknappheit an den Hochschulen zeigen, dass wir von einer auskömmlichen Grundfinanzierung der Hochschulen bislang noch weit entfernt sind. Dabei rechnet sich jeder in Wissenschaft und Hochschulen investierte Euro für unser Land vielfach. Wir wollen die Grundfinanzierung der Hochschulen wieder ausreichend und verlässlich gestalten. In- des sind wir uns der schwierigen Haushaltslage des Landes bewusst. Uns geht es darum, in einem ersten Schritt die zukünftigen Kostensteigerungen in der neuen Rahmenvereinbarung von 2016 bis 2020 wieder vollumfänglich abzubilden.

Wir werden uns außerdem auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Bund sowohl in der außeruniversitären Forschung als auch bei der Grundfinanzierung der Hochschulen mehr Verantwortung übernimmt und das Kooperationsverbot in der gesamten Bildung endlich fällt. Dadurch frei werdende Landesmittel sollen zur besseren Grundfinanzierung der Hochschulen genutzt werden, um auch die Abhängigkeit von der Drittmittelinwerbung zu reduzieren und eine qualitativ hochwertige Lehre zu gewährleisten. Die Mittel des Hochschulpaktes sollen gänzlich bei den Studierenden ankommen und so vor allem die Qualität der Studienplätze sichern. Insgesamt wollen wir uns dafür stark machen, dass die staatlichen Ausgaben für Forschung und Lehre in Thüringen durch Bundes- und Landesmittel steigen.

### **Für mehr Bildungsqualität und für gute Arbeit an unseren Hochschulen**

Bildung braucht Zeit – auch an der Hochschule. Studieren heißt für uns, wissenschaftliches Arbeiten zu lernen, selbstständiges Denken zu entwickeln und auf die Berufstätigkeit vorzubereiten – individuell und frei von Zwängen. Die Studienangebote müssen daher mit den Lebens- und Lernbedingungen von Studierenden vereinbar sein und erfordern mehr Individualität, Flexibilität und eine verbesserte Betreuung. Die Studierenden brauchen insgesamt mehr Zeit und Raum, um Wissen zu vertiefen und zu forschen. Der Stellenwert der Lehre an unseren Hochschulen muss dazu deutlich aufgewertet und die Bachelor- und Masterstudiengänge zeitlich gelockert werden.

Für manche Studierende ist Wissenschaft ein Traumberuf. Was ist das aber für ein Traum, in dem Kurzzeitbefristung, Teilzeitverträge und prekäre Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren immer mehr zugenommen haben? Der Großteil der Beschäftigten im akademischen Mittelbau hat heute eine befristete Stelle. Mehr als ein Drittel arbeitet ungewollt in Teilzeit. Statt möglichst viel Personal für wenig Geld einzustellen, wollen wir GRÜNE dafür sorgen, dass mehr reguläre und unbefristete Arbeitsplätze geschaffen werden – vor allem dort, wo dauerhaft Lehr- und Prüfungsaufgaben erfüllt werden. In den Ziel- und Leistungsvereinbarungen setzen wir uns dafür ein, mit den Hochschulen verbindliche Übereinkommen zu treffen: zum Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse und für gute Arbeit. Lehrbeauftragte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben sollen besser entlohnt werden und auch die Bezahlung sowie die personalrechtliche Vertretung studentischer Hilfskräfte wollen wir verbindlich regeln.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Qualifikationsphase sind auf Sicherheit und Planbarkeit angewiesen. Es bedarf daher strikterer Vorgaben für die Betreuung der Promotion und einer gesunden Balance zwischen Lehrverpflichtungen und Forschungszeit. Wir wollen mehr Junior-Professuren, denen zudem mehr als bisher die Möglichkeit zur Lebenszeitanstellung (Tenure Track) eingeräumt wird.

### **Thüringen in der Welt – Die Welt in Thüringen**

Wir wollen zusammen mit den Thüringer Hochschulen eine Internationalisierungsstrategie auf den Weg bringen. Internationalität von Studium, Lehre und Forschung muss im 21. Jahrhundert für unsere Hochschulen zum Selbstverständnis gehören. Wir wollen in der Forschung internationale Partnerschaften fördern und in der Lehre die Zahl der Studierenden, die im Laufe des Studiums

einen Auslandsaufenthalt absolvieren, deutlich erhöhen. Wir streben weiterhin die Internationalisierung des Lehrkörpers an und wollen die Thüringer Hochschulen durch Verbindungsbüros und „Botschafter“ besser in anderen Regionen repräsentieren lassen.

### **Für mehr Gleichstellung und Familienfreundlichkeit im Wissenschaftsbereich**

Nur etwa 15 Prozent der Professuren sind in Thüringen durch Frauen besetzt. Wir wollen mit grüner Hochschulpolitik den Frauenanteil unter den Professuren und in den Führungsgremien der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen erhöhen. Wir stellen daher die Weichen für eine konsequente Gleichstellungspolitik: Frauenförderung soll künftig zu einer Pflichtaufgabe für alle Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen werden. Wir setzen uns für die Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten ein.

Auch die Arbeits- und Studienbedingungen sind aus unserer Sicht konsequent familienfreundlicher zu gestalten. Dafür benötigen wir stetig zunehmende Teilzeitstudiengänge, auch in Fächern mit Numerus clausus, mehr Möglichkeiten einer flexibleren Organisation von Studium, Praktika und Prüfungen und eine Finanzierung des Studiums, die den Lebenswirklichkeiten der Studierenden Rechnung trägt. Wir wollen bspw., dass das BAföG künftig auch ein Teilzeitstudium für alle Studiengänge ermöglicht. Starre Regelstudienzeiten halten wir nicht für zeitgemäß, Zwangsexmatrikulationen lehnen wir ab. Vielmehr ist uns wichtig, eine bessere Balance herzustellen zwischen dem Zeitaufwand für das Studium und begleitender beruflicher Tätigkeit, der Erziehung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen. Daher wollen wir in Thüringen mehr berufsbegleitende Studiengänge ermöglichen.

### **Hochschulen öffnen und demokratisieren**

Wir halten es für unabdingbar, dass gesellschaftliche Vielfalt auch auf dem Campus ankommt – das schließt junge Menschen aus bildungsfernen Familien und Menschen mit Migrationshintergrund ganz besonders ein. Berufstätigen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und ausreichender Berufserfahrung sowie Menschen mit Fachhochschulreife wollen wir den Zugang zu Hochschulen auch ohne Abitur ermöglichen. Bei den Auswahlverfahren für zulassungsbeschränkte Studiengänge sollen ehrenamtliches Engagement und soziale Aspekte stärker als bisher berücksichtigt werden. So werden wir den unterschiedlichsten Bildungsbiografien gerecht und eröffnen neue, wirksame Wege gegen den Fachkräftemangel.

Hochschulen avancieren mit zunehmender Vielfalt unter den Studierenden und Lehrenden auch mehr und mehr zu Orten gesellschaftlicher Vielfalt. Eine diversitätsgerechte Gestaltung der Studieneingangsphase, Mentoring-Programme und vereinfachte Anerkennungsverfahren von im Ausland erworbenen Studienleistungen sind daher dringend geboten. Wir werden dies unterstützen und in allen Hochschulen verankern. Zur Förderung des barrierefreien Studiums und zur Umsetzung der Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Hochschulbereich wollen wir ein Landesprogramm auflegen. Darüber hinaus ist die Übergangsquote vom Bachelor zum Master aus unserer Sicht kontinuierlich zu erhöhen.

Insbesondere spielt eine gute und auskömmliche Studienfinanzierung eine maßgebliche Rolle dafür, ob sich junge Menschen für ein Studium entscheiden. Wir setzen uns daher auf Bundesebene für eine kurzfristige Erhöhung der BAföG-Fördersätze sowie der Elternfreibeträge ein. Mittelfristig wollen wir das BAföG elternunabhängiger gestalten. Dazu schlagen wir das Zwei-Säulen-Modell vor, das aus einem elternunabhängigem Zuschuss und einem Bedarfszuschuss besteht. Langzeitstudiengebühren planen wir abzuschaffen – letztlich unterlaufen sie das Recht auf Bildung: betroffen sind vor allem Studierende mit Kind, ehrenamtlich Aktive sowie diejenigen, die zur Finanzierung ihres Studiums einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Den Hochschulen werden wir Ersatzmittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stellen.

Die Studierenden sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen in alle Entscheidungen über die künftige Ausrichtung ihrer Hochschulen paritätisch eingebunden werden. Wir engagieren uns für durchgehend demokratisch verfasste Bildungseinrichtungen. Demokratische Prinzipien, Mitbestimmung aller Statusgruppen und die Suche nach gemeinschaftlich getragenen Entscheidungen werden wir daher konsequent fördern. Die Kompetenzen und Mitwirkungsrechte des Senats sollen ausgebaut werden. Die Hochschulräte wollen wir abschaffen und die Profilbildung der Hochschu-

len, die Schwerpunktsetzung in Forschung und Lehre sowie die Weiterentwicklung des Studienangebots zurück in die demokratisch verfassten, internen Hochschulgremien verlegen.

### **Exzellente Forschung mit transparenter Finanzierung**

Die Vielfalt der Thüringer Forschungs- und Technologielandschaft werden wir erhalten und weiter stärken. Wir setzen uns zudem dafür ein, gemeinsam mit allen Beteiligten eine landesweit aufeinander abgestimmte und ganzheitlich getragene Forschungsstrategie für Thüringen zu entwickeln. Das Landesprogramm „Pro Exzellenz“ soll ehrlich und transparent evaluiert werden. Zur Stärkung der Forschungsorientierung an Fachhochschulen ist es erforderlich, die Zugangshemmnisse von Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen zur Promotion abzubauen. Kooperative Promotionen und gemeinsame Graduiertenschulen wollen wir fördern. Zu prüfen ist, ob nicht auch einzelnen Professuren an Fachhochschulen das Promotionsrecht verliehen werden kann.

Mit der zunehmenden Anzahl an eingeworbenen Drittmitteln steigt die Gefahr einer zu starken, unsachgemäßen Einflussnahme der Privatwirtschaft auf die Wissenschaft. Daher gibt es berechnete Forderungen nach mehr Transparenz im Wissenschaftsbereich. Wir sind dafür, Bestandteile von Kooperationsvereinbarungen von Hochschulen und Unternehmen unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Maßgaben verpflichtend zu veröffentlichen. Da im Gegensatz zur öffentlichen Forschungsförderung bisher keine einheitlichen und verbindlichen Regelungen für die Ausgestaltung und den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen zwischen Hochschulen und Unternehmen erkennbar sind, werden wir diese gemeinsam mit den Hochschulen schaffen. Damit lässt sich die Freiheit von Forschung und Lehre besser schützen. Drittmittel dienen nicht der Finanzierung von Lehraufgaben, daher lehnen wir Drittmittel zur Finanzierung der Hochschullehre ab. Die Zahl an Tierversuchen in Thüringen wollen wir soweit wie möglich reduzieren und methodische Forschungsvorhaben zur tierfreien Forschung fördern.

Forschung und Wissenschaft erfordern den freien Austausch von Wissen und Forschungsergebnissen. Dieser Austausch darf nicht durch Kostenbarrieren und Gewinnstreben behindert werden. Wir sprechen uns für das Open-Access-Prinzip aus: Die Ergebnisse von Forschungsvorhaben, die mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, sollen gemäß dieses Prinzips gebührenfrei im Netz zugänglich gemacht und genutzt werden können.

Wir werden zudem die nachhaltigkeits- und friedensorientierte Forschung stärken. Insbesondere bei der Problemdefinition und Themenentwicklung von Forschungsaufträgen seitens des Landes wollen wir die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure stärker einbeziehen. Da Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen auch gesellschaftlich in der Verantwortung stehen, Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme zu entwickeln und friedliche Konfliktlösungen zu suchen, lehnen wir Kooperationen oder Drittmittelprojekte mit der Rüstungsindustrie und dem Militär ab. Daher setzen wir uns für eine gesetzlich verankerte Zivilklausel ein.

#### **Konkret wollen wir:**

- eine strategische Hochschulentwicklungsplanung mit auskömmlicher Grundfinanzierung,
- die Zugangsvoraussetzungen für Hochschulen vielfältiger gestalten, die Hochschulen öffnen und demokratisieren
- einen Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse im akademischen Mittelbau.

## **II.7 Gute Arbeit für Thüringen**

Der Thüringer Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren trotz Wirtschaftskrise robust entwickelt. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig und liegt teils unter der einiger alter Bundesländer. In manchen Thüringer Regionen herrscht faktisch Vollbeschäftigung. Das bedeutet aber nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen können. Dieser Aufschwung geht nämlich bspw. an Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Vermittlungshemmnissen weiter vorbei. Noch immer gibt es Lohnunterschiede zwischen Ost und West und zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit. Nach wie vor können viel zu viele Menschen vom Lohn ihrer Arbeit nicht leben. Überdies haben Frauen größere Nachteile am Arbeitsmarkt und arbeiten zu einem erheblichen Teil in Teilzeit. Wir machen uns daher mit grüner Politik für einen gerechten und inklusiven Arbeitsmarkt stark, auf dem jedem Men-

schen die Möglichkeit offensteht, einer den eigenen Fähigkeiten und Interessen entsprechenden Erwerbsarbeit nachzugehen. Wir stehen für gerechten Lohn, die Einhaltung von sozialen Standards im Arbeitsalltag und einen umfangreichen Arbeitsschutz.

### **Den Mindestlohn grün ausgestalten**

Auch im Jahr 2014 liegt der Durchschnittsverdienst der Thüringerinnen und Thüringer noch deutlich unter dem anderer Bundesländer. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der gesetzliche Mindestlohn bereits vor 2017 kommt und die geplanten Ausnahmeregelungen für bestimmte Branchen abgeschafft werden. Wir haben bereits 2012 ein fundiertes, gut umsetzbares Mindestlohngesetz im Land vorgelegt.

### **Diskriminierungsfreie Arbeitswelt**

Darüber hinaus gehen wir weiterhin gegen die nach wie vor existierende Ungleichbehandlung der Geschlechter vor und treten einer Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten sowie von Menschen mit Behinderung entschieden entgegen. Gleiche Arbeitsleistung muss mit gleichem Lohn vergütet werden. Aufstiegschancen dürfen nicht durch Geschlecht, Behinderungsgrad oder Herkunft verbaut werden. Wir unterstützen entsprechende Initiativen auf Bundesebene und engagieren uns dafür, die Einhaltung von Sozialstandards verstärkt zu überprüfen. Dadurch wird es uns gelingen, unlautere Mittel der Wettbewerbsverzerrung zu unterbinden.

### **Attraktive Arbeitsbedingungen**

Eltern wünschen sich mehr Zeit für ihre Kinder und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen für familiengerechtere Arbeitsmodelle und eine Arbeitskultur werben, die den Wert der Arbeit nicht an Anwesenheit bemisst, sondern an der Qualität der Ergebnisse. Teilzeit darf nicht länger automatisch ein Karrierehindernis sein.

Ziel sollte es sein, über das gesamte Arbeitsleben hinweg eine gesunde Balance zwischen Arbeit, Familie, privaten Interessen, Weiterbildung und bürgerschaftlichem Engagement herzustellen. Auch dürfen den Menschen für die Pflege von Familienangehörigen keine beruflichen Nachteile entstehen. Dazu bedarf es flexibler Arbeitszeitmodelle und einer altersgerechten Arbeitsorganisation. Auch die Modelle zum Übergang in den Ruhestand können in vielen Bereichen weiter flexibilisiert werden.

Grüne Familienpolitik erkennt die Vielfalt der Familienformen an, baut Infrastruktur aus, die Familien unterstützt, setzt auf zielgenaue und bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung, engagiert sich für eine neue Zeit- und Lebensphasenpolitik, setzt auf Geschlechtergerechtigkeit und fordert eine Arbeitswelt, die Zeit für Familie und Verantwortung schafft.

Immer mehr Menschen werden wegen höherer Ansprüche an die Leistungsfähigkeit, Flexibilität und Mobilität im Beruf krank. Hier ist es einerseits Aufgabe der Politik, stärker auf die Notwendigkeit von Präventionsmaßnahmen und Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz hinzuweisen und diese zu fördern. Das Land als Arbeitgeber kann andererseits mit gutem Beispiel vorangehen und ein Handlungskonzept für die Verbesserung des betrieblichen Arbeitsschutzes, der Gesundheitsförderung und Sozialfürsorge sowie des betrieblichen Gesundheitsmanagements vorlegen. Augenmerk ist dabei auf jenes Personal zu richten, das besonderen körperlichen oder psychischen Belastungen ausgesetzt ist, z.B. Polizeibedienstete oder Lehrkräfte.

### **Flexibilität in der Leiharbeit belohnen**

Trotz ihrer hohen Flexibilität im Einsatz und der damit verbundenen Unsicherheit in der Planung des eigenen Berufslebens erhalten Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter oftmals deutlich weniger Lohn als die Stammbeslegschaft. Ihre Verträge sind darüber hinaus in der Regel befristet. Dabei ist die gute Entwicklung auf dem Thüringer Arbeitsmarkt auch sehr diesem Einsatz und dieser Flexibilität geschuldet. Die Flexibilität in der Leiharbeit muss durch einen besseren Lohn vom ersten Tag an honoriert werden. Missbrauch in Betrieben lässt sich durch eine feste Maximalquote für Leiharbeit begegnen.

## **Starke Frauen in Wirtschaft und Politik**

Obwohl Frauen gute Unternehmerinnen sind, wagen nur wenige den Schritt in die Selbstständigkeit. Wir wollen mehr Frauen als Unternehmerinnen gewinnen und streben eine spezielle Beratung und Gründungsförderung von Frauen an. Zudem arbeiten wir für eine 50-Prozent-Quote von Frauen in den Aufsichtsräten und für eine Erhöhung des Frauenanteils in wissenschaftlichen Führungspositionen durch Zielvereinbarungen. Wir stehen dafür, dass Frauen tatsächlich die Hälfte der Macht und die Hälfte der Verantwortung bekommen und sind gewillt, den Frauenanteil in den Kommunal- und Landesparlamenten zu erhöhen.

### **Konkret wollen wir:**

- betriebliche Gesundheitsfürsorge stärken,
- Frauenquote in Führungspositionen und ein Paritégesetz,
- flexible Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle.

## **II.8 Grüne Gesundheits- und Pflegepolitik: solidarisch, bedarfsgerecht, wohnortnah und präventiv**

Wer krank wird, muss sich auf eine gute gesundheitliche Versorgung verlassen können. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns für eine bedarfsgerechte ärztliche, pflegerische und psychosoziale Versorgung für alle ein – unabhängig vom sozialen Status, dem Alter, von der Herkunft oder dem Geschlecht. Eine gute Gesundheitsversorgung ist für uns GRÜNE ein wichtiger Bestandteil der sozialen Daseinsvorsorge, sie ist ein Querschnittsthema für viele Politikbereiche. Menschen und ihr soziales Umfeld sollen im Mittelpunkt einer integrativen Versorgung stehen, bei der alle ambulanten und stationären Leistungsanbieterinnen und -anbieter zusammenarbeiten. Die starre Trennung der Sektoren und die daraus resultierenden Brüche und Doppelstrukturen in der Versorgung wollen wir überwinden. Das gelingt uns aber nur, wenn die Politik für den Gesundheits- und Pflegebereich stärker Verantwortung übernimmt.

### **Sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung**

Wir GRÜNE stehen dafür ein, den öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken und zu regionalen Gesundheitszentren aufzuwerten. Darunter verstehen wir Einrichtungen, die unter einem Dach die verschiedenen Beratungsdienste, Selbsthilfen und Sozialstationen bündeln, die vor Ort gebraucht werden. Dazu wollen wir auch die Zusammenarbeit zwischen stationären und ambulanten Anbieterinnen und Anbietern festigen, umfassende „Medizinische Versorgungszentren“ mit angestellten Ärztinnen und Ärzten ausbauen und über Teamlösungen bessere Arbeitsbedingungen schaffen.

Krankenhäuser nehmen im Rahmen einer integrativen Versorgungslandschaft ebenfalls eine wichtige Position ein. Dabei ist die wohnortnahe Grund- und Notfallversorgung zu erhalten, spezialisierte Versorgung und Hochleistungsmedizin dagegen können konzentriert werden. Im Sinne der Patientinnen und Patienten setzen wir uns für mehr Qualität, Kooperation und Bedarfsorientierung im gesamten Behandlungsprozess ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die drei forensischen Kliniken des Maßregelvollzugs wieder in Trägerschaft des Landes übernommen werden. Diesen Rückführungsprozess wollen wir in der nächsten Legislatur anstoßen und auf den Weg bringen.

Für eine gute Gesundheitsversorgung müssen aber auch die Arbeitsbedingungen in der Branche stärker in den Blick genommen werden. Die zunehmende Arbeitsverdichtung und vor allem ein massiver Abbau von Pflegestellen gefährden die Versorgungsqualität und die Patientinnen- und Patientensicherheit. Deshalb planen wir die Entwicklung eines umfassenden Personalmanagements, das sowohl gutes Gesundheitsmanagement und faire Arbeitszeitgestaltung als auch gute Qualifikationsmöglichkeiten bietet.

### **Eine gute Gesundheitsversorgung vor Ort**

Die demografische Entwicklung, der Wandel des Ärztinnen- und Arztberufes und die Honorarentwicklung in den Heilberufen stellen Thüringen vor große Herausforderungen. Wir haben einen zunehmenden Ärztinnen-, Ärzte- und Pflegefachkräftemangel insbesondere in ländlichen Räumen.

Wir brauchen ein neues Denken und die Bereitschaft aller Akteurinnen und Akteure, sich auf Veränderungen einzulassen. Zusammenarbeit, Bündelung und Vernetzung von Ressourcen sind unsere Leitlinien für eine nachhaltige, an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientierte Gesundheitsversorgung.

Eine optimale regionale Versorgung erfordert vor allem die Stärkung der Hausärztinnen und Hausärzte. Durch ihre Nähe und langfristige Bindung zu den Patientinnen und Patienten stehen sie im Zentrum der ganzheitlichen Vorsorge. Um dem Ärztinnen- und Ärztemangel zu begegnen, setzen wir auf Motivation und eine neue Attraktivität der hausärztlichen Tätigkeit. Deren Lotsenfunktion, die unnötige Mehrfachuntersuchung und -behandlung vermeidet, wollen wir stärken. Maßnahmen wie Rotationssysteme, Teilzulassungen von Ärztinnen und Ärzten oder mobile Fahrdienste federn die bereits jetzt bestehende regionale Unterversorgung ab.

Wir wollen das Modell der Gemeindeschwestern in Thüringen fest installieren, denn sie können Hausbesuche abhalten, Prävention betreiben und vor allem patientinnen- und patientenorientierte, gesprächsintensivere medizinische Betreuung und Beratung ermöglichen.

### **Medizinische Behandlung frei von Diskriminierung**

Wir streben ein inklusives Gesundheitssystem entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention an, das auf die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen umfassend eingeht. Hier hat Thüringen deutlichen Nachholbedarf: Gerade einmal 17 Prozent der Thüringer Ärztinnen und Ärzte können eine barrierefreie Versorgung gewährleisten.

Wir benötigen aber auch eine interkulturelle Öffnung in der Gesundheitsversorgung. Für Flüchtlinge und Menschen „ohne Papiere“ muss ein Zugang zur gesundheitlichen Grundversorgung jederzeit sichergestellt sein.

Unser Ziel sind mündige Patientinnen und Patienten, die mitreden und gestalten können – wir setzen uns für eine echte Stärkung der VerbraucherInnenrechte ein. Eine unabhängige PatientInnenberatung wollen wir stärken und den Datenschutz auch in diesem Bereich ernster nehmen.

### **Prävention hat Priorität**

Krankheiten zu verhindern, ist besser und günstiger als sie zu behandeln. Prävention und Gesundheitsförderung wollen wir daher zu einer festen Säule des Gesundheitswesens ausbauen. Dazu bedarf es einer umfassenden Strategie der Gesundheitsprävention, in der die Aktivitäten von Bildungseinrichtungen, Kinder- und Jugendhilfe, Frühförderung, Gesundheitseinrichtungen und Kostenträger stärker strukturiert und vernetzt werden. Auch die gesundheitsfördernde Gestaltung der Arbeitswelt, die Vermeidung von Lärm und Schadstoffen in der Stadt- und Landesplanung, kinderfreundliche Wohnquartiere und die Schulung von Eltern und Angehörigen sowie vor allem die Bekämpfung von Armut und deren Folgen müssen als Präventionsmaßnahmen berücksichtigt werden.

Kinderschutz steht bei uns an erster Stelle. Frühkindliche Prävention bietet im Idealfall intakte Netzwerke, ausgezeichnete Qualität, hervorragend ausgebildetes Personal und passgenaue Hilfen. Daran wollen wir arbeiten und u. a. die Rolle der Hebammen und Familienhebammen stärken, weil sie auch im Bereich der frühkindlichen Prävention eine wichtige Schlüsselfunktion einnehmen. An der Schwelle ins Leben stellen Hebammen eine unerlässliche Hilfe und Unterstützung für die Betreuung und Beratung werdender Mütter und Väter dar. Darum kämpfen wir für eine angemessene Entlohnung und Anerkennung ihrer Arbeit sowie die Freiheit und Möglichkeit der Eltern, darüber zu entscheiden, wo die Geburt stattfindet – sei es im Geburtshaus, in der Klinik oder zu Hause. Wir setzen uns weiter dafür ein, freien Hebammen einen erschwinglichen Versicherungsschutz zu gewährleisten. Für mehr Kinderschutz benötigen wir zudem eine umfassende Präventionskette von der Schwangerschaft bis zum Schuleintritt. Wir wollen Kinderschutzdienste im Rahmen der Präventionskette flächendeckend ausbauen.

### **Drogen- und Suchtpolitik**

Die Prohibition, also die bisherige strafrechtliche Sanktionierung von Drogenkonsum, ist gescheitert. Deswegen müssen wir uns grundlegend umorientieren und Legalisierungskonzepte ins Auge fassen. Wer gesundheitsschädlichen Konsummustern wirklich sinnvoll begegnen will, muss akzep-

tierend an Konsumentinnen und Konsumenten herantreten und darf sie nicht kriminalisieren. Dabei setzen wir auf einen Dreiklang aus Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung. Anstelle der gescheiterten repressiven Drogenpolitik bedarf es einer an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierten Regulierung. Darüber hinaus ist ein erster Schritt zur Entkriminalisierung die Erhöhung der „geringen Mengen“ bei Cannabisprodukten auf zehn Gramm. Weiterhin wollen wir „Drug-Checking“-Angebote und Drogenkonsumräume, in denen Hilfsmittel für den sicheren Konsum bereitgestellt werden, einführen.

Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Deshalb wollen wir die Sucht- und Drogenberatung finanziell erhalten und personell ausbauen, damit individuell auf die Menschen mit Suchtproblemen eingegangen werden kann. Wir werden die Aufklärung über die Suchtmittel im Schul- und Jugendbereich vorantreiben. Kinder und Jugendliche stark zu machen, ist die beste Drogenprävention. Zudem haben wir vor, den Besitz und Konsum von Cannabis und anderen, nicht legalen psychotropen Substanzen zu entkriminalisieren und unterstützen die Einführung eines Pilotprojektes zur geregelten Abgabe von Cannabis in Apotheken.

Aktiver NichtraucherInnenschutz hat für uns weiterhin hohe Priorität. Über ein umfassendes Nicht-raucherschutzgesetz nach bayrischem Vorbild wollen wir die Bürgerinnen und Bürger in einem Volksentscheid abstimmen lassen.

### **Menschenwürdige Pflege sichern und die Pflegebranche stärken**

Thüringen steht angesichts des zunehmenden Anteils älterer und pflegebedürftiger Menschen und des gleichzeitig sinkenden Angebots potenzieller Fachkräfte vor der Herausforderung, eine qualitativ hochwertige Pflegeversorgung sicherzustellen. Wenn es um gerechte Löhne, Familienfreundlichkeit und gesellschaftliche Anerkennung in der Pflegebranche geht, ist der Freistaat bisher Schlusslicht. Das werden wir ändern. Denn gute Pflege geht uns alle an: Menschen, deren Eltern gepflegt werden, Erwachsene, deren Kinder der Pflege bedürfen, und ältere Menschen, die selbst pflegebedürftig sind.

Unser Land braucht eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur, die ein Höchstmaß an Selbstständigkeit ermöglicht. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen deshalb auf das Konzept „ambulant vor stationär“: Wir wollen hochwertige ambulante, aber auch teilstationäre Pflegeinfrastrukturen in Wohnortnähe stärken und ausbauen. Neben den traditionellen Pflegeheimen soll vor allem der Erhalt von bestehenden Wohngemeinschaften und der Ausbau neuer Wohn- und Versorgungsformen unterstützt werden. Gute Pflege braucht auch gute Beratung, vor allem für Angehörige. Wir wollen das Netz der Pflegestützpunkte in Thüringen weiter ausbauen und guter Pflege so dauerhaft Unterstützung geben. Unsere Zukunftsperspektive für das Wohnen im Alter ist ein Leben in kleinen sozialen Netzen, mit Wohn- und Hilfeangeboten und Versorgungssicherheit im Ort oder Stadtteil. Wir wollen Orte der Begegnung fördern und das Zusammenleben der Generationen erleichtern.

Die Sozialwirtschaft zählt mit mehr als sieben Prozent Bruttowertschöpfung zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige bundesweit. In manchen Regionen Thüringens stellt sie sogar die größte Branche dar. Zusätzlich dazu engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich in Hospizen, als gesetzliche Betreuerinnen und Betreuer oder in Vorständen von Vereinen. Sie alle gilt es nach den Regeln und Prinzipien der guten Arbeit zu unterstützen.

Wir engagieren uns dafür, die Position des Pflegepersonals zu stärken und die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern. Damit die Pflege selbst nicht zum Pflegefall wird, brauchen wir ein Bündel an Maßnahmen. Ganz vorn steht dabei die gerechte Entlohnung des Pflegepersonals. Es ist nicht hinnehmbar, dass Thüringen bundesdeutsches Schlusslicht in der Bezahlung von Pflegeleistungen ist, indem für gleiche Leistungen deutlich weniger gezahlt wird als im Bundesdurchschnitt. Darüber hinaus müssen wir dafür sorgen, dass bspw. über eine Pflegekammer die Interessen der Beschäftigten angemessener vertreten werden.

Die solidarische Ausbildungsumlage ist wieder einzuführen, um die Wettbewerbsnachteile für die Einrichtungen, die ausbilden, zu beseitigen und die Finanzierung der praktischen Ausbildung anzuhoben. Außerdem bedarf es eines wirksameren Qualifikations- und Ausbildungsangebots. Verantwortungsvolle Berufe verdienen adäquate Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns deshalb für einen höheren Personalschlüssel, die Schulgeldfreiheit für Schülerinnen und Schüler in der Erst-



ausbildung an allen Schulen für Pflege- und Gesundheitsberufe sowie gute (Wieder-)Einstiegs-  
möglichkeiten in den Beruf ein. Zudem wollen wir die Weiterbildung ehrenamtlich engagierter Men-  
schen zu Alltagsbegleiterinnen und -begleitern kranker und pflegebedürftiger Menschen fördern  
und ausbauen.

### **Würde bis zum Lebensende**

Zu einem guten Gesundheitswesen gehört es auch, Sterbenden ein Lebensende in Würde und  
Selbstbestimmung zu ermöglichen. Wir wollen ein menschenwürdiges Lebensende schwerstkran-  
ker Menschen sicherstellen und setzen uns für einen flächendeckenden Ausbau der palliativmedi-  
zinischen Versorgung von wohnortnahen Hospizeinrichtungen sowie ambulanten Hospizdiensten  
ein, die sich an den individuellen Wünschen und Bedürfnissen, aber auch an den Wertvorstellun-  
gen der Patientinnen und Patienten und ihrer Angehörigen ausrichtet.

### **Erstklassige medizinische Versorgung für alle**

Die Krankenversicherung muss in Zukunft auch unter den Bedingungen des demografischen Wan-  
dels eine gute gesundheitliche Infrastruktur sichern und nachhaltig finanzieren. Deshalb werden  
wir uns auf Bundesebene weiterhin für die solidarische grüne Bürgerversicherung starkmachen.  
Diese kann Strukturdefizite und Gerechtigkeitslücken in der Krankenversicherung schließen sowie  
die Qualität und Patientinnen- und Patientenorientierung steigern.

### **Medizinischen Nachwuchs sichern**

Wir sind davon überzeugt, dass der Numerus clausus als primäre Voraussetzung zur Zulassung  
zum Medizinstudium nicht allein geeignet ist, um die Motivation für und Befähigung zum Arztberuf  
darzustellen. Stattdessen beabsichtigen wir, die optimalen Bewerberinnen und Bewerber verstärkt  
durch Aufnahmetests für die medizinischen Studiengänge zu finden. Sowohl die Ausbildung als  
auch der Arztberuf selbst müssen patientinnen- und patientenorientierter sowie familienfreundli-  
cher werden.

### **Konkret wollen wir:**

- wohnortnahe Gesundheitsversorgung stärken,
- Abwendung des Pflegenotstands und Einrichtung einer Pflegekammer,
- mehr Familienhebammen in Thüringen ausbilden und einsetzen.

## **II.9 Grüne Kulturpolitik schafft Werte für Thüringen**

Thüringen lebt von seiner reichhaltigen und vielfältigen Kulturlandschaft. Das Kunst- und Kulturle-  
ben hat lange Tradition und ist Teil des überregionalen Renommees des Freistaates. Nicht zuletzt  
ist es ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Dennoch haben Kunst und Kultur längst nicht den politischen  
Stellenwert in Thüringen, den sie verdienen. So findet Kulturpolitik im Thüringer Landtag maßgeb-  
lich bisher nur dann statt, wenn über den Landeshaushalt diskutiert wird. In den Thüringer Kommu-  
nen ist die Finanzlage prekär. Kunst und Kultur werden daher oft nur noch als kostspielige freiwil-  
lige Leistungen angesehen. Finanzielle Problemlagen und Kürzungen sind daher fast überall an  
der Tagesordnung. Dieser Entwicklung werden wir mit grüner Kulturpolitik entgegenzutreten. Wir ma-  
chen uns dafür stark, Kunst und Kultur in Thüringen spartenübergreifend zu stärken. Dadurch kön-  
nen wieder die nötigen Freiräume geschaffen werden, um wichtige gesellschaftliche und künstlerische  
Impulse zu setzen.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen damit den für ein modernes und weltoffenes Land so  
notwendigen intensiven geistigen Austausch, das offene Denken und die kulturelle Vielfalt im  
Land, in den Städten wie in den ländlichen Regionen erhalten. Besonderen Stellenwert hat für uns  
die kulturelle Bildung. Wir engagieren uns dafür, mehr Menschen als bisher an das künstlerische  
und kulturelle Geschehen heranzuführen. Und wir wollen ganz bewusst auch eine junge, dynami-  
sche und vor allem kreative Kultur fördern und damit die kulturelle Vielfalt in Thüringen erweitern.

## **Besser fördern! – Für ein Kulturfördergesetz für Thüringen**

Transparente und verlässliche Strukturen in der Kulturförderung Thüringens sind bisher nicht zu erkennen. Das wollen wir in der kommenden Legislatur mit einem spartenübergreifenden Kulturfördergesetz ändern. Die Förderstrukturen der bedeutsamen überregionalen Kulturinstitutionen, z.B. der Theater und Orchester sowie der Klassik Stiftung Weimar, sollen dafür in den Blick genommen und – wenn nötig – sinnvoll neu organisiert werden. Einen weiteren Raubbau, wie er in den letzten Jahren an vielen Thüringer Theatern und Orchestern stattgefunden hat, verträgt unsere Kulturlandschaft nicht. Wir werden diesen folglich verhindern und mittelfristige Planbarkeit sichern. Darüber hinaus ist es uns wichtig die Breitenkultur, Soziokultur, Freie Szene und die kulturelle Bildung zu stärken. Dabei darf die vermeintliche „Hochkultur“ nicht gegen die unabhängige Kulturszene ausgespielt werden. Uns geht es um einen angemessenen Leistungsausgleich, der positive Anreize zur Kooperation schafft. Auch das Verhältnis von institutioneller und projektbezogener Förderung ist aus unserer Sicht zu überdenken.

### **Kulturelle Bildung nachhaltig verankern**

Wir stehen für ein ganzheitliches, lebenslang angelegtes kulturelles Bildungskonzept. Kulturelle Bildung bedeutet für uns auch nachhaltige Entwicklung. Damit kulturelle Bildung in unseren Bildungseinrichtungen nachhaltig verankert werden kann, planen wir, künftig den Kitas und Schulen eigene Budgets für Kunst und Kultur zur Verfügung zu stellen. Damit können individuelle Kunst- und Kulturkonzeptionen umgesetzt werden. Das Bundesprogramm „Kulturagenten“ wollen wir für Thüringen weiterführen und auf mehr Schulen ausweiten. Möglichst viele Kunst- und Kultureinrichtungen im Land sollen sich mit ihrer Vielfalt in die kulturelle Bildungsarbeit einbringen können. Das geschieht bereits oft und in vielerlei Hinsicht. Wir werden zukünftig darauf achten, dass sich besonders die durch das Land geförderten Kunst- und Kultureinrichtungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten für kulturelle Bildung engagieren. Schon jetzt sind viele Theater, Orchester und Museen in Thüringen in der kulturellen Jugendbildung, der kulturellen Erwachsenenbildung und anderen Formen der Vermittlung von kulturellen und künstlerischen Inhalten und Darstellungsformen aktiv. Dieser Einsatz verdient volle Unterstützung und Förderung.

### **Unabhängige Freie Szene stärken**

Wir haben vor, die Thüringer Kulturszene insgesamt zu stärken. Dazu dürfen wir neben der institutionellen Kulturszene die Freie Szene nicht aus dem Blick verlieren. Deren Lebendigkeit und Vielfalt bedarf gezielter Förderung. Dafür wollen wir mehr Freiräume für Kunst und Kultur in Städten und auf dem Land schaffen. Diskussionen um die Wertigkeit von Kunstformen und Kunstszenen erübrigen sich aus unserer Sicht und sollten sich daher auch nicht in der Förderung niederschlagen: Wir brauchen jede Form künstlerischen Ausdrucks.

### **Projektmanagerprogramm ausbauen – Kulturrat stärken**

Erforderlich ist eine Neukonzipierung des sogenannten „Thüringer Projektmanagerprogramms“ für den Kulturbereich. Dazu muss die Befristung der Förderung auf mindestens drei Jahre verlängert werden. Kulturelle Projekte sollten durch eine Aufbau-, Verwirklichungs- und Evaluationsphase gekennzeichnet sein, damit sie nicht nur transparent, sondern auch effizient ausgestaltet werden können. Dies sichert zusätzlich eine gewisse Verlässlichkeit, die der Förderung der kulturellen Arbeit unmittelbar zugutekommt. Auch eine unterjährige Förderung soll ermöglicht werden. Den Thüringer Kulturrat wollen wir stärken, indem er als kompetenter Partner wirksamer in die Projektförderung und Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium einbezogen wird.

### **Thüringer Museen fördern**

Museen sind herausragende Träger der kulturellen Bildung im Bereich der Heimatpflege und Wissensvermittlung. Lokal erfolgreiche Ausstellungskonzepte, die neben der Tradition vor allem auch die kritische Auseinandersetzung mit der Gesellschaft in Gegenwart und Zukunft abbilden, wollen wir von Landesseite fördern. Kinder und Jugendliche in Schule und Ausbildung sollen kostenfreien Zugang erhalten.

Nach der enormen Reduzierung des Personals seit 1990 ist es dringend geboten, weiteren Personalabbau zu verhindern. Zudem haben wir vor, wieder Perspektiven für gut ausgebildete Fachkräfte

im Museumsbereich zu schaffen, indem wir z. B. ein Programm für Volontärinnen und Volontäre auflegen.

### **Bibliotheken braucht das Land**

Flächendeckende Bibliotheksangebote sind für uns eine feste Säule unserer Kulturlandschaft. Dort, wo die Finanzierung fester Bibliotheken schwierig wird, können regelmäßig verkehrende Bibliotheksbusse flexible Alternativen sein. Grundlage für ein attraktives Angebot ist eine gemeinsam mit den Bibliotheken entwickelte Bibliothekenentwicklungsplanung. Außerdem wollen wir den Kommunen über ein Zwei-Säulen-Finanzierungsmodell – feste Zuschüsse für Anschaffungen einerseits, Förderung innovativer Ansätze in der kulturellen Zusammenarbeit andererseits – mehr Spielräume bei der Förderung der Bibliotheken geben. Wir wollen, dass sich mehr öffentliche Bibliotheken an der Thüringer Onlinebibliothek (ThueBIBnet) beteiligen und werden dies von Seiten des Landes unterstützen.

### **Musikschulen stärken**

Die 25 kommunal getragenen Musikschulen leisten einen wertvollen Beitrag für die musikalische Bildung. Derzeit sind jedoch nur ein Drittel der Beschäftigten an Musikschulen fest angestellt. Das Land und die Kommunen stehen in der Verantwortung, diesen Anteil zu erhöhen und Qualität in der Bildungsarbeit zu begünstigen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Mittel für die Musik- und Jugendkunstschulen anzuheben und in unserem Kulturfördergesetz verbindliche Regelungen zur künftigen Finanzierung der Musikschulen seitens des Landes festzulegen.

### **Kulturfinanzierung transparent und auskömmlich gestalten**

Die ansteigenden Tarif-, Material- und Betriebskosten machen auch vor den Kulturinstitutionen nicht halt, Kultur benötigt daher mehr finanzielle Mittel. Unser Ziel ist es, die Selbstausschöpfung in Kunst und Kultur zu verringern und eine Professionalisierung zu ermöglichen. Dazu wollen wir den kommunalen Finanzausgleich kulturfest gestalten. Zurzeit sind kulturelle Leistungen der Kommunen als freiwillige Leistung nicht vor Kürzungen geschützt. Wir streben mit unserem Kulturfördergesetz an, die Kulturförderung zur Pflichtaufgabe der Kommunen zu erheben, damit die entsprechenden Aufgaben, z. B. Theater, Museen, Heimatkultur und Soziokultur, verlässlich finanziert werden.

#### **Konkret wollen wir:**

- mit einem Kulturfördergesetz die Förderstrukturen der Kultur in Thüringen vom Kopf auf die Füße stellen,
- die Freie Szene und kulturelle Bildung stärken,
- das Projektmanagerprogramm auf jeweils drei Jahre verlängern.

## **II.10 Thüringen in Bewegung**

Mit grüner Sportpolitik wollen wir bessere Rahmenbedingungen für Breiten- und Spitzensport schaffen und insbesondere den Breitensport stärker fördern. Dabei gilt es, die Angebote für Kinder und Jugendliche sicherzustellen. Sport bedeutet für uns jedoch viel mehr als nur Vereinssport. In den Städten haben Kinder zu wenige Bewegungsmöglichkeiten direkt vor der Tür oder in ihrem Wohnviertel. Wir haben vor, Kindern durch Verkehrsberuhigung, beispielbare Elemente auf Kinderwegen und sichere Wegenetze zum nächsten Wäldchen wieder mehr Freiheit für ihr individuelles Sportprogramm zu geben.

Wir brauchen nicht nur genügend Sportstätten, sondern vor allem im Nachwuchsleistungssport eine kontinuierliche Förderung von Trainerinnen- und Traineranstellungen. Fanprojekte leisten wichtige Arbeit in der Jugendsozialarbeit, antirassistischen Bildungsarbeit sowie präventiven Fanarbeit und verdienen deshalb unsere volle Unterstützung. Ihre Co-Finanzierung durch das Land wollen wir langfristig sicherstellen. Der Dialog mit den Fans sollte immer im Vordergrund stehen. Die Fankultur ist für uns Teil und Ausdrucksform einer lebendigen Zivilgesellschaft.

#### **Konkret wollen wir:**

- Breitensport insbesondere im ländlichen Raum stärker fördern,
- Kindern mehr Möglichkeiten für Sport und Spiel bieten,
- Fanprojekte unterstützen.

### **III. Freiheit bewahren und Zukunft gestalten**

Freiheit ist für uns vor allem Auftrag, sich für die Freiheit derjenigen Menschen einzusetzen, die sie aus unterschiedlichsten Gründen nicht haben oder eingebüßt haben. Menschen, die unter häuslicher Gewalt leiden, brauchen Schutz – genauso wie die Opfer von Zwangsprostitution, über die die Landesregierung zu wenige Informationen hat. Die Freiheit, hier zu bleiben, wollen wir Flüchtlingen geben, die nach wie vor in unwürdige Verhältnisse abgeschoben werden. Schwule und Lesben stoßen noch immer an Grenzen, ihre Lebensform frei zu leben. Ein Aktionsplan, der die Schulen als Orte der Aufklärung einbezieht, ist ein erster richtiger Schritt. Aufklärung ist Daueraufgabe auch bei der Bekämpfung des Rechtstextremismus.

Frei von Barrieren – für zahlreiche Menschen mit Behinderungen ist das in vielen Bereichen ein nicht eingelöstes Versprechen. Wir wollen Barrierefreiheit zügiger umsetzen. Oft sind es nur Kleinigkeiten, die aus Unachtsamkeit vergessen werden und zu unnötigen Barrieren führen.

Bei der Gleichstellung von Frauen kommen wir viel zu langsam voran. Da wo Freiwilligkeit nichts ändert, sind wir für die Einführung von abgestuften Quotenregelungen.

Informationsfreiheit und Transparenz beim Handeln von Politik und Verwaltung – einer großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern werden sie nach wie vor vorenthalten. Wir stehen dafür, dass sich Menschen ihre gesetzlich zustehenden Informationsrechte nicht mühsam erkämpfen müssen. Wir engagieren uns dafür, dass Menschen mitreden und mitentscheiden können, auch über die Zukunft Thüringens. Eine Gebietsreform führt nur zu Akzeptanz, wenn wir sie mit den Menschen gemeinsam gestalten. Dass Bürgerinnen und Bürger nicht über ein Gesetz entscheiden dürfen, weil es den Haushalt betrifft, ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar.

#### **III.1 Für eine offene, inklusive und gerechte Gesellschaft**

##### **Geschlechtergerechte Demokratie für alle**

Gelebte Gleichberechtigung ist ebenso wie echte Gleichstellung nach wie vor ein uneingelöstes Versprechen in Thüringen. Die letzten Jahre verdeutlichen: Eine Ministerpräsidentin an der Spitze des Landes ist noch lange keine Garantin für gelebte Geschlechterdemokratie. Wirklich zukunftsfähige Politik umfasst einen differenzierten Blick auf die Geschlechter – mit Geschlechtergerechtigkeit, Antidiskriminierungsarbeit und der nachdrücklichen Förderung von Frauen. Eine Demokratie der Gleichheit, frei von Diskriminierung, ist die Verwirklichung gesellschaftlicher Freiheit, von der alle Bürgerinnen und Bürger profitieren. Konkret bedeutet das, der Benachteiligung von Frauen in vielen Bereichen entgegenzuwirken – angefangen bei der schlechteren Bezahlung von Frauen und der geringen Frauenerwerbsquote. Wir fordern eine geschlechtergerechte Besetzung von Stellen in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlich-rechtlichen Landesgremien sowie eine Frauenquote in Aufsichtsräten. Auch der Frauenanteil in der Wissenschaft ist zu erhöhen. Bei allen politischen Maßnahmen der Landesregierung und beim Landeshaushalt ist eine Folgenabschätzung hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter (Gender-Budgeting) vorzunehmen.

##### **Antidiskriminierungspolitik für Thüringen**

Unsere Gesellschaft beruht auf dem Prinzip der Gleichheit aller. Viel zu oft aber werden Menschen aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Herkunft, wegen einer Krankheit bzw. Behinderung, ihrer sozialen Stellung oder ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität ungleich behandelt und diskriminiert.

Wir GRÜNE haben uns zum Ziel gesetzt, ein Antidiskriminierungsgesetz für Thüringen zu schaffen, welches sich an den europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien orientiert. Das Gesetz soll sowohl alle Beschäftigten innerhalb der Landesverwaltungen vor Diskriminierungen schützen als auch alle Bürgerinnen und Bürger vor Diskriminierungen durch Bedienstete des Freistaats. Wir streben die Einrichtung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle an und wollen ein umfassendes Verbandsklagerecht gewährleisten.

## **Thüringen inklusiver**

Die Würde des Menschen ist unteilbar, in ihr werden unsere Individualität und Vielfalt als Geschenk gewürdigt. Dennoch finden sich in allen Bereichen unseres täglichen Lebens und in unseren Köpfen Barrieren und Vorurteile gegenüber Menschen, insbesondere gegenüber Menschen mit Behinderungen. Es sollte unser aller Ziel sein, diese Vorurteile und Barrieren, diese Diskriminierung abzubauen und zu beseitigen. Dass dies keine leichte Aufgabe ist, wissen wir. Gleichwohl wollen wir gemeinsam mit den Betroffenen die UN-Behindertenkonvention zügig umsetzen.

In Thüringen fehlt nach wie vor ein Behindertengleichstellungsgesetz. Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderungen sollen in Thüringen bald der Vergangenheit angehören, damit alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt miteinander leben können. Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die allen Menschen, unabhängig von ihren Einschränkungen, Teilhabe und Mobilität ermöglicht. Dafür sind Verkehrswege und Bahnhöfe, öffentliche Einrichtungen, Sport- und Kulturstätten konsequent barrierefrei zugänglich zu machen. Im neuen Behinderten- und Gleichstellungsgesetz soll es unserer Meinung nach keinen Kostenvorbehalt geben.

## **Keine Angst vor dem demografischen Wandel**

Wir Thüringerinnen und Thüringer leben immer länger. Was jeden einzelnen von uns freut, stellt unser Land vor neue Herausforderungen. Politik muss die Folgen des demografischen Wandels stärker in den Blick nehmen und die resultierenden Veränderungen im gesellschaftlichen Zusammenleben aktiv gestalten. Mit unserer grünen Politik unterstützen wir Menschen, die sich für neue Wohnformen im Alter und das Zusammenleben unterschiedlicher Generationen einsetzen, bspw. in Nachbarschafts- oder in Freiwilligenzentren. Darüber hinaus möchten wir die dafür nötige soziale und technische Infrastruktur und Eigeninitiativen fördern, kleine soziale Netze aufbauen und die Menschen in die Gestaltung ihrer Wohnquartiere einbeziehen. Unser Ziel ist es, allen Menschen auch im hohen Alter die Gelegenheit für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu bieten.

Wir streben kleine, barrierefreie und – im Bedarfsfall – betreute Wohneinheiten für alte und pflegebedürftige Menschen an: sowohl in den Städten als auch auf dem Land. In den großen Städten wollen wir generationenübergreifende Wohn- und Stadtteilprojekte voranbringen, wie sie in anderen Bundesländern teilweise bereits realisiert wurden.

Mobilität ist gerade im Alter ein hohes Gut und Ausdruck von Selbstbestimmung und Teilhabe. Auch hier bedarf es alternativer Denkweisen und neuer Antworten: Der ÖPNV sollte nicht weiter reduziert, sondern verbessert und ausgebaut werden. Es ist unumgänglich, die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen bei der Verkehrsgestaltung, der Stadtplanung, der gesundheitlichen Versorgung, dem Verbraucherschutz und durch das Angebot spezifischer Produkte und Dienstleistungen zu berücksichtigen.

Demografischer Wandel darf nicht länger als Schrecken an die Wand gemalt werden. Vielmehr muss er als Aufforderung für Veränderung und Anpassung verstanden werden. Nur so wird es uns gelingen, Thüringen für alle bis ins hohe Alter lebenswert zu gestalten.

## **Thüringen unter dem Regenbogen**

So vielfältig wie die Thüringerinnen und Thüringer sind, so vielfältig ist auch ihre Art zu leben und zu lieben. Jeder Mensch, jede Liebe, die auf gegenseitiger Achtung und auf Augenhöhe beruht, verdient unseren Respekt. Oft erfahren aber gerade junge Menschen, deren Liebes- oder Lebensentwürfe sich von denen der Mehrheit abheben, Ausgrenzung, Diskriminierung oder seelische und/oder körperliche Gewalt. Wir haben vor, mit einem „Thüringer Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt“ Antidiskriminierungspolitik zu einer Querschnittsaufgabe zu machen und damit an einem gesellschaftlichen Klima der Offenheit und des Respekts gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI) zu arbeiten. In die Entwicklung des Programms werden wir die breite Vielfalt der Vereine und Initiativen im LSBTTI-Bereich einbeziehen und ihr zivilgesellschaftliches Engagement durch kontinuierliche Förderung verstetigen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Aufklärung und Bildungsarbeit, denn Offenheit und Respekt beginnen bereits auf dem Schulhof. Damit lässt sich Vorurteilen begegnen, bevor sie ent-

stehen, und der Wert gegenseitiger Akzeptanz vermitteln. Die Vielfalt von familiären Lebensentwürfen, von sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten soll fächerübergreifend thematisiert werden. Wir unterstützen die Arbeit von Schulaufklärungsprojekten.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns für die Öffnung der Ehe und das volle Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ein. Dafür werden wir uns auch im Bund stark machen. Auf Landesebene wollen wir Praktiken und Regelungen, die gleichgeschlechtliche Partnerschaften und Regenbogenfamilien diskriminieren, aus Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften tilgen. Wir engagieren uns auch für die Abschaffung des Blutspendeverbots für schwule Männer und beabsichtigen, lesbischen Paaren den gesetzlich geregelten Zugang zur künstlichen Befruchtung zu ermöglichen.

Menschen, die in ihrer Heimat wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt oder unterdrückt werden, wollen wir in Thüringen ein Zuhause bieten und dafür die entsprechenden Richtlinien zur Aufnahme von Asylsuchenden ändern.

## **Willkommen in Thüringen**

Thüringen braucht eine neue Willkommenskultur. Viel zu oft erfahren Menschen ausländischer Herkunft im Alltag Zurückweisungen und Diskriminierung durch Politik, Verwaltung und andere Institutionen. Dabei sollten Menschlichkeit, Akzeptanz und ein herzliches Willkommen für alle selbstverständlich sein. Wir wollen, dass Thüringen ein weltoffenes Land ist. Das muss sich auch in der Politik des Landes widerspiegeln. Eine humane Flüchtlings- und Asylpolitik, bei der die Bedürfnisse und die Selbstbestimmung der Menschen im Mittelpunkt stehen, ist für uns selbstverständlich. Diskriminierende Regelungen werden wir abschaffen. Denn für uns gilt: Kein Mensch ist illegal!

Es gibt viele Gründe, warum Menschen bei uns Zuflucht suchen: Krieg im Heimatland, Umweltzerstörung, Verfolgung, gesellschaftliche Diskriminierung, extreme Arbeitslosigkeit, unzureichende Gesundheitsversorgung und fehlende Bildungschancen. Wir GRÜNE setzen auf Bundes- und Landesebene alles daran, dass bspw. die Minderheitenangehörigen der Roma, Ashkali und Balkan-Ägypterinnen und -Ägypter nicht mehr abgeschoben werden und ihnen ein dauerhaftes Bleiberecht gewährt wird. Auch den Familiennachzug von Flüchtlingen aus Syrien wollen wir erleichtern.

Unser Ziel ist, dass die Asylsuchenden und ihre Familien in Thüringen ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen können. Noch immer werden in zwei Landkreisen Thüringens Gutscheine statt Bargeld an Flüchtlinge vergeben. Damit können Flüchtlinge nur in bestimmten Läden einkaufen und bekommen Restbeträge oftmals nicht ausgezahlt. Wir kämpfen dafür, dass diese entmündigende Praxis in Thüringen endgültig abgeschafft wird. Außerdem stehen wir für eine menschenwürdige und konsequent dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen. Wir werden daher die oft maroden und kaum Privatsphäre bietenden Gemeinschaftsunterkünfte schließen. Im Bund setzen wir uns für die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes ein. Dieses regelt auch die Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge. In Thüringen wollen wir daher eine Lösung finden, die Flüchtlingen den Zugang zu medizinischer Versorgung weitestgehend selbstbestimmt und unkompliziert ermöglicht.

Vor allem für besonders schutzbedürftige Menschen stellt die Praxis der Abschiebehaft eine schwere Belastung dar. Wir streben an, diese repressive und oft diskriminierende Praxis zu beenden und engagieren uns bis zur endgültigen Abschaffung der Abschiebehaft auf Bundes- und Europaebene dafür, dieses Instrument deutlich zu entschärfen. Anstelle von Abschiebehaft planen wir, einfache Meldepflichten einzuführen.

Gerade Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchende benötigen unsere Unterstützung, um selbstbestimmt leben und umfassend teilhaben zu können. Wir wollen ihre Selbstorganisation und Integration umfassend unterstützen. Der Spracherwerb ist hier ganz entscheidend. Daher haben wir vor, Sprachkurse für alle von Anfang an anzubieten. Darüber hinaus setzen wir uns für eine stärkere Verzahnung von Frauen- und Kinderschutz ein. Kinder, die von häuslicher Gewalt direkt oder indirekt betroffen sind, brauchen ausreichende Beratungs- und Hilfsangebote, die mit denen der Frauenhilfestrukturen eng verbunden werden sollten.

Im Bundesrat machen wir uns dafür stark, Frauen und Mädchen, die im Ausland gegen ihren Willen verheiratet werden, ein Rückkehrrecht nach Deutschland zu bieten. Ebenso wollen wir Men-

schen, die als Ehepartnerinnen und Ehepartner nach Thüringen kommen, auch nach einer möglichen Scheidung ein eigenständiges Bleiberecht erhalten können.

### **Frauen vor Gewalt schützen**

Wir räumen dem Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen oberste Priorität ein und wollen den Opfern rechtsverbindlich Schutz und Hilfen bereitstellen. Dafür braucht es ausreichend Frauen- und Mädchenhäuser und qualifizierte Beratungsstellen. Wir GRÜNE unterstützen die Forderung nach einer bundesweit einheitlichen, bedarfsdeckenden und unbürokratischen Frauenausfinanzierung. Sollte eine solche Regelung auf Bundesebene nicht zustande kommen, werden wir ein entsprechendes Landesgesetz auf den Weg bringen.

Um Frauenhandel und Zwangsprostitution wirksam zu bekämpfen, sind die Betroffenen zu stärken, ein dauerhaftes Bleiberecht für sie ist unentbehrlich.

#### **Konkret wollen wir:**

- Gender-Budgeting im Landeshaushalt verwirklichen,
- eine echte Willkommenskultur in Thüringen durch Abschaffung diskriminierender Regelungen etablieren,
- einen „Thüringer Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt“ und ein Antidiskriminierungsgesetz.

## **III.2 Für eine starke Zivilgesellschaft gegen rechts**

Die im November 2011 aufgedeckte rassistische Mordserie und die weiteren terroristischen Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) haben uns alle zutiefst erschüttert, zeigten sie uns doch eine neue Dimension rechter Gewalt. Menschenfeindlichkeit jeglicher Art lauert jedoch nicht allein am rechten Rand, viel zu oft hat sie ihren Ursprung in der Mitte der Gesellschaft. Wir GRÜNE stehen nicht erst seit der Selbstenttarnung des NSU für entschlossenes Eintreten gegen Rechtsextremismus und streiten für die Werte einer freien, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. Wir wollen zivilgesellschaftliches Engagement gegen Faschismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit fördern und nach Kräften unterstützen.

### **Zivilgesellschaft stärken, extreme Rechte bekämpfen**

Faschismus, Antisemitismus und die verschiedenen Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind keine Phänomene an den Rändern der Gesellschaft. Sie haben ihre Ursprünge mitten unter uns. Erhebungen wie der jährliche Thüringen-Monitor verdeutlichen immer wieder, wie weit verbreitet Ressentiments sind und wie gering nach wie vor das Vertrauen in demokratische, staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen ist.

Gerade deshalb wollen wir zivilgesellschaftliches Engagement gegen jegliche Formen des Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit fördern. Hierzu gehört vor allem eine Kultur der Anerkennung durch Politik und Verwaltung, welche das Engagement und den persönlichen Einsatz vor Ort stärkt und unterstützt. Gleichzeitig stehen wir für eine verlässliche und solide Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten gegen Rechtsextremismus. Eine Kriminalisierung dieses wichtigen Engagements lehnen wir ab.

Wir setzen vielmehr auf eine wirksame Stärkung der Demokratie und ihrer Institutionen, ganz besonders aber auf Demokratie- und Menschenrechtsbildung. Wir werden die antirassistische und demokratische Bildung an Schulen und in der Jugendarbeit fördern. Kürzungen in diesem Bereich, namentlich z.B. bei der Landeszentrale für politische Bildung, wird es mit uns nicht geben. Außerdem ist es unser Ziel, eine lebendige Aufarbeitungs- und Erinnerungskultur zu etablieren. Wir lehnen Bildungs- und Präventionsarbeit durch das Landesamt für Verfassungsschutz entschieden ab. Aus diesen Gründen soll das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit in ein echtes und ausschließliches Programm gegen extreme Rechte, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit umgearbeitet werden.



## **Ehrenamtliches Engagement**

Wer sich ehrenamtlich engagiert, braucht Unterstützung. Dafür stehen wir GRÜNE! Das Engagement in Sportvereinen, im Naturschutz, in der Feuerwehr, in Kinder- und Jugendverbänden, in Kultur- und Musikvereinen, sozialen Organisationen und Kirchen ist uns besonders wichtig. Für uns ist ehrenamtliches Engagement ein Kernstück der aktiven Bürgergesellschaft.

Wir GRÜNE wollen eine wirkliche Anerkennung des Wertes und der Wirkung des Engagements und der inhaltlichen Arbeit der Engagierten. Wir wollen dafür sorgen, dass das Gemeinwesen in Thüringen in den vielfältigsten Bereichen, sei es in Vereinen oder bei der individuellen Unterstützung von Einzelnen, solidarischer und demokratischer wird.

### **Konkret wollen wir:**

- eine solide Finanzierung von Projekten gegen Rechtsextremismus,
- Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung
- stärkere Anerkennung von ehrenamtlichen Engagement.

## **III.3 Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger**

Die Wurzeln von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegen in einer aktiven Bürgerschaftsbewegung – wir verstehen uns seit jeher als Partei der Bürger- und Freiheitsrechte. Demokratische Beteiligung umfasst für uns mehr als nur den regelmäßigen Gang zur Wahlurne. Sie ist die aktive Teilnahme der Menschen an der Gestaltung unseres Gemeinwesens. Hürden, die dieser Beteiligung entgegenstehen, wollen wir abbauen, das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger fördern und damit die Akzeptanz der Demokratie stärken. Auf Kommunal- und Landesebene werden wir mehr direkte demokratische Beteiligung ermöglichen: Wir streben an, dass die Bürgerinnen und Bürgern besser informiert, gehört und aktiv in Planungsprozesse einbezogen werden. Wir fangen damit im Landtag an und lassen alle Ausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen.

### **Mitsprache ermöglichen**

Gelebte Demokratie erfordert eine Kultur des Gehörtwerdens. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger darf nicht als störende Einmischung verstanden werden. Wir wollen die direkte Demokratie in Thüringen stärken. Die Hürden für Volksbegehren und Bürgeranträge sollen gesenkt und das Finanztabu für Volksbegehren aufgehoben werden. Große Projekte jeder Art bedürfen der Unterstützung der Bürgerschaft. Wir haben uns daher zum Ziel gesetzt, ihre frühzeitige Beteiligung in Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren zu ermöglichen. Auch vor Ort – in den Städten, Gemeinden und Kreisen – sollen Bürgerbegehren und -entscheide den Menschen eine Gelegenheit für mehr Mitsprache bieten.

### **Transparente Politik in den Kommunal- und Landesparlamenten**

Transparente, nachvollziehbare Entscheidungsprozesse sind eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz politischer Entscheidungen durch die Betroffenen. Hinterzimmerpolitik steht zu Recht in schlechtem Ruf, denn sie verhindert eine wirksame Kontrolle der politischen Akteurinnen und Akteure. Wir wollen daher öffentliche Ausschusssitzungen der Kommunal- und Landesparlamente als Standard festlegen, wie dies bereits in vielen anderen Bundesländern üblich ist. Lediglich der Schutz von Persönlichkeitsrechten und der Datenschutz sollen eine nicht öffentliche Sitzung begründen. Darüber hinaus planen wir, den Kommunen das Recht zuzusprechen, alle Unterlagen auch vor einer Befassung in den Räten zu veröffentlichen, sofern nicht andere gesetzliche Regelungen dem entgegenstehen. Für Mitglieder der Kommunalparlamente ist ein erweitertes Auskunftsrecht gegenüber den Verwaltungen angedacht. Weiterhin setzen wir uns für eine Überarbeitung des Regelwerkes für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ein. Wir wollen insbesondere das Ratsbegehren und einen Alternativvorschlag bei Bürgerentscheiden durch den Rat ermöglichen. Das Verbot der Kopplung von Bürgerentscheiden an Kommunalwahltermine soll aufgehoben werden.

## **Umfassende Reformen zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten**

Kaum jemand bezweifelt noch, dass aufgrund der demografischen und finanziellen Entwicklung im Freistaat erheblicher Reformbedarf hinsichtlich der Gebiets- und Verwaltungsstruktur besteht. Bei dem „Wie“ gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Wir GRÜNE stehen für Transparenz – gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern muss eine ehrliche Diskussion zum Thema Verwaltungs- und Gebietsreform geführt werden.

Wir sind der Ansicht, dass eine solche Reform einen Beitrag zur Stabilisierung der Landes- und der Kommunalhaushalte leistet. Überdies kann sie Grundlage für eine schlankere, tragfähige Verwaltungsstruktur sein, die auch langfristig mit den zur Verfügung stehenden und knapper werdenden Mitteln finanzierbar ist. Wir wollen daher einen Vorschlag für die Thüringer Gebietsstruktur mit direkter Beteiligung der betroffenen Menschen und Kommunen entwickeln. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden soll damit gestärkt und eine ihren Aufgaben angemessene Finanzausstattung garantiert werden. Für die Reform der Verwaltungsstrukturen bedarf es der frühzeitigen Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine fortlaufende Aufgabenkritik durch unabhängige Stellen auf allen Verwaltungsebenen ist unverzichtbar.

Die Sorgen der Thüringerinnen und Thüringer nehmen wir ernst: Bei allen Reformbestrebungen werden wir berücksichtigen, dass die Verwaltung für die Menschen mühelos ansprechbar ist. Eine bürgernahe Verwaltung muss dabei nicht zwingend vor der Haustür liegen: Die Einrichtung von Bürgerbüros sowie der Einsatz mobiler Angebote, z.B. das „Rollende Rathaus“ und der Ausbau elektronischer Verwaltungsverfahren, bieten dafür eine gute Basis. Die zukünftigen Strukturen dürfen den Anreiz, sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik zu engagieren, durch regionale Distanz nicht mindern. Hier sind kluge Konzepte erforderlich, die zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden.

## **Jugend eine Stimme geben – Wahlrecht ab 16**

Wir wollen nicht nur mehr, sondern auch früher Demokratie wagen. Viele politische Entscheidungen betreffen die Lebensgestaltung junger Menschen, ohne dass Jugendliche durch ein aktives Wahlrecht Einfluss nehmen können. Aus diesem Grund streben wir an, das Wahlalter abzusenken und Jugendlichen ab dem vollendeten 16. Lebensjahr die Möglichkeit zu geben, bei Kommunal- und Landtagswahlen abzustimmen. Auch Bürgerinnen und Bürger ausländischer Herkunft sind von den Entscheidungen der Politik in ihrer Lebensgestaltung betroffen – ihnen möchten wir im Rahmen der Gestaltungsmöglichkeiten auf Landesebene mehr Mitbestimmung bieten und auf kommunaler Ebene das Wahlrecht für Drittstaatsangehörige schaffen.

## **Landtagswahlrecht reformieren**

Wir setzen uns für eine Reform des Landtagswahlrechts ein, so dass der Einfluss der Wählerinnen und Wähler auf die personelle Zusammensetzung des Landtages gestärkt wird.

## **Mehr Demokratie auf Bundesebene und in Europa wagen**

Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin intensiv für die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden ein. Thüringens Zukunft liegt in Europa. Vom Klimawandel bis zum Datenschutz gilt: Unsere gesellschaftlichen Herausforderungen machen nicht an nationalen Grenzen halt. Nur gemeinsam sind wir in der Lage, Krisen zu überwinden und gestärkt aus ihnen hervorzugehen. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist jedoch nicht klar, wie europäische Entscheidungen zu Stande kommen und wer für sie verantwortlich ist. Wir GRÜNE wollen die Europäische Union transparenter, demokratischer und bürgernaher machen. Mit der Europäischen Bürgerinitiative steht erstmals ein Instrument der direkten Bürgerbeteiligung zur Verfügung, das wir verbessern und erweitern wollen. Gleichzeitig wollen wir das Europäische Parlament im europäischen Institutionengefüge weiter stärken.

Eine lebendige und wirkungsvolle europäische Demokratie bedeutet, dass Entscheidungen auf der Ebene getroffen werden, die effektiv und mit der höchsten Legitimität agiert. Das kann in Brüssel geschehen, aber eben auch in Berlin oder in Thüringen und den einzelnen Gemeinden. Wir brauchen handlungsfähige Regionen und eine bessere Zusammenarbeit der Ebenen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Europa stärker als bisher vor Ort stattfindet. Wir wollen Ideen und überregionale Projekte, die direkt aus der Bevölkerung kommen, mit Mitteln aus den EU-Strukturfonds

fördern. Europa lebt von den Bürgerinnen und Bürgern, die die europäische Idee befürworten und weiter tragen. Bestehende Initiativen wie Schüleraustauschprogramme oder Europaschulen leisten bereits heute viel dafür. Wir wollen sie ausbauen und so das europäische Bewusstsein aktiv fördern.

#### **Konkret wollen wir:**

- die Thüringer Gebiets- und Verwaltungsstrukturen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten,
- mehr Mitsprache, Beteiligung und Transparenz in der Kommunal- und Landespolitik,
- eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

### **III.4 Für eine moderne, bürgerinnen- und bürgernahe Verwaltung**

Verwaltung ist für die Bürgerinnen und Bürger da – nicht umgekehrt. Sie ermöglicht Freiheit und beschränkt sie nicht. In den vergangenen Jahren hat es gerade auf lokaler Ebene sichtbare Erfolge bei der Realisierung einer bürgerinnen- und bürgernahen, transparenten und effizienten Verwaltung gegeben. Diesen Weg wollen wir weitergehen: Trotz sinkender Bevölkerungszahlen und des voranschreitenden demografischen Wandels streben wir eine Verwaltung an, die als Dienstleisterin für die Bürgerinnen und Bürger erreichbar ist und als Sachwalterin für die Belange der Kommunen, Kreise und des Freistaates auftritt. Dabei setzen wir nicht zuletzt auf die Möglichkeiten der Vernetzung und elektronischen Kommunikation unter Wahrung strenger datenschutzrechtlicher Standards. Diese „Verwaltung 2.0“ soll die traditionellen Angebote ergänzen, nicht ersetzen.

#### **Die Bürgerinnen und Bürger informieren**

Um staatliches Handeln wirklich transparent zu gestalten, werden wir ein neues und weitreichendes Informationsfreiheitsgesetz im Freistaat anregen. Das bestehende Thüringer Informationsfreiheitsgesetz bedarf tief greifender Überarbeitung. Bürgerinnen und Bürger sollen mehr Informationen über das Handeln von Politik und Verwaltung zugänglich gemacht werden, die Stärkung der Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger wollen wir in den Mittelpunkt stellen. Antragsfristen und Gebühren behindern dieses Ansinnen und werden deshalb so weit wie möglich entfallen. Im Ergebnis lässt sich mit diesem Gesetz durch umfassende Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger Steuerverschwendung vorbeugen, Vertrauen in Politik und Verwaltung ausbauen und Mitbestimmung erleichtern.

#### **Abgaben bürgerinnen- und bürgerfreundlich gestalten**

Abgaben beim Straßenausbau oder im Abwasserbereich sind ein stetes Ärgernis für die Bürgerinnen und Bürger und in ihrer Ausgestaltung ungerecht – nicht selten bedrohen sie die Existenz. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben vor, dieses antiquierte System zu reformieren. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich solidarisch an der Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen beteiligen, z.B. beim Straßenausbau oder bei Abwasserleitungen, da diese von vielen Menschen gemeinschaftlich genutzt werden. Hierfür setzen wir auf sozial verträgliche Regelungen, die sowohl das Solidaritätsprinzip als auch das VerursacherInnenprinzip stärker berücksichtigen. Auf diese Weise wird die Gesamtbelastung für alle niedrig gehalten und die Lasten des Infrastrukturausbaus werden nicht auf nachfolgende Generationen verschoben.

#### **Konkret wollen wir:**

- das Abgabensystem beim Straßenbau und im Abwasserbereich reformieren,
- ein neues Informationsfreiheitsgesetz für Thüringen
- eine einfacher erreichbare, vernetzte Verwaltung.

### **III.5 Für eine gute Justiz- und Sicherheitspolitik**

Wir machen uns für eine Innen- und Rechtspolitik mit präventivem Charakter stark, die differenzierte Strategien für urbane Zentren und den ländlichen Raum verfolgt.

#### **Für eine gerechte und unabhängige Justiz**

Wir stehen für eine effiziente, bürgerinnen- und bürgernahe Justiz. Der Weg zum Gericht muss allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen. Rechtsberatung und die gerichtliche Durchsetzung eigener Ansprüche dürfen nicht am Geld scheitern. Wir sehen deshalb mit Sorge, dass die Erteilung von Rechtsberatungsscheinen an Bedürftige immer restriktiver gehandhabt und eine Einschränkung der Prozesskostenhilfe diskutiert wird – hier bedarf es nötiger Korrekturen.

Darüber hinaus sollte sich der Zuschnitt der Amtsgerichts- und Landgerichtsbezirke an den Notwendigkeiten einer Gebiets- und Strukturreform orientieren.

#### **Umweltkriminalität**

Der Zuschnitt der Amts- und Landgerichtsbezirke soll sich an den Ergebnissen einer notwendigen Struktur- und Gebietsreform ausrichten. Gleichzeitig setzen wir uns für die Schaffung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Umwelt“ und die Verankerung einer Anzeigepflicht von Umweltdelikten durch die staatlichen Behörden ein.

#### **Jugendstrafrecht**

Wir lehnen eine Verschärfung des Jugendstrafrechtes ab. Das Modell der Jugendstation, wie es in Jena und Gera erfolgreich genutzt wird, wollen wir auch für Nord- und Südthüringen einführen. Den Neubau der gemeinsamen Justizvollzugsanstalt mit Sachsen in Chemnitz werden wir kritisch begleiten, auch im Hinblick auf eine energetische Ausrichtung des Baus am Passivhausstandard. Für Südthüringen muss die Zukunft der bestehenden Vollzugsanstalten strukturell neu gedacht werden.

#### **Vertrauen in die Polizei stärken**

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Polizei ist ein hohes Gut, das durch Transparenz und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern weiter gefestigt werden kann. Wir leben in einer Zeit, in der bei vielen Menschen der Eindruck besteht, sie müssten einen Teil ihrer Freiheitsrechte zugunsten der inneren Sicherheit aufgeben. Dem wollen wir durch eine Novellierung des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes entgegenwirken. Nachrichtendienstliche Methoden und polizeiliche Ermittlungen dürfen nicht miteinander vermischt werden. Der reine Verdacht darf als Grundlage für die Verletzung der Privatsphäre, z. B. durch Telefonüberwachung, nicht ausreichen. Freiheit und Sicherheit schließen sich nicht aus.

Nicht immer sind Polizeikräfte davor gefeit, im Dienst Fehler zu begehen oder gegen das Verhältnismäßigkeitsgebot zu verstoßen. Wir wollen eine unabhängige Beschwerdestelle schaffen, um Vorwürfe aufklären zu können. Auf diesem Wege können auch Polizistinnen und Polizisten vor ungerechtfertigten Anschuldigungen geschützt und das Vertrauen in die Polizeiarbeit gestärkt werden. Das verpflichtende Tragen von individualisierten Dienstnummern bei öffentlichen Polizeieinsätzen kann dieses Anliegen unterstützen.

Die Zusammensetzung der Polizei sollte den Querschnitt der Gesellschaft widerspiegeln. Wir möchten diese Vielfalt ausbauen und sprechen uns daher für die Erhöhung des Anteils von Frauen und von Menschen mit Migrationshintergrund in der Polizei aus.

Der Polizeieinsatz ist mit hohen körperlichen und psychischen Belastungen verbunden. Wir setzen uns dafür ein, die Gesundheitsvorsorge zu intensivieren und den polizeipsychologischen Dienst auszubauen. Durch eine Betriebsklimastudie können Arbeitsabläufe, Arbeitszufriedenheit und besondere Belastungen bei der Thüringer Polizei erfasst werden und auf diesem Weg zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beitragen. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten setzen wir uns für den schrittweisen Abbau des Beförderungsstaus und eine ausreichende haushaltärische Untersetzung der Dienstposten ein, um den Thüringer Polizeidienst gerecht und attraktiver für den Nachwuchs zu gestalten.

## **Freiwillige Feuerwehr unterstützen**

Vor Ort leistet die Feuerwehr jenseits der Hilfe bei Bränden, schweren Unfällen oder Unwettern einen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben, fördert den Nachwuchs und ist Begegnungsstätte. Die Orts- und Stadtteilfeuerwehren müssen erhalten werden. Das Engagement der zahlreichen Freiwilligen muss bei der technischen Ausrüstung und bei Aus- und Weiterbildungsangeboten gefördert werden. Eine Eingliederung des Brand- und Katastrophenschutzes in die Kommunalabteilung des Thüringer Innenministeriums unterstützen wir

### **Konkret wollen wir:**

- das Polizeiaufgabengesetz novellieren,
- die Schaffung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Umwelt“,
- die Erhöhung des Anteils von Frauen und von Menschen mit Migrationshintergrund in der Polizei.

## **III.6 Verfassungsschutz reformieren**

Für einen demokratischen Rechtsstaat ist eine ausgewogene Balance zwischen individueller Freiheit und gesellschaftlicher Sicherheit unabdingbar. Wir GRÜNE haben entschieden gekämpft für eine parlamentarische Aufarbeitung der rassistisch motivierten Mordserie und weiterer Verbrechen des NSU sowie für eine Aufklärung des Versagens der Behörden bei den Ermittlungen und der Suche nach dem flüchtigen Trio. Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages und der Landtage von Bayern, Sachsen und insbesondere Thüringen brachten ein massives, nie da gewesenes Versagen der Sicherheitsbehörden zutage. Ursache dafür waren vor allem falsche Prioritätensetzungen, mangelnde Transparenz und fehlende Kontrolle und Aufsicht. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben eine geheimdienstfreie Gesellschaft zum Ziel, eine Gesellschaft, welche die im Grundgesetz garantierten Rechte nicht preisgibt, sondern achtet.

Wir werden daher die Arbeit der Geheimdienste grundsätzlich auf den Prüfstand stellen und die Sicherheitsarchitektur entsprechend neu ausrichten. Klar ist nach der Arbeit der Untersuchungsausschüsse aber bereits jetzt: Das Landesamt für Verfassungsschutz benötigt einen personellen und organisatorischen Neuanfang. Wir wollen als ersten Schritt das Landesamt in seiner jetzigen Form auflösen und als eigenständige Abteilung im Thüringer Innenministerium neu gründen. Zusätzlich bedarf es einer Intensivierung der Dienst- und Fachaufsicht, der Stärkung der parlamentarischen Kontrolle, der inhaltlichen Neuausrichtung und Aufgabenreduzierung sowie der klaren Begrenzung der nachrichtendienstlichen Mittel. Wir streben an, den Einsatz von V-Personen zu beenden und die Auswirkungen einer wissenschaftlichen Bewertung zu unterziehen.

### **Konkret wollen wir:**

- eine Reform des Thüringer Verfassungsschutzes.

## **III.7 Der Landeshaushalt: zukunftsfähig und nachhaltig**

### **Schuldenbremse in die Verfassung**

Wir verfolgen eine nachhaltige Finanzpolitik, die stärker als bisher auf rentierliche Investitionen und die Tilgung von Schulden abzielt. Die Schuldenbremse ist für uns dabei ein Baustein für eine zukunftsweisende Haushaltspolitik. Wichtig ist aber auch ein Umsteuern bei den Investitionen. Hier besteht großer Nachholbedarf. Unser Schwerpunkt liegt jetzt und künftig auf Baumaßnahmen und Zuschüssen, die eine „doppelte Rendite“ erwirtschaften. Wir fördern Zukunftsinvestitionen, die mittel- oder langfristig Einsparungen für das Land bedeuten, z.B. durch die energetische Sanierung von landeseigenen Gebäuden. Auf viele derartige Maßnahmen wird bisher häufig aus Kostengründen verzichtet. Wir werden darüber hinaus nicht notwendige und ökologisch schädliche Subventionen abbauen, um die frei werdenden Finanzmittel für zukunftsweisende Projekte, bspw. im Bildungsbereich zu verwenden.

Weil wir es ernst meinen mit dem Sparen, wollen wir die Schuldenbremse in unserer Verfassung verankern. Das von uns befürwortete Modell einer dynamischen Schuldenbremse ermöglicht es, bei schwerwiegenden konjunkturellen Schwankungen oder unvorhersehbaren Ereignissen, wie z.B. einem Hochwasser wie im letzten Jahr, Schulden innerhalb eines festgelegten Rahmens aufzunehmen. Ohne eine Absicherung in der Verfassung wäre dies ab dem Jahr 2020 nicht mehr möglich. Grundsätzlich aber gilt: Wer in guten Zeiten Geld sinnvoll einsetzt, braucht im Notfall keine neuen Schulden zu machen.

Wir wollen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs die Selbstverwaltung von Gemeinden und Kreisen sowie das partnerschaftliche Zusammenarbeiten von Land und Kommunen stärken. Das ausgewogene Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben muss dabei berücksichtigt werden. Wir gehen verantwortungsvoll mit den rückläufigen Finanzmitteln der EU und aus dem Länderfinanzausgleich um.

### **Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern planen**

Da unseren Kommunen weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, ist es umso wichtiger, dieses Geld sinnvoll und nachhaltig zu investieren. Gerade dafür braucht es breite Zustimmung. Wir GRÜNE wollen die Bürgerinnen und Bürger stärker als bisher an der Gestaltung ihrer Städte und Gemeinden und der dafür erforderlichen Ausgabenplanung beteiligen – u. a. indem wir ihnen mehr Mitspracherechte bei der Haushaltsplanung einräumen. Deshalb setzen wir uns für eine Ausweitung der BürgerInnenhaushalte in Thüringer Kommunen ein.

Auch auf der Landesebene ist eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Haushaltsfragen wünschenswert. Wir werden daher das Finanztabu bei Volksentscheiden abschaffen.

### **Versorgungsmentalität beenden**

Die zahlreichen Versorgungsskandale innerhalb der Thüringer Landesregierung haben gezeigt, dass die rechtlichen Regelungen zur Versorgung von Ministerinnen und Ministern und des politischen Beamtentums in Thüringen dringend reformiert werden müssen. Für diese Berufsgruppe ergeben sich, insbesondere nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst, Privilegien, deren Sinnhaftigkeit und Gerechtigkeit von der Mehrheit der Bevölkerung zu Recht bezweifelt werden.

Aber auch die ähnlichen Versorgungsregelungen auf kommunaler Ebene für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, für Dezernentinnen und Dezernenten sind zu überprüfen und anzupassen. Eine Überarbeitung der bestehenden Ruhestands- und Übergangsregelungen ist angesichts der ungerechtfertigten Privilegierung gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen dringend geboten. Überdies wollen wir den Ratschlägen des Landesrechnungshofs folgen und die Anzahl der politischen Beamtinnen und Beamten in Thüringen reduzieren.

### **Konkret wollen wir:**

- die Verankerung der Schuldenbremse in der Thüringer Verfassung,
- die Abschaffung des Finanztabus bei Volksentscheiden,
- mehr BürgerInnenhaushalte.

## **III.8 Freies Internet und unabhängige Medien sind eine Grundlage einer modernen Demokratie**

### **Starke, unabhängige Medien in Thüringen**

Trotz des rasanten Bedeutungszuwachses des Internets in den vergangenen Jahren sind die klassischen Medien – neben Büchern und Kino vor allem Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen – für viele Bürgerinnen und Bürger nach wie vor die am meisten genutzten Entertainment- und Informationsquellen. Wir setzen uns für eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft ein, bei der sich die klassischen Medien und das Internet gegenseitig ergänzen und an der alle teilhaben können. Wir stehen zur Bestandsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und hier insbesondere des MDR und dessen solider Finanzierung. Wir erwarten aber auch dessen qualitative Weiterentwicklung sowie den verantwortungsvollen und transparenten Umgang mit den Gebühren der Bürgerinnen und

Bürger sowie moderne Aufsichtsstrukturen. Diese Aufsicht erfordert die Repräsentation der gesamten Breite unserer Gesellschaft und eine große Distanz zu Politik und Regierung, um die Unabhängigkeit der Medien zu sichern.

### **Jugendmedienstandort Thüringen**

Wir begrüßen weiterhin die Idee, einen eigenständigen multimedialen Jugendsender von ARD und ZDF aufzubauen und wollen dessen Entwicklung vorantreiben. Der Standort Erfurt ist mit dem Sitz des Kinderkanals und der Kindermedienstiftung ideal dafür geeignet.

### **Medien der Bürgerinnen und Bürger fördern**

An vielen Orten Thüringens gibt es nicht kommerzielle lokale Fernseh- und Radiostationen oder Zeitungsprojekte, die die Vielfalt unserer Medienlandschaft bereichern. Wir streben an, diese Initiativen als zivilgesellschaftliche Räume des Austauschs und der Debatte zu stärken und zu fördern. Die Zulassung nicht kommerzieller Bürgerschaftsradios durch die Thüringer Landesmedienanstalt soll weiter vereinfacht werden. Auch für das nicht kommerzielle Fernsehen lassen sich vereinfachte Zulassungsmöglichkeiten eröffnen.

### **Thüringens Zukunft im Internet**

Das Internet ist ein Ort der Freiheit – darunter verstehen wir den freien Zugang zu Wissen und Informationen sowie einen freien Austausch mit unseren Nachbarinnen und Nachbarn oder mit den Menschen auf der anderen Seite des Globus. Das Internet ist kein Neuland, sondern digitale Heimat: Wir leben im Netz und mit dem Netz. Bereits heute findet ein großer Teil unseres gesellschaftlichen Miteinanders und unseres wirtschaftlichen Austauschs im Internet statt, Tendenz rasant steigend. Die Bedeutung schneller und ungehinderter Internetzugänge wächst. Sie werden zur Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Der digitale Wandel unserer Gesellschaft ist in vollem Gange und wir wollen ihn aktiv gestalten: mit dem Schutz persönlicher Daten, der Sicherung des freien Zugangs zu Informationen sowie dem qualitativen und quantitativen Ausbau der Internetzugänge. Netzpolitik ist für uns ganz eindeutig Gesellschaftspolitik.

### **Freier Zugang zu Wissen und Informationen**

Bereits heute bietet das Internet eine ungeahnte Informationsfreiheit. Es ermöglicht uns damit eine weitreichende Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen. Wir fordern, dass alle Informationen, die mit öffentlichen Geldern durch staatliche Stellen, Forschungseinrichtungen oder private Unternehmen gewonnen wurden, der Allgemeinheit grundsätzlich frei zur Verfügung gestellt werden.

Informationen sind nur dann tatsächlich frei erhältlich, wenn sie sich jederzeit lesen, verarbeiten oder in andere Formate umwandeln lassen. Dies ist oftmals jedoch nicht der Fall, da die Eigentümerinnen und Eigentümer der Software, mit der die Informationen gespeichert wurden, über deren Möglichkeiten und Beschränkungen entscheiden. Außerhalb der digitalen Welt wäre es undenkbar, wenn bspw. die Herstellerin oder der Hersteller des Papiers, auf dem Informationen gedruckt sind, darüber entscheiden könnte, wer diese liest oder abschreibt. Wir begrüßen daher den Einsatz freier Software und quelloffener Formate und haben vor, diesen weiter zu fördern. Für die von öffentlichen Verwaltungen bereitgestellten Daten sollen in erster Linie freie Formate verwendet werden.

Zensur im Internet ist mit dem freien Austausch von Informationen nicht vereinbar. Wir erteilen daher jeder Form von Zensurbestrebungen auf nationaler oder europäischer Ebene eine Absage. Wir setzen insbesondere im Bereich des Jugendschutzes auf Aufklärung und Medienbildung, statt auf Zugangsbeschränkungen, die sich bisher immer als ineffektiv erwiesen haben.

### **Öffentliches W-LAN**

Öffentlich zugängliche, oftmals kostenfrei oder kostengünstig nutzbare W-LAN-Netze, wie sie in einigen Städten in den letzten Jahren durch Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern entstanden sind, bereichern unsere Kommunikationsmöglichkeiten sinnvoll. Sie tragen unseren Informationsbedürfnissen Rechnung und stärken die Attraktivität des Tourismusangebots in Thüringen. Wir GRÜNE wollen diese Initiativen fördern und den öffentlichen Aufbau freier W-LAN-Netze in den Kommunen unterstützen.

## **Schlüsselqualifikation: Medienkompetenz**

Der informierte, selbstbestimmte und kritische Umgang mit Informationen und Medien ist mehr denn je eine Voraussetzung für die freie individuelle Entfaltung und die Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben. Dennoch nehmen es meist nur die aufgeklärten Nutzerinnen und Nutzer des Internets genau zur Kenntnis, auf welche Vereinbarungen sie sich in der digitalen Welt einlassen. Medienkompetenz ist zu einer Schlüsselqualifikation unserer Zeit avanciert. Wir werden daher generationsübergreifende Medienbildung vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung fördern. Wir wollen die Ausbildung für Lehrkräfte in Thüringen um eine medienpädagogische Grundkomponente ergänzen und für Pädagoginnen und Pädagogen im aktiven Dienst geeignete Fortbildungskonzepte entwickeln.

### **Konkret wollen wir:**

- eine Reform der Aufsichtsstrukturen für öffentlich-rechtliche Medien,
- Medien von und für Bürgerinnen und Bürger stärken,
- freien Zugang zu Wissen und Information schaffen.

## **III.9 Heute das Thüringen von morgen gestalten**

Unser Freistaat wandelt sich langsam, aber sicher – egal ob auf dem Land oder in den Städten. Diese Veränderungen sind vielfältig und grundlegend: Wir Thüringerinnen und Thüringer werden weniger und leben länger; das Land und die Kommunen haben große finanzielle Probleme; immer weniger Menschen müssen für den Erhalt von Schwimmbädern, Bibliotheken und Straßen aufkommen; Unwetter und Hitzeperioden treten häufiger auf, die Schneesicherheit in den Mittelgebirgen nimmt hingegen ab – eine Herausforderung, nicht nur für den Tourismus.

Wie gehen wir mit diesen Veränderungen um? Wir brauchen ein Umdenken in Thüringen, um die Aufgaben der kommenden Jahrzehnte bewältigen zu können. Deshalb ist eine moderne Landesentwicklung vonnöten: eine Landesentwicklung, die langfristige Trends berücksichtigt und unkonventionelle Lösungen fördert. Das können Busse sein, die in Zukunft neben Menschen auch Briefe und Lebensmittel transportieren sowie rollende Service-Büros, in denen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort ihre Behördengänge erledigen können. Es gibt zahlreiche gute Ideen, um Thüringen fit für die Zukunft zu machen. Wir werden sie nutzen!

Der Entwurf des neuen Landesentwicklungsprogramms ist viel zu sehr dem alten Wachstumsdenken verhaftet. Und das, obwohl wir seit Jahren von Schrumpfung sprechen und mit dem „Weniger“ zurechtkommen müssen. Wir stehen für ein Landesentwicklungsprogramm mit zukunftsweisenden Konzepten, verbindlichen Zielen und klaren Vorgaben.

### **Thüringen gemeinsam gestalten – mit starken Städten und Gemeinden**

Durch den Wandel der Thüringer Bevölkerung ändern sich auch die Siedlungs- und Versorgungsstrukturen. Davon sind insbesondere die kleineren Städte und Gemeinden betroffen, die Einwohnerinnen und Einwohner verlieren. Gerade für sie streben wir langfristig tragfähige Strukturen an, die den örtlichen Gegebenheiten gerecht werden.

Neben Gemeindezusammenschlüssen bietet die Verbesserung der interkommunalen Kooperation vielfältige Möglichkeiten, kommunale Infrastruktur langfristig zu bewahren und die Attraktivität der Regionen zu erhalten. Leider fehlen bislang die nötigen Anreize für die engere Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden, denen es immer schwerer fällt, ihren Aufgaben nachzukommen und z. B. Kindergärten und Museen zu finanzieren. Der gemeinsame Betrieb von Schwimmbädern, Bibliotheken oder Jugendklubs spart Kosten und sichert deren Erhalt. So wollen wir gewährleisten, dass die Musikschule oder der Lebensmittelladen auch weiterhin in unserer Nähe zu finden sind. Insbesondere bei Stadt-Umland-Kooperationen sehen wir Handlungsbedarf. Wir möchten die interkommunale Zusammenarbeit in Thüringen gezielt fördern und gelungene Gemeinschaftsprojekte auszeichnen, damit sie Nachahmende finden. Eine positive Entwicklung der einzelnen Regionen kann nur mit einer guten, auf Ausgleich bedachten Partnerschaft zwischen städtischen und ländlichen Räumen gelingen.



## **Attraktive Städte für jedes Alter – Stadtentwicklung und Verkehr zusammen denken**

Unsere Städte sind für alle da. Daher sollen sie auch für alle erlebbar sein. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns für Stadtplanungs- und Verkehrsentwicklungskonzepte ein, die sich konsequent an den Bedürfnissen unserer Kinder, von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen ausrichten. Dazu gehören abgesenkte Bordsteine, Rampen neben Treppen und gut lesbare Hinweisschilder. Ein Mehr an Straßengrün verbessert das Stadtklima und hebt die Trennwirkung von Straßen ein Stück weit auf.

Lärm und Abgase mindern vielerorts die Aufenthalts- und Lebensqualität. Wer schiebt schon gern seinen Kinderwagen an stark befahrenen Straßen entlang oder unterhält sich über den Gartenzaun hinweg, wenn die Lkws dicht an dicht vorbei donnern? Der Verkehr soll zwar fließen, aber er fließt langsam meist sogar besser. Wir engagieren uns dafür, die Verkehrsbelastung in den Stadt- und Ortszentren zu reduzieren. Für uns gehen Mensch und Gesundheit vor.

## **Wohnen in der Stadt für jede Geldbörse**

Während viele Städte und Gemeinden mit Leerstand kämpfen, fehlt es in vielen Mittel- und Großstädten an bezahlbarem Wohnraum in zentraler Lage. In Jena, Erfurt und Weimar ist die Situation noch brisanter – der Anstieg der Mietpreise in den Städten erheblich. Gemeinsam mit den Kommunen und dem Bund wollen wir das Instrument der Mietpreisbremse weiter ausbauen. In Städten mit Wohnungsknappheit setzen wir uns dafür ein, in Bebauungsplänen einen bestimmten Anteil für Sozialwohnungen festzuschreiben oder Grundstücke günstig an Investoren und Interessierte zu verkaufen. Wir wollen Möglichkeiten einrichten, Investitionen in den sozialen Wohnungsbau mit Zuschüssen zu fördern. So können soziale Standards gesichert und die Gefahr von Bodenspekulationen verringert werden.

## **Stadt- und Landentwicklung für das 21. Jahrhundert**

In den 1990er Jahren wurden vielerorts Einkaufszentren oder Wohngebiete an die Stadtränder verlagert. Nun ringen diese Städte mit dem Leerstand in den Ortszentren. Die Landesregierung hat viel zu lange auf Zersiedelung, Nutzungstrennung und die vermeintlich „autogerechte“ Stadt gesetzt. Grüne Stadtentwicklung geht anders. Wir wollen die Innenstädte und Ortszentren stärken. Daher schlagen wir vor, vielfältige Stadtquartiere mit einem hohen Grünanteil zu entwickeln, in denen Wohnen, Einkaufen, Arbeiten und Freizeit nebeneinander stattfinden können. Ein weiterer Schwerpunkt ist der barrierefreie und altersgerechte Umbau bzw. Neubau von Gebäuden. Diesen beabsichtigen wir, in enger Abstimmung mit dem Denkmalschutz, gezielt zu fördern. Aus diesem Grund werden wir das Landesprogramm „Genial Zentral“ deutlich ausbauen. Generationsübergreifende Wohnformen stehen dabei ganz hoch im Kurs.

Ob Niedrig-Energiekommune (Low Energy City), Stadt im Wandel (Transition Town) oder grünes Wachstum (Green Growth) – es gibt viele Ideen und Konzepte für nachhaltige Stadtentwicklung. Alle zielen mehr oder weniger in dieselbe Richtung: Sie wollen raus aus der Abhängigkeit von Öl und Kohle, erhöhen die Aufenthaltsqualität durch mehr Grün im Stadtbild und unterstützen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, z.B. in Form von Energiegenossenschaften. Oder sie machen sich stark für regionale Produkte wie Obst und Gemüse. Diese Ansätze machen Lust auf Zukunft. Daher werden wir sie intensiver fördern und über Modellvorhaben deren lokale Umsetzung erproben.

Wir wollen eine auf Thüringen zugeschnittene Städtebauförderung, die den realen Erfordernissen gerecht wird. Bestehende Stadtumbauprogramme sind bislang meist auf wachsende Städte ausgerichtet. Wir meinen, dass dies nicht mehr zeitgemäß ist und am tatsächlichen Bedarf vorbeigeht.

## **Internationale Bauausstellung (IBA): Ideen für eine moderne, postfossile Gesellschaft**

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die IBA in den nächsten Jahren als Ideengeberin für eine nachhaltige Entwicklung im Freistaat. Thüringen ist das Land der erneuerbaren Energien: Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien wollen wir deshalb in den Mittelpunkt der IBA stellen. Dazu beitragen sollen moderne, architektonisch anspruchsvolle und energieeffiziente Stadthäuser mit eigenen Wasser-Abwasser-Recyclingsystemen, autofreie Wohnsiedlungen mit ÖPNV-Verknüpfungspunkten und Carsharing-Angeboten sowie ressourcenschonende

Null-Energie-Siedlungen mit lokaler Infrastruktur oder auch moderne, zentral gelegene Gartenstädte. So können wir der Welt 2023 zeigen, wie unsere Vision einer postfossilen Gesellschaft aussieht. Thüringen wird zum Standort sozial-ökologischer Innovationen mit internationaler Ausstrahlung.

### **Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei Stadt- und Regionalentwicklung als Markenzeichen Thüringens**

Wenn wichtige Entscheidungen getroffen werden – bspw. ob Strom- und Verkehrsstrassen durch den Thüringer Wald oder ein Pumpspeicherkraftwerk auf dem Rennsteig gebaut werden sollen – bleiben die Bürgerinnen und Bürger nur allzu oft außen vor. Wir wollen erreichen, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei allen Fragen der Stadt-, Regional- und Landesentwicklung zu einem festen Bestandteil wird – frühzeitig und verbindlich. Bereits die Frage, ob ein bestimmtes Projekt überhaupt als notwendig oder sinnvoll erachtet wird, soll zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern erörtert werden. Wir setzen uns deshalb für die Einrichtung einer „Stabsstelle Zivilgesellschaft und BürgerInnenbeteiligung“ in der Staatskanzlei ein, welche die Beteiligung in Thüringen aktiv ausbaut und stärkt.

#### **Konkret wollen wir:**

- interkommunale Zusammenarbeit ausbauen und fördern,
- den Mietpreisanstieg in den Innenstädten mit sozialem Wohnungsbau und Mietpreisbremsen eindämmen,
- Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ausbauen und eine „Stabsstelle Zivilgesellschaft und BürgerInnenbeteiligung“ in der Staatskanzlei einrichten.